

MARKUS BARNAY

Pro
Vorarlberg

EINE REGIONALISTISCHE INITIATIVE



fink's verlag

BEITRÄGE ZU GESCHICHTE
UND GESELLSCHAFT
VORARLBERGS

Markus Barnay
"Pro Vorarlberg"
Eine regionalistische Initiative

HERAUSGEGEBEN IN ZUSAMMENARBEIT MIT DER JOHANN-AUGUST-MALIN-GESELLSCHAFT

Im Juni 1980 fand in Vorarlberg eine Volksabstimmung statt, bei der rund 70% der Teilnehmer "mehr Rechte für das Land" verlangten. Diese Volksabstimmung ging auf die Initiative einer Gruppe zurück, die sich "Pro Vorarlberg" nannte und von lokalen Honoratioren gesteuert war. Die vorliegende Arbeit untersucht die Ideologie und die Darstellungsformen dieser Gruppe, die sich in der Öffentlichkeit als regionalistische Bewegung präsentierte, und versucht zu erklären, welche Faktoren zu dem Volksabstimmungsergebnis führten. Dabei wird deutlich, daß sich mit dem Kampf regionalistischer Bewegungen gegen die Macht nationalstaatlicher Zentren keineswegs auch das Verlangen nach demokratischeren Verhältnissen in der Region selbst zu verbinden braucht, sondern daß er der Erhaltung der Macht einer lokalen Oligarchie und der Stabilisierung ihrer Herrschaft dienen kann.

MARKUS BARNAY, geboren 1957 in Bregenz, studierte von 1976 bis 1979 Politologie, Publizistik und Völkerrecht an der Universität Wien und von 1979 bis zum Abschluß des Diplomstudiums 1981 Politologie an der Freien Universität Berlin. Lebt zur Zeit in Freiburg/Br., wo er an einer Dissertation über Vorarlberg arbeitet.

MARKUS BARNAY

				P	r	o			
V	o	r	a	r	l	b	e	r	g

EINE REGIONALISTISCHE INITIATIVE



fink's verlag

BEITRÄGE ZU GESCHICHTE
UND GESELLSCHAFT
VORARLBERGS

© dieser Ausgabe fink's verlag, Bregenz 1983

Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung: Luger-Grafik, Dornbirn

Lektorat und Produktion: Kurt Greussing, Dornbirn

Satz: Textverarbeitung Karin Vogelsang, Berlin

Druck und Bindung: Kaindl-Druck, Feldkirch

Printed in Austria

ISBN 3-900438-03-X

Inhalt

1. EINLEITUNG	7
2. ZEITUNGS- ODER BÜRGERINITIATIVE? DIE ENTSTEHUNG VON "PRO VORARLBERG"	10
3. MEHR RECHTE FÜR WEN? BEGRÜNDUNG UND ZIELSETZUNG DES SONDERSTATUTS	20
4. DIE ARGUMENTATIONSLINIEN VON "PRO VORARLBERG"	33
5. REAKTIONEN AUF "PRO VORARLBERG"	40
6. DER INITIATIVE NEUE KLEIDER - VOM SONDERSTATUT ZUR "STAATSRECHTLICHEN FRAGE"	45
7. BERAUSCHT VON HARZ'GEM TANNENDUFT ... ? DIE VOLKSABSTIMMUNG UND IHRE FOLGEN	59
8. DAS "VORARLBERG-BEWUSSTSEIN": TRADITIONSBILDUNG UND ÉTHNO-NATIONALISMUS	66
9. DER HILFLOSE ANTIZENTRALISMUS - TABUISIERUNG REGIONALER HERRSCHAFTSVERHÄLTNISSE	82
10. ZUSAMMENFASSUNG: REGIONALISMUS ALS HERRSCHAFTSMITTEL	89
ANMERKUNGEN	94
LITERATUR	102
PERSONENREGISTER	108

Ein bißchen politisches Grün tut es mir auch im Frühling nicht. Ich mißtraue der eigenen Mundart, wenn sie sich zur Ideologie herausputzt – wie könnte ich dem Versuch trauen, darauf eine neue Heimatfrömmigkeit zu bauen.

Adolf Muschg (Allmende Nr. 1/1981)

Die Vorarlberger waren schon vor Jahrhunderten Demokraten, lange bevor dieses Wort überhaupt aufgekommen war.

Hans Nägele (Vorarlberg, das Aleman-
nenland am Bodensee und Rhein,
1972)

Ab Tirol ißt man Knödel, das ist nur einer, somit zentralistisch. Wir essen Spätzle, das sind viele, somit föderalistisch.

Elmar Grabherr (im Unterricht an der
Akademie für Sozialarbeit, Bregenz)

ABKÜRZUNGEN UND ZITIERUNG

AZ	Arbeiter-Zeitung
BWZ	Bregenzer Wochenzeitung
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
LAbg.	Landtagsabgeordneter
LH	Landeshauptmann
NVT	Neue Vorarlberger Tageszeitung
ORF	Österreichischer Rundfunk
ÖVP	Österreichische Volkspartei
SPÖ	Sozialistische Partei Österreichs
VN	Vorarlberger Nachrichten
VV	Vorarlberger Volksblatt

In den Anmerkungen werden Literaturveröffentlichungen (Monographien, Aufsätze) durch die Angabe von Autor, Jahr der Veröffentlichung und Seitenzahl zitiert. Die vollständige bibliographische Information befindet sich im Literaturverzeichnis am Ende des Buches.

1. Einleitung

Regionalistische Bewegungen gehören zweifellos zu den wichtigsten politischen Erscheinungen in Westeuropa während der letzten zehn Jahre. Die Innenpolitik der meisten westeuropäischen (und auch einiger osteuropäischen) Zentralstaaten wurde nachhaltig von ethnisch-regionalen Bewegungen beeinflusst: Die Kämpfe von Bretonen und Sarden, von Korsen und Schotten, um nur ein paar der bekannteren Minderheitengruppen zu nennen, rückten zunehmend ins Blickfeld der internationalen Öffentlichkeit. Die Bewegung der Weinbauern des französischen Larzac, die Ökologiebewegung im Elsaß oder die politische Organisation der slowenischen Minderheit in Kärnten sind Ausdruck eines neuen Regionalbewußtseins.

Das Gewicht solcher regionalistischer Bewegungen hat zwar in den letzten Jahren zugenommen, das Phänomen selbst ist aber keineswegs neu: Regionalistischer Widerstand war von Anfang an der Zwillingenbruder der Nationalstaatsbildung, und manche dieser Bewegungen können auf eine lange (und oft schmerzliche) Tradition verweisen. Im Baskenland etwa, in Katalonien, Nordirland, Wales oder Korsika ist der Kampf gegen den Zentralstaat weitaus älter als das erst in jüngerer Zeit erwachte Interesse am Regionalismus. Aber während früher in den meisten Regionen kultur- und sprachpolitische Forderungen im Vordergrund standen – etwa wenn nationalen Minderheiten die schulische Ausbildung in der Muttersprache verweigert wurde –, entwickelte sich in den letzten Jahren, parallel zu der sich verschärfenden ökonomischen Krise, in den Randregionen der westeuropäischen Nationalstaaten ein neuer Regionalismus, in dem sich ethнопolitische mit sozialpolitischen Forderungen verbinden. Soziale Emanzipation und Abbau von ökonomischer und politischer Herrschaft wurden in diesen Bewegungen zum Ziel des regionalistischen Kampfes.

Diese fortschrittliche Orientierung bewirkte in der politikwissenschaftlichen Diskussion vielfach eine Verklärung regionalistischer Strömungen zu grundsätzlich emanzipatorischen Bewegungen, weil sich bei ihnen oft kulturpolitische Forderungen mit solchen nach sozialer Umgestaltung – auch der internen Verhältnisse – verbinden. Autoren wie Nairn (1) oder Krosingk (2) haben aber nachdrücklich darauf hingewie-

sen, daß es sich beim Regionalismus wie beim Nationalismus um eine recht doppeldeutige Erscheinung handelt: Er kann zur Emanzipation einer Region, aber auch zur Herrschaftsstabilisierung innerhalb der Region selbst führen. Nairn: "Alle Nationalismen (sind) zugleich gesund und krank. Fortschritt wie Rückschritt sind von Anfang an in ihrem Chromosomensatz angelegt" (3). Die meisten regionalistischen Bewegungen weisen in ihrem Unterstützerspektrum sowohl Vertreter gesellschaftsreformerischer, oft revolutionärer, als auch konservativer Interessen auf. Entscheidend für den Charakter der Bewegung ist letztlich die Stärke der einzelnen Fraktionen. So haben die okzitanische, die sardische, die korsische oder die baskische Bewegung einen starken sozial orientierten Flügel, in Flandern, in Südtirol oder im Jura hingegen dominieren eher die konservativen Kräfte.

Unter diesen Gesichtspunkten sollen im vorliegenden Buch auch die Vorgänge der letzten Jahre in Vorarlberg untersucht werden. Denn in diesem österreichischen Bundesland werden die Argumentationsmuster des neueren Regionalismus vor allem von Leuten benützt, die zweifellos zur konservativen politischen Elite gezählt werden können. Am Beispiel der Initiative "Pro Vorarlberg" wird analysiert, welche Rolle diese Elite in den Auseinandersetzungen um die rechtliche Besserstellung des Landes innerhalb des österreichischen Bundesstaates spielte.

"Pro Vorarlberg" trat als "Bürgerinitiative" im September 1979 an die Öffentlichkeit. Sie forderte eine Volksabstimmung über ein Statut, das dem Land Vorarlberg wesentlich mehr Rechte innerhalb des österreichischen Bundesstaates sichern sollte, als es bisher hatte. Tatsächlich fand im Juni 1980 eine Volksabstimmung statt - allerdings war die Abstimmungsvorlage im Landtag gegenüber dem ursprünglichen Forderungskatalog der Initiative stark verändert worden. Für die nunmehr weitgehend unbestimmt formulierten Forderungen sprachen sich fast 70% der Abstimmenden aus.

War "Pro Vorarlberg" tatsächlich eine autonome Bewegung aus der Bevölkerung, die gegen die zentralisierten Machtapparate auf Landes- und Bundesebene ankämpfte, oder nur eine von regionalen Honoratioren gesteuerte Initiative, die sich zum Zwecke der Machterhaltung und -erweiterung mit den Regierenden des Landes verbündete und die Bevölkerung per Volksabstimmung den Kampf um "mehr Rechte für das Land" in allgemeiner Form gutheißen ließ? Gelang es der Initiative "Pro Vorarlberg", jene regionalistischen Tendenzen aufzunehmen, die einen Abbau aller bestehenden Machtapparate und die Erweiterung der Mitspracherechte der Bevölkerung zum Ziel haben, oder steht sie in der

Tradition jenes österreichischen Föderalismus, der die staatliche Macht nur dezentralisieren, nicht aber verringern will und somit seit jeher in erster Linie den Interessen der regionalen Eliten dienlich war?

Im folgenden wird versucht, den Charakter der Initiative "Pro Vorarlberg" herauszuarbeiten - also die Gründe für ihr Auftreten, die Absichten der maßgeblichen Betreiber sowie die politischen Inhalte der Bewegung zu analysieren. Gleichzeitig bedarf es einer Erklärung, weshalb die Mehrheit der Bevölkerung die Forderungen der Volksabstimmung unterstützte. Dazu werden in kurzen Abrissen die historisch-soziologischen Besonderheiten sowie die ethnischen Symbole des Landes - Geschichtsmymthen und andere Elemente des "Vorarlberg-Bewußtseins" - dargelegt.

Gegen diese Untersuchung mag eingewandt werden, sie sei mit zu geringem zeitlichen Abstand zu den Ereignissen geschrieben und folglich nicht ausreichend "objektiv". Nun greift das vorliegende Buch sicher in eine laufende Debatte ein, und dadurch nimmt es Partei, auch wenn das gar nicht beabsichtigt wäre. Doch in Wirklichkeit tut das jede historisch-soziologische Analyse, selbst wenn sie sich mit weit zurückliegenden Entwicklungen beschäftigt. Denn die Fragen, die die historische Forschung an die Geschichte jeweils stellt, werden stets aus bewußten oder unbewußten aktuellen Interessen heraus formuliert. Fragen an die Geschichte, auch an die Zeitgeschichte, können also niemals "wertfrei" und "objektiv" sein - wohl aber ist dies von den Methoden zu verlangen, mit denen die Antworten gesucht werden. Die vorliegende Untersuchung zu "Pro Vorarlberg" ist eine politikwissenschaftliche Arbeit über eine Bewegung, wie wir sie in vergleichbarer Form auch in anderen Regionen westeuropäischer Industriestaaten antreffen. Sie bedient sich deshalb auch des theoretischen Gerüsts der sozialwissenschaftlichen Regionalismusforschung, das in den vergangenen Jahren aus der vergleichenden Analyse ethnisch-regionaler Bewegungen entwickelt worden ist. Eine kritische Weiterentwicklung dieser Regionalismusforschung kann natürlich zu neuen theoretischen Ansätzen und auch zu grundlegend anderen Fragen führen - und damit zu einer Revision der bisherigen Antworten.

Bregenz, im Dezember 1982

2. Zeitungs- oder Bürgerinitiative? Die Entstehung von „Pro Vorarlberg“

Die Initiative "Pro Vorarlberg" entstand im Frühsommer 1979. Zu dieser Zeit schlossen sich zwei voneinander unabhängige Gesprächskreise, beide aus Landesbeamten, kleineren Selbständigen und Angestellten bestehend, zu einer Gruppe zusammen, um - so einer der Teilnehmer - ihre "politische Ohnmacht zu beseitigen und mehr Demokratie zu erreichen" (1). Zu diesem Zweck sollte die Möglichkeit des politischen Einflusses für den einzelnen Bürger vergrößert werden. Nach einigen Zusammenkünften wandte sich die Gruppe an den ehemaligen Landesamtsdirektor (= ranghöchster Beamter im Amt der Vorarlberger Landesregierung) Dr. Elmar Grabherr und bat ihn um juristische Unterstützung. Grabherr, seit Jahren in die Auseinandersetzungen zwischen der Vorarlberger Landesregierung und den österreichischen Bundesinstanzen verwickelt, wußte, was zu tun war: Zunächst müsse die Selbständigkeit Vorarlbergs hergestellt werden, dann könne der einzelne Bürger die Politik wieder beeinflussen, indem die Entscheidungen in seiner Nähe getroffen würden. Deshalb begann Grabherr, ein Statut zu entwerfen, das eine grundlegende Kompetenzverschiebung vom Bund zum Land vorsah.

Zur selben Zeit soll Dr. Franz Ortner, der Chefredakteur der "Vorarlberger Nachrichten", die Vorsitzenden der drei Landtagsparteien in seine Redaktion eingeladen haben, um ihnen eine gemeinsame Parteien-Initiative für ein eigenes Landesstatut oder gar eine entsprechende Volksabstimmung vorzuschlagen - "auf eigene Faust", wie "Pro Vorarlberg"-Sprecher Manfred Dörler vermutet, der nichts davon gewußt haben will. Ortner hatte aber offenbar wenig Erfolg: Nur der FPÖ-Klubobmann im Landtag, Alfred Ess, soll zum vereinbarten Termin erschienen sein, die SPÖ lehnte nach eigenem Bekunden ab, und auch ÖVP-Klubobmann Battlogg folgte allem Anschein nach der Einladung nicht (2). Alfred Ess aber brachte das Anliegen im Landtag vor. Am 4.7.1979 erklärte er dort laut "Vorarlberger Nachrichten":

"Eine neue Landesregierung und ein neuer Landtag (im Herbst 1979 standen Landtagswahlen bevor; M.B.) hätten als eine der ersten Tätigkeiten einen Katalog jener Maßnahmen zu erstellen, die im Rahmen einer neuen Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern zu mehr

Selbständigkeit des Landes Vorarlberg führen werden. Im Rahmen einer Volksabstimmung soll das Vorarlberger Volk befinden, ob es mit den Maßnahmen zu mehr Eigenständigkeit einverstanden ist" (3).

Damit nahm Ess zwei Monate vor dem ersten öffentlichen Auftreten von "Pro Vorarlberg" deren Forderungen vorweg. Sein Vorschlag rief jedoch kaum Reaktionen hervor, und dies dürfte der endgültige Anlaß für Ortner, Grabherr und die Mitbegründer von "Pro Vorarlberg" gewesen sein, als "unabhängige Bürgerinitiative" zu firmieren. ÖVP und SPÖ sollten endlich zu einer eindeutigen Stellungnahme gezwungen werden.

Der Auftritt der "Bürgerinitiative" wurde in den VN durch eine gezielte Propaganda vorbereitet; Artikel über die "Benachteiligungen des Landes" häuften sich. Und schließlich gab sich die Initiative mit "Pro Vorarlberg" noch einen beziehungsreichen Namen: "Pro Vorarlberg-Bulletin" hieß ein nach dem Ersten Weltkrieg in der Schweiz herausgegebenes Informationsblatt, das die Bewegung für den Anschluß Vorarlbergs an die Schweiz unterstützte (4).

DIE "PRO VORARLBERG"-GRÜNDER

Wer waren nun die Leute, die "Pro Vorarlberg" gründeten und die Initiative in der Öffentlichkeit vertraten? Die "Vorarlberger Nachrichten" behaupteten: "Die Bürgerinitiative wird nicht von einzelnen prominenten Exponenten getragen, sondern setzt sich aus Vertretern aller Berufsschichten und Bevölkerungskreise zusammen" (5).

Ein Blick auf die Liste der Unterzeichner der "Pro Vorarlberg"-Petition an den Landtag, also des Gründungsdokuments der Initiative, vermag diese Aussage nicht zu bestätigen: Unter den 45 Erstunterzeichnern befindet sich kein einziger Arbeiter, aber auch kein Vertreter der ökonomischen Elite des Landes, etwa der großen Textilunternehmer. Statt dessen bietet die Liste einen Querschnitt durch die politische Provinzelite Vorarlbergs: Der Obmann der konservativen Jungbauernschaft, Jakob Franz Greber, ist ebenso vertreten wie ein Berufsschuldirektor, der Dornbirner Stadtpfarrer und mehrere Beamte und Angestellte im mittleren und höheren Landesdienst. Dazu kommen der VN-Chefredakteur Ortner (dessen Name aber offensichtlich erst im nachhinein in die Liste der Unterzeichner eingefügt wurde), der "VN-Rechtsexperte" Elmar Grabherr sowie mehrere Unterzeichner, die den VN eindeutig verpflichtet sind: etwa der Primararzt Elmar Blum, der

Dipl.-Ing. Mayer Franz Josef
Angestellter

Götzis

Mayer Franz Josef

Natter Alexander
Lehrer

Wolfurt

A. Natter

Nadler Isolde
Hausfrau

Schwarzach

Isolde Nadler

Netzer Franz
Tischlermeister
Prof. Dr. Franz Ortner
Par Robert
Angestellter

Gaschurn
Götzis

*Franz Netzer
Franz Ortner
Par*

Dipl.-Ing. Albert Plankel
Statiker

Bregenz

Plankel

Ing. Rümmele Manfred
Baumeister

Dornbirn

M. Rümmele

Rünzler Manfred
Angestellter

Wolfurt

Rünzler

Liste der Unterzeichner der "Pro Vorarlberg"-Petition (Ausriß):
Quereinsteiger Franz Ortner

einer VN-Kampagne sein Laserskalpell verdankt, oder Robert Par und Manfred Rünzler, zwei Funktionäre des "Weltbunds zum Schutze des Lebens", der im Kampf gegen Atomkraftwerke wie gegen die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs stets mit der Unterstützung der VN rechnen konnte. Schließlich finden sich noch einzelne Freiberufler und kleinere Selbständige auf der Liste, darunter die als Sprecher der Initiative hervorgetretenen Herbert Bereiter und Kurt Amann.

Die meisten Unterzeichner hatten allerdings auf die Entstehung und den Inhalt der "Pro Vorarlberg"-Petition keinerlei Einfluß - sie durften lediglich unterschreiben. Doch auch im kleinen Kreis jener Leute, die Inhalt und Form der Initiative bestimmten, wurden unterschiedliche Interessen vertreten - selbst politische Gegner sprachen von einer "heterogenen Gesellschaft" (6). Da waren einmal jene, die sich aus echtem Engagement für eine überschaubarere und menschlichere Verwaltung an der Initiative beteiligten, deren Einfluß aber im Laufe der Auseinandersetzungen offensichtlich abnahm. Auf der anderen Seite standen jene Honoratioren, die über die politische und ideologische Richtung von "Pro Vorarlberg" entschieden: VN-Chefredakteur Ortner, der für die Öffentlichkeitsarbeit und die Propaganda sorgte, und Elmar Grabherr, der die Akzente der Argumentation von "Pro Vorarlberg" setzte.

Die "Vorarlberger Nachrichten", das Sprachrohr

Die VN waren in zweifacher Hinsicht für "Pro Vorarlberg" bedeutend: Zum einen waren sie maßgeblich an der Entstehung von "Pro Vorarlberg" beteiligt und bestimmten weitgehend die Inhalte und Ziele der Initiative; zum anderen wäre der Erfolg bei der Volksabstimmung ohne die ausführliche Propaganda der VN kaum denkbar gewesen.

Die VN sind mit 120 000 Lesern die größere der beiden Vorarlberger Tageszeitungen - die "Neue Vorarlberger Tageszeitung" hat eine tägliche Leserschaft von 76 000 (7). Der überwiegende Teil der Leser sind Abonnenten, für die die VN oft die einzige Informationsquelle darstellen. So ist der Einfluß der Zeitung vor allem auf die ländliche Bevölkerung so groß, daß sie "in den meisten Vorarlberger Haushalten den Platz des erfahrenen, weisen Familienoberhauptes eingenommen" hat, wie Martin etwas überspitzt formuliert (8). Daß die VN in der Lage sind, die Vorarlberger Bevölkerung für oder gegen bestimmte Anliegen zu mobilisieren, bewiesen sie nicht erst mit "Pro Vorarlberg":

- Bereits 1964 lösten sie die sogenannte "Fußach-Affäre" aus, bei der 10 000 Demonstranten verhinderten, daß ein neues Bodenseeschiff auf den Namen "Karl Renner" getauft wurde (9). Ein vergleichsweise bedeutungsloser Anlaß ließ damals, so der VN-Chefredakteur 15 Jahre später, "das traditionelle demokratische Denken" der Vorarlberger "explodieren" (10).
- In der Vorarlberger Lokalpolitik machen die VN seit langem ihren Einfluß geltend. So unterstützten sie beispielsweise 1970 publizistisch den politischen Wechsel in der Landeshauptstadt Bregenz, als der ÖVP-Bürgermeister wegen eines umstrittenen Straßenprojektes vom SPÖ-Kandidaten abgelöst wurde.
- 1978 schließlich war das österreichische "Nein zu Zwentendorf" nicht zuletzt den VN zu verdanken, die schon seit Jahren eine konsequente Anti-AKW-Berichterstattung betrieben hatten. Die 84,4% Nein-Stimmen in Vorarlberg (gegenüber 50,5% im österreichischen Gesamtergebnis) sind ohne die VN-Propaganda kaum zu erklären.

Die konsequente AKW-Gegnerschaft der VN ändert allerdings nichts an der grundsätzlichen politischen Position der Zeitung, die sich - je nach Bereich - zwischen bürgerlich-konservativ und reaktionär bewegt. In der innenpolitischen Berichterstattung, und dies ist im Falle "Pro Vorarlberg" von Bedeutung, vertreten die VN einen klaren "Anti-Wien"-Kurs. Schon seit Jahren - so Hans Peter Martin - "nährten die VN" das Vorurteil, daß nur die Vorarlberger fleißig, tüchtig und sparsam seien,

die Innerösterreicher hingegen faul und schmutzig" (11). Ein Bericht des VN-Redakteurs Willy Hillek über innerösterreichische Arbeitskräfte in einem Vorarlberger Unternehmen trug beispielsweise den Titel: "Kriminelle, Arbeitsscheue und Farbenblinde vermittelt" (12). Glaubt man der Zeitung, so wird Vorarlberg von den Bundesbehörden stets benachteiligt, zahlt das Land mehr Geld an die Zentralstellen, als es von dort zurückerhält, und sind die hohen Steuerabgaben verantwortlich für die verhältnismäßig niedrigen Löhne und Gehälter in der Vorarlberger Industrie. Selbstverständlich - so die Logik der VN - wird in Vorarlberg alles besser, wenn die Entscheidungen nicht mehr in Wien, sondern in Bregenz, dem Sitz der Landesregierung, fallen. Eine "Autonomie" Vorarlbergs läge durchaus im Interesse der Zeitung: Sie könnte ihren Einfluß auf die Landespolitik, der heute schon unübersehbar ist, wohl noch weiter ausbauen.

Elmar Grabherr, der Rechtsexperte

Am Tag nach der Veröffentlichung der "Pro Vorarlberg"-Petition berichteten die VN: "Dr. Elmar Grabherr, früher Landesamtsdirektor, steht nun im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Er hat ... immer einen föderalistischen Kurs gesteuert und findet heute die Genugtuung, daß eine überparteiliche Gruppe eine Initiative gestartet hat, in der er viele seiner Gedanken wiederfindet" (13).

Tatsächlich fand Grabherr in der Petition von "Pro Vorarlberg" viele seiner Gedanken wieder - hatte er sie doch selbst verfaßt. Er war aber nicht nur als "Rechtsexperte der Bürgerinitiative" maßgeblich an deren Entstehen beteiligt, sondern übernahm auch in der Folge den Großteil der Propagandaarbeit in den VN: Woche für Woche erläuterte Grabherr einzelne Forderungen von "Pro Vorarlberg", und in der Zeit vor der Volksabstimmung verfaßte er gar eine tägliche Kolumne zur "Information" der Bevölkerung.

Grabherr's Engagement für Vorarlbergs Eigenständigkeit hat eine lange, wenn auch fragwürdige Tradition. Als Jurist stieg er in der Vorarlberger Landesregierung bis zum Landesamtsdirektor - dem höchsten Beamten im Landesdienst - auf. Selbst Sohn einer Südtirolerin (14), setzte er sich während seiner Amtszeit vor allem für eine klare Trennung von Vorarlbergern und Nicht-Vorarlbergern ein. Diese Trennung war allerdings nach 1945 durch eine Gesetzesänderung erschwert worden - was Grabherr in einem Rundschreiben aus dem Jahre 1961 wie folgt

beklagte: "Wie bekannt, wurden die Landesbürgerschaft und das Heimatrecht durch das Bundesverfassungsgesetz über die Behandlung der Nationalsozialisten aufgehoben. Wenn dort auch die Aufhebung nur als provisorisch bezeichnet wird, so ist doch leider in absehbarer Zeit mit einer Wiederherstellung dieser in Vorarlberg stets hoch geschätzten Rechts-einrichtungen wohl nicht zu rechnen" (15).

Durch die genauere Bestimmung des Begriffes "landsmannschaftliche Herkunft", so der weitere Inhalt dieses Rundschreibens, solle die Möglichkeit geschaffen werden, bei der Ausschreibung von Stellen im Landesdienst wie auch bei der Vergabe von Förderungsmitteln Bewerber alemannischer Herkunft zu bevorzugen: "Der Begriff 'landsmannschaftliche Herkunft' bedeutet ... ein engeres Verhältnis einer Person zu einem Bundesland. Dieses Verhältnis wird in erster Linie bestimmt durch objektive Tatsachen wie Abstammung (siehe hier u.a. auch Familiennamen), Geburtsort, ehem. Besitz des Heimatrechtes, langjähriger Aufenthalt, Beherrschung der Mundart usw." (16).

Die Unterscheidung von Alemannen (bzw. Vorarlbergern) und Nicht-Alemannen, die auch in der Argumentation von "Pro Vorarlberg" eine wichtige Rolle spielte, blieb im Denken Grabherrs zentral. So erklärte er im Verlauf der Auseinandersetzungen um "Pro Vorarlberg", das Land sei "durch Geschichte, Besiedlung und Sprache mehr zum Westen hin orientiert und nicht zum bajuwarischen Raum im Osten. Daraus resultiere eine andere Bewußtseins- und Denkweise" (17). Elemente solchen Bewußtseins - und damit Gründe für eine ethnische Sonderstellung Vorarlbergs - sieht Grabherr beispielsweise im "größeren Drang zum Eigenheim", in der "ausgeprägten Spargesinnung" oder der "Freiheitsliebe" der Vorarlberger.

Doch neben ethnischen gibt es für Grabherr auch politische Gründe, die ihn veranlassen, gegen die Wiener Zentralstellen zu kämpfen. Viele der angeblichen oder wirklichen Mißstände unserer Zeit glaubt er durch die Reformpolitik der sozialdemokratischen Bundesregierung verursacht. Welche Folgen diese Politik zum Beispiel für die Schulen habe, erläuterte er den VN-Lesern schon Monate vor der "Pro Vorarlberg"-Aktion mit der Klage über die "Verpolitisierung im weitesten Sinne":

"Es beginnt mit der sogenannten Demokratisierung der Schüler und der Lehrer, die im wesentlichen nur dazu dienen soll, die Autorität der Schulbehörden, der Leiter und der Lehrer insgesamt herabzusetzen. ... Was früher bestenfalls unter der Bezeichnung 'Staatsbürgerkunde' gelehrt wurde, soll nun durch 'politische Bildung' ersetzt werden. Daß hiebei die

Lehre vom Klassenkampf eine nicht geringe Rolle spielt, ist offenkundig" (18).

Grabherr setzt daher den Wiener "Plänen zur Gesellschaftsveränderung" eine "volksnähere Rechtsordnung" (19) nach Vorarlberger Muster entgegen. Wie diese Rechtsordnung aussehen soll, demonstrierte er während seiner Tätigkeit als Verfasser von Landesgesetzen öfters: Das Vorarlberger Sicherheitsgesetz aus dem Jahre 1978 sah beispielsweise vor, daß ein Bürgermeister im Krisenfall nicht nur das Recht zum Waffengebrauch, sondern auch das zur Hausdurchsuchung ohne richterliche Erlaubnis erhält. Wegen Verfassungswidrigkeit wurde das Gesetz allerdings vom Verfassungsgerichtshof außer Kraft gesetzt - für den gelehrten Juristen Grabherr kein Grund zum Zweifel an seinem Rechtsverständnis: "Mit Hilfe der Sozialisten beim Bund (Bundesregierung und Verfassungsgerichtshof) gelang es dann auch, das Vorarlberger Sicherheitsgesetz zu Fall zu bringen" (20).

Auch Teile des Vorarlberger Jugendgesetzes wurden vom Verfassungsgerichtshof kassiert. Hier war ebenfalls an administrative "Bürgernähe" - unter Ausschaltung der Justiz - gedacht: Der Exekutive sollte es gestattet werden, die Wohnungen Minderjähriger bei Verdacht auf Drogenbesitz ohne richterliche Ermächtigung zu durchsuchen. Schließlich wurde gar noch mit dem Hinweis auf mehr Effektivität im Landschaftsschutz für Waldaufseher das Recht zum Waffengebrauch gefordert. Um zu verhindern, daß in Hinkunft Bundesinstanzen mit ihrer Vorstellung von Gewaltenteilung dem Wirken der einheimischen Administration und Exekutive in die Quere kommen könnten, brachte der ehemalige Landesamtsdirektor, der noch nach der Pensionierung seine Ansichten als Ausbilder angehender Landesbeamter verbreiten konnte, im Statut von "Pro Vorarlberg" einen Punkt unter, der die Ausschaltung des Verfassungsgerichtshofes und dessen Ersatz durch eine Schiedskommission vorsah (Punkt 3 des Statuts).

EINE BITTSCHRIFT AN DEN LANDTAG

Nachdem sich die Beteiligten entschlossen hatten, als Bürgerinitiative aufzutreten, wurde das von Grabherr entworfene Statut mit Erläuterungen versehen, von den erwähnten 45 Personen unterzeichnet und als Bittschrift an die Obmänner der drei Landtagsparteien versandt. Gleichzeitig erhielten die Medien Exemplare der Petition, die mit einem

Sperrvermerk bis Dienstag, den 11.9.1979, versehen waren - um "niemanden zu bevorzugen" (21) und wohl auch um den Eindruck zu vermeiden, es handle sich um eine reine VN-Initiative.

Dieser Eindruck entstand dennoch: Zwar berichtete auch der ORF-Regionalsender am 11.9.1979 über "Pro Vorarlberg". Die "Neue Vorarlberger Tageszeitung" aber erwähnte nichts davon. Sie habe, so erklärte Chefredakteur Scharsach später, die Petition erst kurz vor Redaktionsschluß erhalten und sie aufgrund ihres weitreichenden Inhalts nicht unkommentiert und ohne zusätzliche Recherchen abdrucken wollen (22). Dafür wirkte die VN-Berichterstattung wie die eines "Pro Vorarlberg"-Bulletins: "Vorarlberger Bürgerinitiative verlangt Volksabstimmung" lautete die Schlagzeile auf der Titelseite; die Petition wurde in mehrseitigen Artikeln vorgestellt, erläutert und kommentiert. Die VN veröffentlichten auch die Namen der 45 Erstunterzeichner und riefen die Bevölkerung zur Unterstützung auf.

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung war gezielt gewählt - sechs Wochen vor der Landtagswahl sollten die Parteien gezwungen werden, ihre Meinung zu den Forderungen von "Pro Vorarlberg" bekanntzugeben. Chefredakteur Ortner schrieb, die "Bürgerinitiative" habe "bewußt den Start ihres Ersuchens an den Vorarlberger Landtag an den Beginn der Landtagswahlwerbung gestellt, um den Kandidaten Gelegenheit zu geben, den Wählern ihre Vorstellungen zum Thema 'Statut' und Volksabstimmung zu erläutern. Es will die 'wichtige Frage' auch ein wichtiger Punkt für die Wahlwerbung sein, die sich nicht in nebensächlichen Konflikten und Zänkereien erschöpfen soll" (23).

Die grundlegende Forderung von "Pro Vorarlberg" an den Landtag lautete, er möge "im Hinblick auf die vom übrigen Österreich wesentlich abweichende Lage, Geschichte und Bewußtseinshaltung Vorarlbergs gemäß Art. 26 Abs. 5 der Vorarlberger Landesverfassung raschestens eine Volksabstimmung ergehen lassen" (24).

Die Bevölkerung des Landes sollte dabei folgende Frage beantworten: "Soll Vorarlberg durch eine Vereinbarung mit dem Bund im Rahmen des österreichischen Bundesstaates mehr Selbständigkeit durch ein eigenes Statut mit nachfolgendem grundsätzlichen Inhalt erhalten?"

Der Wortlaut des Statuts:

- "1. Dem Land Vorarlberg steht die uneingeschränkte Gesetzgebung und Vollziehung in allen Angelegenheiten zu, die es selbst zumindest gleich gut für Vorarlberg besorgen kann. Dazu gehören insbesondere
 - a) die völlig eigene Landesorganisation
 - b) ein solches eigenes Finanzrecht anstelle der ungerechten Steuergesetze aus Wien, daß der Landeshaushalt überwiegend aus eigener Kraft bestritten werden kann, sowie
 - c) Schule und Rundfunk, Sozialversicherung, Urproduktion und Umweltschutz, Mietzins- und Milchpreisbildung, Ausländerwesen und Verträge mit Nachbarländern in Landessachen.
Nicht dazu zählen jedenfalls die große Außenpolitik, die militärische Landesverteidigung und der Außenhandel.
2. Änderungen und Ergänzungen der für Vorarlberg geltenden Bundesverfassung bedürfen der Zustimmung des Vorarlberger Landtages. Bei einfachen Bundesgesetzbeschlüssen kann der Vorarlberger Landtag wegen Gefährdung von Landesinteressen Einspruch erheben, der durch Wiederholung nicht außer Kraft gesetzt werden kann.
3. Strittige Fragen über den Bestand, die Auslegung und Anwendung dieses Statuts entscheidet an Stelle des Verfassungsgerichtshofes eine gleichmäßig von Bund und Land und einem neutralen Vorsitzenden zusammengesetzte Schiedskommission nach Billigkeit.
4. Das Statut kann nur durch Übereinstimmung von Bund und Land Vorarlberg geändert oder außer Kraft gesetzt werden."

Nicht „los von Wien“ — jedoch für mehr Selbständigkeit

Vorarlberger Bürgerinitiative verlangt Volksabstimmung

Bregenz (VN) Vorarlberg gilt als Land der lebhaften, aber auch erfolgreichen Bürgerinitiativen. Eine davon war die Massendemonstration von Fußach im November 1964. Immer war im Volk zwischen Arlbeg und Bodensee die Freiheitliebe wach. In letzter Zeit war im Lände die Kritik am Bundeszentrismus besonders lebhaft. Das Gefühl ist gewachsen, daß man auch als kleine Minderheit im Staate mehr Mitsprache haben muß bzw. daß die in Vorarlberg erarbeiteten Erträge nicht einfach abgezogen werden dürfen.

Gegen den Übermut in Wien hat sich ein Bürgerkomitee gebildet, das auf dem Boden des Rechts eine Änderung des gegenwärtigen Zustandes verlangt. Der erste Schritt ist eine Petition an den neuen Landtag nach der Wahl am 21. Oktober mit der Forderung nach einer Volksabstimmung in Vorarlberg. Der zweite Schritt wären Vorarlberger Verhandlungen in Wien, unter Berufung auf einen Bundesverfassungsartikel, einen Staatsvertrag zu schließen, der Vorarlberg weitgehende Selbstbestimmung einräumt.

Die Petition an den kommenden Landtag, deren Inhalt wir wiedergeben, wurde von folgenden Persönlichkeiten unterzeichnet:

Amann Kurt, Unternehmer, Hohenems; Baretter Herbert, techn. Angestellter, Schwarzhart; Dipl.-Ing. Bittmann Kurt, Geschäftsführer, Trugguna; Prof. Dr. Blum Elmar, Primararzt, Feldkirch; Bösch Ignaz, Metzgermeister, Lustenau; Dörler Manfred, Angestellter, Hard; Fink Armin, Berufsschuldirektor, Lauterach; Florian Eugen, Kaufmann, Dornbirn; Dr. Fürst Karl, Amtstierarzt, Bludenz; Fussenegger Jakob, Stadtpfarrer, Dornbirn; Garzon Manfred, Kaufmann, Hohenems; Dr. Girardi Hermann, Hofrat, Bregenz; Grabher Werner, Kaufmann, Feldkirch; Dr. Grabher Elmar, Alt-Lan-

desamtdirektor, Bregenz; Ing. Greber Elmar, Geschäftsführer, Bludenz; Graber Jakob Franz, Jungbauer, Schwarzenberg; Hammerer Hubert, Kaufmann, Egg; Hilbe Herbert, Kaufmann, Dornbirn; Honeder Roman, Angestellter, Hard; Kaufmann Theresia, Angestellte, Reuthe; Kräutler Kurt, Kaufmann, Götzis; KR Mäser Ernst, Buchdruckermeister, Bregenz; Marent Roland, Landesbediensteter, Bregenz; Martin Lothar, Zimmermeister, Dornbirn; Dipl.-Ing. Mathis Hugo, techn. Angestellter, Bregenz; Dipl.-Ing. Mayer Franz Josef, Angestellter, Götzis; Nattler Alexander, Lehrer, Wolfurt; Nadler Isolde, Hausfrau, Schwarzhart; Netzer Franz, Tischlermeister, Gschurn; Prof. Dr. Ortner Franz, Götzis; Par Robert, Angestellter, Sat-

tains; Dipl.-Ing. Plankel Albert, Statiker, Bregenz; Ing. Rümmele Manfred, Baumeister, Dornbirn; Rinsler Manfred, Angestellter, Wolfurt; Salzmann Siegfried, Baumeister, Dornbirn; Schedel Julius, Behindertenberater, Feldkirch; Schwening Josef, Stickerkaufmann, Lustenau; Tschegg Walter, Angestellter, Götzis; Vetter Günther, Steinmetzmeister, Dornbirn; Dr. Würbel Adolf, Richter, Feldkirch; Dr. Narz Friedrich, Arzt, Klaus; Dipl.-Ing. Schüßling Roman, Physiker, Klaus; Kalb Erika, Hausfrau, Dornbirn; Spiegel Walter, Unternehmer, Dornbirn; Spiegel Irene, Hausfrau, Dornbirn.

Die Petition an den kommenden Landtag von Vorarlberg besitzt folgenden Wortlaut:

Blattschrift

Unter Bezug auf Art. 11 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger (Petitionsrecht) und § 13 der Geschäftsordnung für den Vorarlberger Landtag (Blattschriften) stellen die unterzeichneten Vorarlberger Wahlberechtigten an den Vorarlberger Landtag das Ersuchen,

er wolle im Hinblick auf die vom übrigen Österreich wesentlich abweichende Lage, Geschichte und Bewußtseinshaltung Vorarlbergs gemäß Art. 26 Abs. 5 der Vorarlberger Landesverfassung raschestens eine Volksabstimmung über folgende wichtige Frage ergehen lassen:

„Soll Vorarlberg durch eine Vereinbarung mit dem Bund im Rahmen des österreichischen Bundesstaates mehr Selbständigkeit durch ein eigenes Statut mit nachfolgendem grundsätzlichen Inhalt erhalten?“



Das eigene Statut

Von Franz Ortner

Die Vorarlberger haben oft das Gefühl der Ohnmacht dem Bundesstaat gegenüber. Die Minderheit von etwas über 3 Prozent Österreicher zwischen Arlbeg und Bodensee sieht ein grobes Mißverhältnis zwischen der Macht des Polit-Zentralismus in Wien und der eigenen Leistungskraft, deren Ertrag oft willkürlich aus dem Lände abgezogen wird. Der

eine Volksabstimmung in Vorarlberg ergehen lassen, in der eine „wichtige Frage“, wie mehr Selbständigkeit für Vorarlberg im Rahmen des österreichischen Bundesstaates, behandelt werden soll. Es gibt zugleich auch das Instrument, Staatsvertragsverhandlungen zwischen Bund und Ländern oder zwischen Bundesländern untereinander zu beantragen. Derzeit arbeitet die Bundesregierung mit diesem Verfassungsartikel 15a. Es ist daher nur billig, daß Vorarlberg mit der Forderung nach einem eigenen „Statut“ von sich aus aktiv wird, an den Bund heranzutreten, um mehr Kompetenzen zu erlangen, wie es dem Vorarlberger demokratischen Den-

3. Mehr Rechte für wen?

Begründung und Zielsetzung des Sonderstatuts

Die Forderungen von "Pro Vorarlberg" waren ausschließlich politischer Natur. Soziale Forderungen tauchten gar nicht erst auf; kulturelle Anliegen wurden auf die politisch-administrative Ebene verlagert. Die Intention des Statuts ist offensichtlich: Der bestehende staatliche Machtapparat soll weiter föderalisiert werden. Das Ziel ist eine weitgehende politische Autonomie des Landes, wobei soziale Veränderungen – und das wird noch zu belegen sein – nicht nur nicht angestrebt, sondern möglichst verhindert werden sollen.

Trotz dieser Fixierung der Ziele auf die politisch-administrative Ebene beinhaltete die Argumentation von "Pro Vorarlberg" sowohl ethnische (und im weiteren Sinne kulturelle) als auch soziale und ökonomische Begründungen. Im folgenden soll gezeigt werden, welchen Interessen die Forderungen der Initiative entspringen.

SOZIALE KONTROLLE UND KONSERVATIVE POLITIK: DIE POLITISCHEN GRÜNDE

Es ist bestimmt kein Zufall, daß die Begründungen des Wunsches nach "uneingeschränkter Gesetzgebung und Vollziehung" durch das Land in den erwähnten Bereichen weitgehend abstrakt blieben. Das Verlangen nach "Eigenständigkeit" ergibt sich laut Elmar Grabherr aus dem "allgemein gültigen Grundsatz über das Zusammenleben von Menschen in einer Gemeinschaft... Was nämlich der einzelne Mensch zur Erhaltung und Gestaltung eines Lebens leisten kann, dazu ist er auch verpflichtet" (1). Dieses Prinzip wird allerdings, so Grabherr, in Österreich geradezu auf den Kopf gestellt: "Eine solche verkehrte Ordnung führt unweigerlich zur wirklichkeitsfremden Befehlswirtschaft, fördert die Vermassung und die Verantwortungslosigkeit und lähmt die schöpferische Kraft" (2). "Pro Vorarlberg" stellte dem Negativbild von Machtmißbrauch, Verschwendung und wirklichkeitsfremder Befehlswirtschaft ein Modell gegenüber, das aus den Versatzstücken eines naiven Populismus konstruiert ist. Angestrebt werde, so Grabherr in den VN, eine "volksnähere

Rechtsordnung", "mehr Eigenverantwortung für Vorarlberg", "mehr Föderalismus, mehr Regionalismus, mehr Dezentralisation" und eine "bürgernahe Verwaltung" (3).

Diese Schlagwörter zielen auf ein tatsächlich vorhandenes Unbehagen an der bestehenden politischen Willens- und Entscheidungsbildung. "Pro Vorarlberg" versprach Abhilfe durch die Verlagerung der Kompetenzen von Wien nach Bregenz. Doch Bürgernähe nach "Pro Vorarlberg"-Muster kann, wie ein Kritiker der Initiative zu Recht bemerkte, auch so aussehen: "Nicht die politische Partizipationsmöglichkeit steht zur Erweiterung an, sondern der Staat nähert sich dem einzelnen Bürger, um ihn besser administrieren zu können" (4).

Gerade diese Form von "Bürgernähe" des staatlichen Apparats ist in einem überschaubaren Raum leichter zu verwirklichen. Das Netz sozialer Kontrolle, in der "Provinz" traditionell besonders effektiv, aber in den letzten Jahren einer zunehmenden Zerreißprobe ausgesetzt, läßt sich auf diese Weise enger knüpfen. Was den "Pro Vorarlberg"-Betreibern dabei unter anderem am Herzen lag, nämlich die Rücknahme bzw. die Verhinderung von Reformmaßnahmen der sozialdemokratischen Bundesregierung, läßt sich schon am Zeitpunkt ihres Auftretens ablesen: Nach deren eigenem Bekunden entstand die Idee einer solchen Initiative im Frühsommer 1979 - also unmittelbar nach dem neuerlichen Nationalratswahlsieg der SPÖ.

So betrachtet wird das vielzitierte Vorarlberger "Regionalbewußtsein" auch ein wenig durchschaubarer - hatte es doch gerade seit Beginn der sozialdemokratischen Regierungszeit einen erstaunlichen Aufschwung erfahren. Vor allem die verschiedenen Reformmaßnahmen der Bundesregierung stießen regelmäßig bei der konservativen Elite in der Regierung, der Verwaltung und den Pressemedien Vorarlbergs auf Kritik - angeblich, weil die Maßnahmen auf "Wiener Verhältnisse" abgestimmt waren und die "Besonderheiten Vorarlbergs" zu wenig berücksichtigten. Beispiele dafür sind der Widerstand gegen die Legalisierung des Abbruchs einer Schwangerschaft bis zum dritten Monat, die Ablehnung der Reform des Mietengesetzes oder die Kritik an Reformen im Schulwesen. Immer sind es "Mentalitätsunterschiede" zwischen der ostösterreichischen und der Vorarlberger Bevölkerung sowie die "völlig verschiedenen" Verhältnisse (5) im westlichsten Bundesland, die als Begründung solcher Widerstände herhalten müssen - etwa wenn die VN die Beschränkung der Bausparförderung durch den Bund "als ein Indiz in einer Kette von einseitigen Benachteiligungen der Bevölkerung in West-

österreich" werten, da hier "eine begrüßenswerte Spargesinnung, in der Großstadt wenig anzutreffen, ... 'bestraft" werde (6).

Einer der Unterstützer von "Pro Vorarlberg", der Obmann des Vorarlberger Heimatbundes Elmar Anwander, bemühte sogar die Wissenschaft, um aus den angeblichen ethnischen Eigenarten der Alemannen eine grundlegende Differenz zu den "Wienern" abzuleiten:

"Der Unterschied z.B. zur Mentalität in der Bundeshauptstadt ist eklatant. Das ist nicht nur eine emotionale Grunderfahrung jedes Vorarlbergers, sondern läßt sich auch wissenschaftlich exakt beweisen: durch stark unterschiedliches Wahlverhalten ..., durch den Prozentsatz der sonntäglichen Kirchgänger, durch Abstimmungsergebnisse wie z.B. der Aktion Leben gegen die Freigabe der Abtreibung ... usw. usw. Wir denken anders über sexuelle 'Befreiung' und 'freie' Abtreibung. ... Unsere Auffassungen von Ehe, Familie und Ehescheidung, von persönlicher Schuld und Sühne stehen in krassem Gegensatz zu der permissiven Moral, die in der Zentrale als höchste Stufe der Demokratisierung über alle Medien gepriesen wird" (7).

Der "permissiven Moral" der "Wiener" und deren liberalen Reformen wird eine konservative, autoritätsfixierte Alemannenideologie - Kirche, Ehe, Familie, Schuld und Sühne - entgegengestellt, die antiliberalen Vorurteile werden als rassisches Erbgut der Vorarlberger ausgegeben.

Das Ziel der "Pro Vorarlberg"-Betreiber ist eine Politik, die jene Reformen, die im Lande zum Teil ohnehin nur auf dem Papier zum Tragen kamen (so gibt es in Vorarlberg keine einzige Einrichtung, in der ein Schwangerschaftsabbruch auch offiziell durchgeführt wird), rückgängig machen soll. Denn durch manche dieser Reformen fühlt sich, wenn schon nicht die Vorarlberger Bevölkerung, so zumindest ein Teil derselben bedroht: die traditionelle Elite der Honoratioren und konservativen Politiker des Landes. Da aber deren Interessen in der Öffentlichkeit nur schwer als die Interessen aller Vorarlberger ausgegeben werden können, bemühten die Betreiber von "Pro Vorarlberg" das ganze Arsenal antizentralistischer Parolen, um damit ihre Forderungen zu solchen der Allgemeinheit zu machen. Ebenso wie die Landesregierung erklärten sie eine politisch und ökonomisch bestimmte Auseinandersetzung schließlich kurzerhand zu einer "rein staatsrechtlichen und staatspolitischen Frage" (8).

KONFLIKTLÖSUNG DURCH FEINDBILDPROJEKTION: DIE ÖKONOMISCHEN GRÜNDE

Wie bereits angedeutet, machten ökonomische Argumente nur einen kleinen Teil der "Pro Vorarlberg"-Propaganda aus. Einzelne Forderungen wurden aber auch bewußt in einen Katalog politischer Maßnahmen eingereiht, um ihre ökonomischen Hintergründe zu verdecken - etwa bei der Diskussion um die ausländischen Arbeitnehmer. Die unmittelbar ökonomischen Argumente der Initiative beziehen sich ausschließlich auf das Steuer- und Versicherungswesen und auf die Landesverwaltung.

Während bei anderen regionalistischen Bewegungen der "interne Kolonialismus" (9) oder zumindest die wirtschaftliche Unterentwicklung und/oder Abhängigkeit vom Zentrum einen zentralen Bereich der Argumentation ausmachen, wird in Vorarlberg lediglich die finanzielle "Benachteiligung" der Bevölkerung bei Steuer- und Sozialversicherungsleistungen beklagt: "Der Finanzausgleich zwischen dem Westen und dem Osten Österreichs gleicht einer Einbahnstraße. Am ausgeprägtesten wohl im Sozialbereich, wo die Vorarlberger pro Jahr rund eine Milliarde Schilling mehr an Pensionsbeiträgen an die Zentrale abliefern müssen, als unsere Pensionisten und Rentner ... zurückerhalten" (10).

Es sind drei Bereiche, die als Beispiele für die Benachteiligung des Landes von "Pro Vorarlberg", schon Jahre zuvor auch von den "Vorarlberger Nachrichten", immer wieder angeführt wurden:

- Vorarlberg bringe pro Jahr ca. 4,6% der gesamten Steuermittel des Bundes auf, erhalte aber dem Bevölkerungsanteil entsprechend nur 4% der Mittel zurück und finanziere somit das wirtschaftlich schwache Burgenland.
- Die Vorarlberger Beschäftigten zahlten wesentlich mehr Pensionsversicherungsbeiträge, als die Rentner des Landes zurückerhalten, weil die Altersstruktur ausgeglichener sei als in Ostösterreich und insbesondere in Wien.
- Schließlich wird auch die "Einbahnstraße" im Sozialversicherungswesen beklagt, wo die Beiträge der Vorarlberger angeblich zur Finanzierung der "Betriebskrankenkassen kranker verstaatlichter Großbetriebe" Ostösterreichs dienen (11).

Abgesehen davon, daß eine Umverteilung zugunsten ärmerer Regionen Österreichs wohl kaum als "Ausbeutung" oder "Benachteiligung" des reicheren Vorarlberg bezeichnet werden kann, läßt die in der Vorarlberger Öffentlichkeit aufgemachte Rechnung jene Leistungen unberücksichtigt, die der Bund jährlich als besondere Ausgaben für Vorarlberg

erbringt. Und in manchen Bereichen des Sozialsektors - z.B. bei der Kinderbeihilfe - läuft der Finanzstrom sowieso umgekehrt: Die weniger geburtenstarken Länder finanzieren die Ausgaben für Vorarlberg mit (12).

Die These von der Benachteiligung der Vorarlberger, seit Jahren ein Gegenstand des Konfliktes zwischen Landes- und Bundesregierung, ist grundsätzlich umstritten: So versuchten etwa Rüschi/Schönbeck nachzuweisen, daß die vom Bund an das Land zurückfließenden Beträge insgesamt weit größer sind, als dies "Pro Vorarlberg" und VN behaupten (13). Tatsächlich sind zwar die Vorarlberger Steuerleistungen höher als jene Mittel, die vom Bund zur Verfügung des Landes zurückfließen, jedoch werden erhebliche Leistungen vom Bund direkt erbracht. Allein in den letzten Jahren wurden in Vorarlberg der Arlberg-Tunnel, die Walgau-Autobahn, der Pfänder-Tunnel, der Wolfurter Güterbahnhof und einige andere Großprojekte fertiggestellt, die alle auch aus Bundesmitteln finanziert wurden. Selbst die Vertreter der Vorarlberger Industrie wollen da von einer "Benachteiligung" der Vorarlberger durch die "ungerechten Steuergesetze aus Wien" (14) nichts wissen - sie beklagen lediglich wettbewerbsverzerrende Investitionsförderungen durch die Bundesregierung (15).

So bleibt im wesentlichen nur noch eins der ökonomischen Argumente von "Pro Vorarlberg": das der billigeren, sparsameren Verwaltung des Landes. Laut "Pro Vorarlberg" steht es "außer Zweifel, daß Geld hierzulande besser verwaltet wird als in Wien" (16) - eine Behauptung, die in keiner Weise belegt wird und zumindest mit dicken Fragezeichen versehen werden muß: Ernsthaftige Untersuchungen stellen in der Finanzgebarung des Landes "keine allzu großen Besonderheiten" fest (17) - außer, daß geringe Einsparungen in der allgemeinen Verwaltung durch erhöhte Ausgaben für die öffentliche Ordnung und Sicherheit wettgemacht werden.

Auch verschiedene Betrugs- und Steuerhinterziehungsfälle, die um die Jahreswende 1981/82 aufgedeckt wurden, warfen ein bezeichnendes Licht auf das herrschende Verständnis von Sparsamkeit. Manche Vorarlberger neigen ihr offenbar besonders dann zu, wenn es um die Bezahlung von Geldern geht, die anderen zustehen. Vor allem der Skandal um das Finanzmanagement der Bregenzer Festspiele, dessen Ursachen augenscheinlich schon viele Jahre zurückreichten (18), legte Praktiken offen, die es "Pro Vorarlberg" zufolge im Lande gar nicht geben dürfte.

Die restaurative Wunschvorstellung, politische und soziale Probleme der Industriegesellschaft ließen sich in einem überschaubaren Raum mit den Rezepten der Urgroßväter lösen, bedarf freilich der Annahme, die jeweiligen Konflikte seien nicht selbst produziert, sondern durch außenstehende Instanzen - in diesem Fall durch die Bundesverwaltung - verursacht. Diese Annahme herrscht gerade im ökonomischen Bereich vor. Ein Beispiel dafür ist das "Ausländerwesen".

In der Petition von "Pro Vorarlberg" ist unter dem Titel "Arbeitsmarktverwaltung und Ausländerpolizei" folgendes zu lesen: "In Vorarlberg befinden sich über 20 000 Gastarbeiter vom Balkan und aus Asien. Dazu kommen 10 000 Familienangehörige. Die Schwierigkeiten steigen zusehends auf allen Lebensgebieten. Behördlich verantwortlich sind hierfür die Arbeitsmarktverwaltung und Ausländerpolizei des Bundes. Es ist höchste Zeit, daß im Lande selbst auf diesem Gebiete zum Rechten gesehen werden kann."

In Vorarlberg auf diesem Gebiet "zum Rechten sehen" bedeutet nicht etwa die Untersuchung der zum Teil unmenschlichen Wohnverhältnisse der ausländischen Arbeitnehmer. Zu erwarten wäre eher eine willkürlichere Handhabung der Ausweisungspraxis und der Einreisebeschränkungen, wenn auch kaum in dem Ausmaß, wie dies ein Teil der Vorarlberger Bevölkerung und manche "Pro-Vorarlberg"-Exponenten wünschen, die schon heute das Volkstum gefährdet sehen. So erklärte Petitions-Mitunterzeichner Jakob Fußenegger, Stadtpfarrer von Dornbirn, in einer Sonntagspredigt: "Die Todesgrenze ist bereits überschritten!" (19) - er warnte damit vor einer "Überfremdung der Bevölkerung" und einem weiteren Geburtenrückgang bei den Einheimischen.

Die Übernahme des Ausländerwesens in die Landeskompetenz würde vorrangig sicher nicht der Erhaltung des "Volkstums", sondern dem Wohlergehen der Vorarlberger Industriellen dienen. Denn der hohe Anteil der Ausländer an den unselbständig Beschäftigten - mit 19 805 Ausländern betrug er 1981 16,9%, während der österreichische Durchschnitt bei 6,1% lag; in der Industrie belief sich der Ausländeranteil auf fast 30% (20) - ist nicht die Folge der eigenwilligen Politik des Bundes, dem die Arbeitsmarktverwaltung formal obliegt, sondern des Einflusses der Vorarlberger Unternehmer: Sie sorgten zu Zeiten der Hochkonjunktur für den Einlaß von über 20 000 ausländischen Arbeitskräften - die Höchstzahl wurde 1973 mit über 24 000 erreicht. Als 1974/75 auch in Vorarlberg Auswirkungen der Wirtschaftskrise spürbar wurden, dienten die ausländischen Arbeitnehmer als Konjunkturpuffer: Tausende wurden nach Hause geschickt, sodaß sich Vorarlberg auch 1975 noch als wirtschaft-

liches Wunderland mit nur 1,3% Arbeitslosen präsentieren konnte. Ohne dieses Manöver hätte die Arbeitslosenrate die 5%-Marke erreicht (21).

Um die Spekulation mit den ausländischen Arbeitnehmern zu beenden, verfügte das Landesarbeitsamt schließlich einen Aufnahmestop. Der aber, so fürchtete z.B. die SPÖ, "würde sofort wieder aufgehoben und eine riesige Zahl arbeitssuchender Türken und ihre Familien kämen nach Vorarlberg" (22), wenn die Kompetenz im Ausländerwesen ausschließlich der Landesregierung zufiele. Die arbeitsintensive einheimische Textilindustrie würde dann die Ausländer - wie schon in der Vergangenheit - wieder benützen, um die Löhne zu drücken und Investitionskosten zu sparen.

Es sind allerdings Zweifel angebracht, ob Landesregierung und Industrie die Schleusen tatsächlich so weit öffnen würden, wie dies die SPÖ vermutet. Denn immerhin müßten sie mit dem - wohl auch von den VN unterstützten - Unmut einer in der Mehrheit ausländerfeindlichen Bevölkerung rechnen: Laut einer Umfrage sollen 61% der Vorarlberger mehr oder weniger ausgeprägte Aversionen gegen Ausländer empfinden (23).

Dazu kommt noch ein sicherheitspolitischer Aspekt. Denn auch das Sicherheitswesen, und damit die Ausländerpolizei, ist Bundessache und soll nach den Wünschen von "Pro Vorarlberg" in die Landeskompetenz übergehen. Dies würde - darin sind sich die Kritiker einig - eine weitere Beschneidung der Rechte der Ausländer bedeuten (24). Vor allem wäre dann mit einer schärferen Kontrolle der politischen Aktivitäten von Jugoslawen und Türken zu rechnen - zumindest bei den linken Gruppierungen. Daß die Vorarlberger Behörden gegen die neofaschistischen "Grauen Wölfe", eine militante Organisation von Türken, durchgreifen, ist hingegen nicht wahrscheinlich. Das "milde Klima für Wölfe in Vorarlberg" (25) dürfte sich schon deswegen nicht verschlechtern, weil sie die politische Rechte innerhalb der türkischen Arbeitnehmer des Landes repräsentieren - und deren Stimmen kommen bei Wahlen zur Arbeiterkammer, an denen auch Ausländer teilnehmen dürfen, dem ÖAAB (Österreichischer Arbeiter- und Angestelltenbund), einer ÖVP-Teilorganisation, zugute. Der ÖAAB aber stellt in Vorarlberg als einzigem österreichischen Bundesland seit 1969 mit Bertram Jäger den Kammerpräsidenten...

Angesichts des ökonomischen Hintergrunds der Forderungen von "Pro Vorarlberg" wird deutlich, daß die Interessen der Macht- und Geldelite Vorarlbergs als Interessen des ganzen Volkes ausgegeben werden. Doch hier wie anderswo wird es das Anliegen der Provinzeliten "in der Regel nicht sein, konkrete soziale Benachteiligungen der Unterklassen durch

deren Mobilisierung zu beseitigen. Statt dessen müssen sie in der Formulierung ethnischer Forderungen bestrebt sein, allgemeine Interessen der gesamten Region in den Mittelpunkt zu stellen, die zwar antizentralistisch sind, doch die Herrschaftsverhältnisse in der Region nicht problematisieren" (26).

Daran hielt sich "Pro Vorarlberg" vorbildlich. Die Initiative vermied jede Diskussion über die wirtschaftliche Situation Vorarlbergs; und dies, obwohl sich auch hier die vor allem der einseitigen Ausrichtung der Industrie entspringenden Strukturprobleme nicht mehr länger durch kurzfristige Maßnahmen beiseite schieben lassen, die Arbeitslosenzahl steigt und die Stellenangebote "drastisch zurückgehen" (27). Obwohl die wichtigsten makroökonomischen Entscheidungen auch in Österreich zentral getroffen werden und somit die sozial-ökonomischen Probleme theoretisch in die antizentralistische Propaganda einbezogen werden könnten, war von einer sozialen Komponente der Bewegung (wie sie in anderen aktuellen regionalistischen Auseinandersetzungen oft eine Rolle spielt) in Vorarlberg nichts zu sehen.

Die Begründung dafür ist einfach: Eine soziale Bewegung würde wahrscheinlich auch die Unterschiede und Antagonismen im Lande selbst zur Sprache bringen, und die ganze Aktion könnte auf die treibenden Kräfte zurückfallen. Denn die bescheidenen Löhne und Gehälter in der Industrie - nur im Burgenland und seit 1981 in Kärnten liegen sie niedriger als in Vorarlberg (28) - bei sehr hohem Preisniveau lassen sich bestimmt nicht "den Wienern" in die Schuhe schieben. Es fehlen auch typische Elemente ökonomischer Abhängigkeit, die zur Mobilisierung gegen das Zentrum benutzt werden könnten: Großprojekte zum Nutzen der Zentrale (z.B. Atomkraftwerke) sind nicht geplant, und die Umweltzerstörung in Vorarlberg entspringt dem eigenen Wachstumsstreben: Kraftwerke, Autobahnen und Seilbahnen gelten als vorbildliche Leistungen der heimischen Wirtschaftskraft. Auch die Regionalplanung wird in Vorarlberg vom Land und von den Gemeinden allein vorgenommen.

BEDROHUNG DER "TRADITION": DIE KULTURELLEN GRÜNDE

Neben politischen, sozialen und ökonomischen Fragen spielen in der Argumentation regionalistischer Bewegungen gemeinhin auch kulturelle Anliegen eine wichtige Rolle - sei es, daß die Anerkennung der eigenen

Sprache und die Erhaltung der kulturellen Identität gefordert, sei es, daß der Kampf um die Eigenständigkeit auch mit kulturellen Mitteln geführt wird. Im Forderungskatalog von "Pro Vorarlberg" taucht der kulturelle Bereich aber nur am Rande auf: im Verlangen nach einem eigenen Bildungswesen und einem eigenen Rundfunk- und Fernsehprogramm. Die spärliche Begründung der Forderung nach einem eigenen Schulrecht: "Das Schulwesen gehört in allen Bundesstaaten zum Grundbestand der Länderrechte." Auch der Wunsch nach einem eigenen Rundfunkprogramm wird nur mit dem Verweis auf die BRD und die Schweiz erklärt. Laut "Pro Vorarlberg" bedürfen die kulturellen Forderungen auch keiner Begründung. Denn die Folgen der derzeitigen Schulpolitik seien "offenkundig", und die Unzufriedenheit mit dem Rundfunk- und Fernsehprogramm sei ohnehin "spürbar" (29).

So hilflos die Argumentation hier wirkt - die Forderung selbst ist durchaus bedeutend: Die Erhaltung bzw. Wiederherstellung der traditionellen kulturellen Leitbilder setzt eine Kontrolle der Bildungs- und Informationseinrichtungen voraus. Gerade durch sie wird ja die "Tradition" bedroht. Bildung, Massenmedien und auch der Fremdenverkehr erschüttern zunehmend das althergebrachte Normsystem der Region. Die "permissive Moral der Zentrale" stellt das Wertgefüge und das System der sozialen Kontrolle in der Provinz in Frage und bedroht dadurch auch die Macht der lokalen Elite.

Doch gar so fremdbestimmt von der Zentrale ist jedenfalls die Schulpolitik ohnehin nicht: Seit 1962 ist die Gesetzgebung zwar Bundes-sache (auch auf Wunsch katholischer Lehrer, die hofften, daß damit die jahrzehntelangen Kompetenzkonflikte, die meist zu Lasten der Schüler gingen, beendet würden), doch Ausführung und Vollziehung liegen in den Händen der Vorarlberger Verwaltung. Die Folge: Schulbücher werden nochmals kontrolliert und zum Teil "abempfohlen", Unterrichtsbehelfe für Politische Bildung werden nicht ausgeliefert, der klassenweise Besuch mancher Theateraufführungen und die Lektüre von Texten international bekannter Schriftsteller werden verboten und Lehrer aus zum Teil geringfügigen Anlässen versetzt oder entlassen (30).

Dem "Pro Vorarlberg"-Rechtsexperten Elmar Grabherr reichen solche Kontrollmaßnahmen keineswegs aus - er sieht jetzt schon das traditionelle System durch die sozialdemokratische Schulpolitik akut bedroht:

"Es läßt sich aber durch alle Verdrehungskünste nicht aus der Welt schaffen, daß es schon aufgrund der Vererbung gescheite und dumme, fleißige und faule Menschen gibt, ... Auch im rein menschlichen Bereich geht es offenkundig darum, G r u n d w e r t e z u z e r s t ö -

ren. Es ist ein Erfahrungssatz seit Beginn der Menschheitsgeschichte, daß sich Kinder und Jugendliche Lehrern und Erwachsenen unterzuordnen haben. ... Eine Reihe von Maßnahmen dient dazu, die Kinder möglichst der häuslichen Geborgenheit und Autorität zu entziehen. ... Plumpe sexuelle Aufklärung in möglichst frühem Alter, Herabsetzung der Kindespflichten gegenüber den Eltern, überhaupt **I n f r a g e s t e l l u n g a l l e r s i t t l i c h e n W e r t e** sind an der Tagesordnung" (31).

Bei Grabherr paart sich die Panik vor der moralischen Zersetzung der Jugend - und wohl vor allem vor deren Widerstand gegen überkommene Verhältnisse - mit einer Verherrlichung der Vergangenheit: "Unsere Vorarlberger Vorfahren haben sich ihre demokratische Freiheit nicht aufgrund von 'politischer Bildung' in den Schulstunden, sondern durch gesunden Hausverstand, die täglichen Erfahrungen und die Überlieferung ihrer Eltern und Voreltern erworben" (32).

Daß solche Töne selbst bei der konservativen Vorarlberger Bevölkerung nicht nur auf Begeisterung stoßen würden, wußten die "Pro Vorarlberg"-Initiatoren. Deshalb ersparten sie sich in ihrer Petition, wie erwähnt, die Begründung der Forderung nach einem eigenen Schulwesen. Erst vor der Volksabstimmung wurde das vage Argument von der Erhaltung der kulturellen Identität nachgereicht: "Angelegenheiten der Kultur (sind) aufs engste mit den besonderen Lebensverhältnissen und Anschauungen der Bevölkerung verbunden" (33).

Doch was die Erhaltung kultureller Identität für die Wortführer von "Pro Vorarlberg" bedeutet, wird aus den zitierten Beispielen klar: die Stabilisierung des konservativen Normsystems mit Hilfe der Schulbildung. Was darüber hinaus an kultureller Identität in Vorarlberg bewahrt werden könnte, ist sowieso dürftig. Die "Volkskultur" früherer Zeiten wurde längst zur publikumswirksamen Attraktion für den Fremdenverkehr degradiert, dessen wirtschaftliche Auswirkungen allerdings auch von jenen nach wie vor begrüßt werden, die durch seine gesellschaftlichen Folgen die Kontrolle über die Bevölkerung zu verlieren drohen oder - um mit Grabherr zu sprechen - eine "weitere Übervölkerung ... durch den übermäßigen Ausbau des Fremdenverkehrs" (34) konstatieren müssen. Auf "Heimatabenden" und Konzerten von Trachtenkapellen werden die Symbole der Vorarlberger Kultur zu Markte getragen - die Inszenierung einer heilen Scheinwelt kultureller Kontinuität, die in Wirklichkeit nicht mehr besteht.

Der Maßstab für die Erhaltung der Kultur ist denn auch ihr ökonomischer Nutzen: So findet sich zwar in der "Pro Vorarlberg"-Propaganda

die Behauptung, die Kulturförderung des Landes wirke sich "beispielgebend zum Nutzen der Bürger" (35) aus, jedoch ist es gerade dieser Budgetposten, der auf regelmäßige Kritik durch die Betroffenen stößt. Der größte Teil der Ausgaben für Kunst und Kultur (47% 1979, 31% 1980) fließt nämlich in ein Festival der "Hochkultur", die "Bregenzer Festspiele". Der kulturelle Wert dieser Festspiele ist zwar umstritten, die Subventionen werden aber meist mit wirtschaftlichen Nebeneffekten in Form eines verstärkten Touristenstromes gerechtfertigt. Den zweiten Rang im Kulturförderungsbudget nimmt mit 19% der Ausgaben (1980) das Landeskonservatorium ein.

Eigeninitiativen - auch und gerade solche spezifisch Vorarlberger Prägung (Mundartdichtung, Kabarett, Literaturzeitschriften etc.) - werden mit Brosamen vom Kulturkuchen abgespeist. Die Ausgaben für "Schrifttum und Sprache" belasteten das Kulturbudget im Jahr 1979 mit 0,3%, 1980 mit 0,4%, jene für die Bildende Kunst betragen 1,7% im Jahre 1979 bzw. 1,4% 1980 (36). Und andere Bestandteile einer sich entwickelnden neuen Regionalkultur - wie Jugendzeitungen - werden nur bei politischem Wohlverhalten gefördert. "Beispielgebend" ist diese Vorarlberger Kulturförderung bestenfalls zum Nutzen der Fremdenverkehrswirtschaft.

Damit endet aber auch die Argumentation von "Pro Vorarlberg" in einer Sackgasse: Es wird die Zerstörung der Grundwerte durch Bildung und Fremdenverkehr beklagt, doch ist der Tourismus andererseits wirtschaftlich unerlässlich, und das Bildungswesen läßt sich zwar einschränken, aber nicht auf das Niveau der Zwischenkriegszeit zurückschrauben.

So verlangte "Pro Vorarlberg" ein eigenes Schulrecht, um wenigstens die fortschrittlichen Inhalte sozialdemokratischer Bildungspolitik von den Vorarlberger Schulen fernzuhalten - eine Absicht ganz im Interesse von Landesregierung und ÖVP, die die "Abschaffung von Schulbüchern" fordern, "in denen die elterliche Autorität verletzt wird" (37). Auch im Bereich der Erwachsenenbildung erweist sich der Wunsch nach einer Berücksichtigung der regionalen Verhältnisse als unverhohlener Versuch, von der eigenen politischen Auffassung abweichende Inhalte zu verhindern, so etwa, wenn die VN monieren: "Von Wien aus werden ... große Geldmittel für Zwecke eingesetzt, die das Land selbst niemals fördern würde. Dazu kommt der weitgefaßte Begriff der Erwachsenenbildung, der es ermöglicht, besondere gesellschaftspolitische Ziele von Wien aus in Vorarlberg zu verfolgen" (38).

Im Falle der Funkmedien ist ebenfalls leicht zu erraten, was die konservativen Vorarlberger Medienpolitiker aus einem eigenen Rundfunk-

und Fernsehprogramm machen würden: ein regierungskonformes Programm nach bayerischem Muster. Die bisher übliche Proporzregelung bei der Besetzung von Führungspositionen und das gesetzliche Ausgewogenheitsgebot – das freilich auch jetzt schon der jeweils stärksten politischen Kraft, in diesem Fall der ÖVP, zugute kommt – würden vermutlich einer politischen Monopolisierung zum Opfer fallen. Ein eigenes Fernsehprogramm für die rund 300 000 Vorarlberger ist ohnehin nur graue Theorie – die Kosten eines solchen Projekts wären für das Land nicht tragbar (39).

DIE ALTE ELITE IM ABWIND - VERÄNDERUNG DER ELITENSTRUKTUR

Ebenso wie die Motive der einzelnen "Pro Vorarlberg"-Gründer keineswegs einheitlich waren, unterschieden sich wohl auch die Absichten, die mit dem "Pro Vorarlberg"-Engagement verfolgt wurden. Die Gründer der Initiative versicherten, ihr Ziel sei mehr Demokratie, mehr politische Partizipation für den einzelnen Bürger und somit mehr persönlicher Einfluß auf die Entscheidungsträger. "Pro Vorarlberg"-Mitbegründer Manfred Dörler nennt als Motiv seines Engagements "Staatsverdrossenheit" und "Ohnmachtsgefühle" (40). Er und andere "Pro Vorarlberg"-Unterstützer versuchten denn auch 1981, mit einer neuen Initiative zur landesinternen Demokratisierung (deren Inhalt in diesem Buch noch erläutert wird) zu beweisen, daß ihr Ziel nicht die Stärkung des Landeszentralismus war. Dabei muß ihnen aber eine gewisse politische Hilflosigkeit unterstellt werden. Denn sowohl die Formulierung der Inhalte von "Pro Vorarlberg" als auch deren Präsentation in der Öffentlichkeit überließen sie weitgehend Personen bzw. Institutionen, die mit den oben angeführten Zielen nichts im Sinne hatten. Dies gilt besonders für die VN und die ihnen nahestehenden Unterstützer. Gerade die Unterstützung durch die Landesregierung vor der Volksabstimmung machte "Pro Vorarlberg" zu einer Initiative, die explizit die Interessen der politisch Herrschenden und keinesfalls ein Programm stärkerer allgemeiner Demokratisierung vertrat.

Die Absichten der Initiative "Pro Vorarlberg", wie sie von Ortner, Grabherr und anderen unwidersprochen vertreten wurden, sind schon in den Abschnitten über Begründung und Zielsetzung des Sonderstatuts aufgezeigt worden. Hier seien sie noch einmal kurz zusammengefaßt:

- "Pro Vorarlberg" war ein Versuch, die Reformmaßnahmen der sozialdemokratischen Bundesregierung auf Landesebene rückgängig zu machen. Dies zeigt sich am Zeitpunkt des Auftretens der Initiative (kurz nach dem neuerlichen Wahlsieg der SPÖ) und in ihren ideologischen Inhalten.
- Das im Zerfall befindliche traditionelle Normsystem der ländlichen Gesellschaft sollte erhalten und nach Möglichkeit gestärkt werden.
- Der gemeinsame Kampf gegen die "Ungerechtigkeiten" des Zentrums sollte die Ursachen der derzeitigen Krisenerscheinungen verdunkeln und die Bundesregierung als Schuldige erscheinen lassen.

Vor allem aber war beabsichtigt, die internen Machtverhältnisse durch eine Stärkung und Absicherung der traditionellen politischen und gesellschaftlichen Eliten zu stabilisieren. Dies wurde umso dringender, als seit dem Beginn der siebziger Jahre - mitbeeinflusst durch die sozialdemokratische Mehrheit auf Bundesebene - in Vorarlberg eine neue, "moderne" Elite in den Vordergrund drängte: Lehrer, die durch ihr Studium in Innsbruck oder Wien politisch zur Linken - im weitesten Sinne des Wortes - Kontakt gefunden hatten, wobei sich die Zahl der Lehrer an allgemeinbildenden und berufsbildenden höheren Schulen von 1967 (224 Lehrer) bis 1980 (714 Lehrer) mehr als verdreifachte (41); Kinder aus Vorarlberger sozialdemokratischen Familien, die sich durch eine entsprechende Schulbildung höherqualifiziert hatten; jüngere Beamte in Arbeitsämtern und in der Arbeiterkammer, jüngere Gewerkschaftsangestellte etc., die nach neuen politischen Orientierungen suchten; Freiberufler, die sich in verschiedenen Initiativen kritisch engagierten. Eine Schicht, die man als "moderne Mittelklasse" bezeichnen könnte, begann also, eine Gegen-Elite zu den einheimischen Notabeln und Honoratioren zu bilden. Außerdem erhielten zwei der vier Vorarlberger Städte - die Landeshauptstadt Bregenz und die "Eisenbahner-Hochburg" Bludenz - zu Beginn der siebziger Jahre SPÖ-Bürgermeister. Das wiederum hat die Identität von stadt- und landespolitischen Führungsgruppen aufgesprengt und das politische Monopol der traditionellen Elite in Frage gestellt.

4. Die Argumentationslinien von „Pro Vorarlberg“

In der offiziellen Argumentation strebte "Pro Vorarlberg" - wie schon erwähnt - Veränderungen auf einer rein politisch-administrativen Ebene an. Ziel der Initiative war die Föderalisierung des bestehenden Machtapparates. Die Vorteile einer Verlagerung der politischen Entscheidungsinstanzen wurden immer wieder betont. Die "Wiederherstellung echten Föderalismus" (1) bedeute eine "volksnähere Rechtsordnung", "mehr Eigenverantwortung" (2), eine "bürgernahe Verwaltung" und die "Wiederherstellung einer relativen Selbständigkeit" (3).

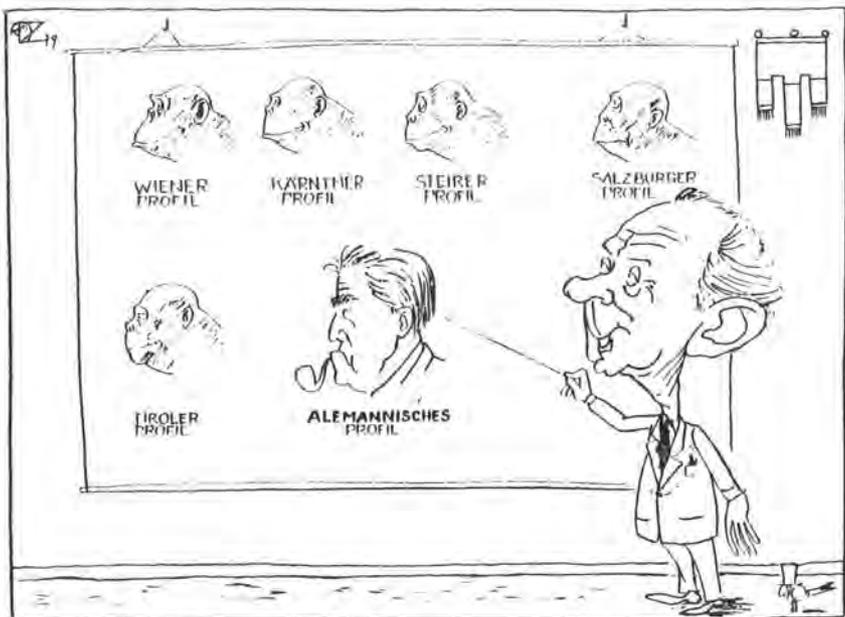
Diese Forderung nach mehr Föderalismus wurde von Anfang an von einer Propaganda begleitet, die sich vor allem auf nationalistische und ethnizistische Ideologieelemente stützte. Dabei lassen sich drei Hauptaussagen erkennen:

- Die Vorarlberger sind als "eine Art Minderheit" zu betrachten, die sich grundlegend von den übrigen Österreichern unterscheidet.
- Schuld an den herrschenden (schlechten) Zuständen sind der Zentralismus und dessen Trägerin, die "Donaumetropole" Wien.
- Die Vorarlberger sind nicht nur anders, sondern in vielen Bereichen auch besser, und würden deshalb die meisten Probleme effektiver lösen als die Zentrale.

Aus diesen Faktoren - einem lokalen Nationalismus, der Konstruktion eines "Wiener Sündenbockes" und einer nationalen Überheblichkeit mit bisweilen rassistischen Untertönen - setzt sich jene diffuse Ideologie zusammen, mit deren Hilfe "Pro Vorarlberg" die Bevölkerung zu mobilisieren suchte. Die Elemente dieser Ideologie sollen im folgenden näher erläutert werden.

DAS LAND DER WESTIGEL: VORARLBERGS "SONDERSTELLUNG"

Die ethnische Abgrenzung gegenüber dem restlichen Österreich ist ein zentraler Faktor in der Argumentation von "Pro Vorarlberg". Obwohl die Initiative mit dem Anspruch auftrat, "in einer Zeit allgemeiner Vermassung und Gleichmacherei wieder die Individualität und Verschiedenheit



GRABHERR'S EXPOSITIONSLEHRE

"Neue"-Karikatur D. Zehentmayr

der Menschen und Länder zu betonen" (4), betonte sie immer nur die eigene Individualität - vor allem gegenüber "Wien". So wurde auch die Behandlung Vorarlbergs als "eine Art Minderheit" verlangt. Ein Status als "nationale Minderheit", so absurd er wäre, hätte rechtliche Folgen. Einerseits könnte damit der verfassungsgesetzliche Auftrag zur Gleichbehandlung aller Länder umgangen werden, andererseits würden den Vorarlbergern Sonderrechte nach Artikel 7 des österreichischen Staatsvertrages von 1955 zustehen. Diese Rechte sollten die slowenische Minderheit in Kärnten und die kroatische im Burgenland schützen, wurden aber bis heute von den jeweiligen Regierungen nur unzureichend durchgesetzt (5).

Als ein maßgeblicher Grund der ethnischen Eigenart der Vorarlberger gilt die geographische Lage des Landes: Vorarlberg gehöre "lagemäßig eher zur Schweiz als zu Österreich" (6) und "zum Unterschied vom übrigen Österreich mehr zum Westalpen- als zum Ostalpengebiet" (7), das Land sei "durch Geschichte, Besiedlung und Sprache mehr zum Westen hin orientiert und nicht zum bajuwarischen Raum im Osten" (8).

Der Drang zur Abgrenzung vom übrigen Österreich treibt bisweilen seltsame Blüten. So erklärte Elmar Grabherr, Vorarlberg unterscheide sich auch durch seine Igel vom übrigen Österreich. Dort befänden sich "Ostigel", in Vorarlberg jedoch "Westigel". Experten bestätigten die Existenz der zwei Igelarten sogar - nur verläuft die Grenze des "Igelreiches" peinlicherweise bei Linz in Oberösterreich (9). Auch die Ernährung liefert Beweise für die Andersartigkeit Vorarlbergs. Im Unterricht für zukünftige Sozialarbeiter erläuterte Grabherr: "Ab Tirol ißt man Knödel, das ist nur einer, somit zentralistisch. Wir essen Spätzle, das sind viele, somit föderalistisch" (10).

Nicht allein eine solche Vulgärsoziologie der Eßkultur muß als Beweis für die "Sonderstellung" Vorarlbergs herhalten. Die Eigenständigkeit wird auch mit der lokalen Geschichte und dem besonderen "Volkscharakter" begründet. So gelten das "eigenständige Vorarlberger Denken" (11), die "Freiheitsliebe" und das "traditionelle demokratische Denken, das seit Jahrhunderten empfindlich gegen Obrigkeiten reagiert" (12), als typische Vorarlberger Eigenarten - zumindest in der "Pro Vorarlberg"-Propaganda.

DER ARLBERG ALS GRENZWALL: FEINDBILD WIEN

Das Feindbild Wien hat in Vorarlberg, aber auch in anderen österreichischen Bundesländern, eine lange Tradition. Vorarlberg wurde erst 1918 zum selbständigen Land. Zuvor wurde es von Innsbruck aus verwaltet. Die Hauptstadt Wien aber war als Sitz von Regierung und Parlament schon gegen Ende des vorigen Jahrhunderts ein negatives Symbol für die klerikalen Politiker Vorarlbergs, die mit "Wien" vor allem die Aufklärung und den Liberalismus bekämpften (13). Als Hochburg der Sozialdemokratie behielt Wien seine Feindbildfunktion auch nach dem Zusammenbruch der Monarchie:

"In der konservativen Gesellschaft der österreichischen Bundesländer ist zumindest die unreflektierte Aversion gegen die Großstadt lebendig. Sie richtet sich nicht gegen wenig industrialisierte und von einer übermächtigen Provinz umschlossene Großgemeinden wie Innsbruck, Graz und Linz, sondern einzig und allein gegen die zum kleinen österreichischen Reststaat so gar nicht passende Metropole Wien. Diese gilt in zunehmendem Maße als fremde, unheimliche Weltstadt, die durch die chaotisch anmutende Vielfalt ihrer sozialen und kulturellen Lebenswelt

den einzelnen in seinen überkommenen Bindungen gefährdet. Unter den christlich-konservativen, in überschaubaren Ordnungen lebenden Alpenbewohnern ist dieser Komplex besonders stark ausgeprägt" (14).

Zu dieser allgemeinen Aversion gegen die Großstadt trat der Antisemitismus, der in Österreich in der Zwischenkriegszeit einen besonders starken Aufschwung erlebte. Es ist darauf hinzuweisen, daß der Antisemitismus als zentrales Ideologieelement der "völkischen" und späteren nationalsozialistischen Bewegung in Österreich einen fruchtbaren Boden vorgefunden hat - nämlich den christlichsozialen Antisemitismus, den beispielsweise der Wiener Bürgermeister Dr. Karl Lueger in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts vertreten hat. Sein berühmt gewordener Ausspruch: "Wer a Jud is, bestimm i!" war eine Reaktion auf (berechtigte) Vorwürfe der Sozialdemokraten, er agitiere mit antisemitischen Parolen, sei aber gleichzeitig mit jüdischen Bankiers und Industriellen politisch und ökonomisch eng liiert. Es war dies anfangs ein religiöser, im Gegensatz zum nationalsozialistischen Ideologiesystem noch nicht rassistisch begründeter Antisemitismus, der vor allem der Agitation gegen die "jüdische" Wiener Sozialdemokratie und der vorurteilsbeladenen christlichsozialen Propaganda unter dem Kleinbürgertum und der Arbeiterschaft diente (15).

In Vorarlberg fand dieser Antisemitismus in antijüdischen und anti-liberalen Kampagnen des "Vorarlberger Volksblattes" in den beiden letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts ein deutliches Echo (16) - obwohl es im Lande nur eine einzige jüdische Gemeinde (in Hohenems) gab, die sich im wesentlichen aus kleinen Gewerbetreibenden zusammensetzte.

Dieser christlichsoziale Antisemitismus, der - durch den Nationalsozialismus verstärkt - heute in weiten Kreisen der Vorarlberger Bevölkerung immer noch anzutreffen ist (ein Antisemitismus ohne Juden!), bildete schon früh ein Element der Agitation gegen das "rote Wien". So schrieb das "Vorarlberger Volksblatt" kurz nach der Errichtung der Republik im November 1918: "Was das Volk nicht versteht und aufs Schärfste verurteilt, ist die Autokratie und Vorherrschaft des Judentums bei der Wiener Regierung. Kein Wunder, daß sich in westlichen Kronländern Stimmen für den Austritt aus dem autokratischen Zentralismus des Wiener Semitentums erheben und den Anschluß an andere Staatsgebilde befürworten" (17).

Heute wird das Bild vom "jüdisch-bolschewistischen" Wien durch jenes der zentralistischen, verschwendungssüchtigen Metropole im Osten Österreichs ersetzt. Beklagt wird das "Mißverhältnis zwischen der Macht

des Polit-Zentralismus in Wien und der eigenen (Vorarlberger; M.B.) Leistungskraft" (18). Elmar Grabherr schreibt Wien indirekt noch weitere schlechte Eigenschaften zu. Er zitiert einen konservativen Wiener Journalisten, der behauptete, "daß 'Balkan' gleichbedeutend war mit Unverläßlichkeit, Faulheit, Bestechlichkeit, Verantwortungsscheu, Mißwirtschaft, Verwischung der Zuständigkeiten und Grenzen der Rechtsordnung und noch einigem mehr" (19). Anschließend führt Grabherr verschiedene "Scherzworte" an, denen zufolge Wien schon zum Balkan gehört - um dann zu bemerken, er halte die Ansicht für "übertrieben", daß der Balkan schon am Arlberg beginne.

Solche Diffamierungen sind wohl nicht mehr mit berechtigten Aversionen gegen eine politisch zu mächtige Hauptstadt zu erklären. Vielmehr soll der Sündenbock "Wien" von den Problemen im eigenen Land ablenken und die Bevölkerung des Landes im Kampf gegen die Zentrale einen.

DIE MISERE MIT DEN FREMDEN: ALEMANNISCHE ÜBERLEGENHEIT

Wenn sich Vorarlberg vom übrigen - vornehmlich negativ gezeichneten - Österreich so sehr unterscheidet, dann können das Land und seine Bewohner selbst nur besser sein. Diese nationale Überheblichkeit findet sich bei der Initiative "Pro Vorarlberg" und ihrem Sprachrohr VN öfters. Beispiel: "(Es) steht außer Zweifel, daß Geld hierzulande besser verwaltet wird als in Wien" (20).

In den VN hat, wie schon erwähnt, die Propaganda von den "fleißigen, tüchtigen und sparsamen" Vorarlbergern und den "faulen und schmutzigen" Innerösterreichern eine lange Tradition. Bei "Pro Vorarlberg" hingegen tauchten direkte Diffamierungen der übrigen Österreicher nur vereinzelt auf - etwa auf einem Plakat mit der Aufschrift "Österreich krankt - deshalb Pro Vorarlberg". Es war nämlich zu berücksichtigen, daß auch die Zuwanderer aus anderen Bundesländern bei der Volksabstimmung wahlberechtigt waren. Eine überhebliche Haltung gegenüber den innerösterreichischen Mitbürgern hätte sich in diesem Fall mit Sicherheit nachteilig ausgewirkt. Deshalb sprach "Pro Vorarlberg" auch meist nur von "Vorarlbergern" und nicht von "Alemannen", die in der ethnischen Argumentation aber eigentlich gemeint sind.

Nicht wahlberechtigt bei der Volksabstimmung waren die in Vorarlberg lebenden Ausländer - und diesen gegenüber äußerte sich "Pro

Vorarlberg" nicht nur überheblich, sondern teilweise auch rassistisch. In der "Pro Vorarlberg"-Petition ist in der Erläuterung zum "Ausländerwesen" von "über 20 000 Gastarbeitern vom Balkan und aus Asien" die Rede, um den schlichten Sachverhalt zu bezeichnen, daß Menschen aus Jugoslawien und der Türkei im Land leben. "Balkan" und "Asien" sollen die diffusen Angstbilder von Unordnung und Bedrohung hervorrufen, mit denen jede offen oder versteckt rassistische Ideologie operiert - die Hunnen vor Bregenz? "Pro Vorarlberg"-Rechtsexperte Grabherr sah das Problem der ausländischen Arbeitnehmer grundsätzlich nur unter dem Gesichtspunkt einer zunehmenden "Übevölkerung", womit er unpräzise umschreibt, was er präzise meint: die Überfremdung. "Die 'Übevölkerung' ... beruht wesentlich auf einer maßlosen Zuwanderung, insbesondere von Ausländern und auf ihren Geburten. ... Die Zuwanderung wurde herbeigeführt durch eine zu große Industrialisierung, und zwar vor allem auf dem Gebiete der Textil- und Metallindustrie" (21).

Für die heranwachsenden ausländischen Jugendlichen hat er die (un)christliche Lösung des Mittelalters parat - die Ghettobildung: "Zu all dem kommt noch die hausgemachte Misere mit den Gastarbeiterkindern. Es soll schon Klassen geben, bei denen die Einheimischen in der Minderheit sind. Landesrat Gasser äußerte vor nicht allzu langer Zeit: 'Das Ziel kann nicht die Integration sein!' Richtig! Dann müssen eben gesonderte Schulen für Gastarbeiterkinder mit Schülertransporten geschaffen werden. Zu bezahlen haben es doch wohl diejenigen, die von den Gastarbeitern Gewinn ziehen" (22).

In dieser Argumentation gewinnt die offene Ausländerfeindlichkeit die Oberhand selbst über Wirtschaftlichkeitserwägungen. Es scheint sich hier um eine Form des rassistisch motivierten Antikapitalismus oder zumindest der Kapitalismuskritik zu handeln, wie sie auch bei "linken" Nationalsozialisten zu finden war. Allerdings ist darauf hinzuweisen, daß eine solche Argumentation, in der sich Ausländerfeindlichkeit mit einer Kritik am Industrialismus verbindet, im wesentlichen nur bei Grabherr auftritt, während andere Exponenten von "Pro Vorarlberg", wie die VN, die von den Inseraten der einheimischen Industrie abhängig sind, solche Äußerungen meist nur zitierten, aber nicht zu ihrem eigenen Programm machten. Dennoch deutet sich hier ein Gegensatz zwischen der - durch "Pro Vorarlberg" repräsentierten - politischen und der ökonomischen Elite des Landes an: Letztere hat zumindest an den Konsequenzen einer rassistischen Alemannenideologie kein Interesse - aus beschäftigungspolitischen Gründen (die arbeitsintensive Textilindustrie braucht die ausländischen Arbeitskräfte) wie aus geschäftlichen Erwägungen (der Bekannt-

heitsgrad Österreichs auf den internationalen Märkten übertrifft mit Sicherheit den Vorarlbergs). Daraus erklärt sich auch die Zurückhaltung, mit der Vorarlbergs Industrielle auf "Pro Vorarlberg" reagierten - nur wenige waren bereit, der Initiative öffentlich zuzustimmen.

Zusammenfassend läßt sich die Argumentation von "Pro Vorarlberg" als ein Konglomerat aus traditionellen Vorurteilen, populären Feindbildern und fortschrittlichen, dem neueren Regionalismus entnommenen Worthülsen beschreiben. Wie die Teilhabe der Menschen an der Politik konkret gestaltet oder ihre soziale und wirtschaftliche Lage verbessert werden könnte, war für die Initiative kein Thema. Ihr ging es um die Wiederherstellung von Autorität, Tradition und gewohnter Ordnung - also um die Durchsetzung eines konservativen Politikverständnisses, das nicht die selbstbewußte, aktive Beteiligung des Bürgers an den politischen Entscheidungen, somit auch Konfliktaustragung und Diskussion, zum Ziel hat, sondern die unkritische Identifikation mit dem angeblich immer schon Dagewesenen.

5. Reaktionen auf „Pro Vorarlberg“

UNTERSTÜTZUNG UND WIDERSTAND

Schon am Tag nach der Veröffentlichung der "Pro Vorarlberg"-Petition schlossen die VN aus ersten Reaktionen auf eine breite Zustimmung. Die beiden bürgerlichen Parteien, FPÖ und ÖVP, versprachen die sofortige Behandlung der Bittschrift nach den Landtagswahlen. Die FPÖ erklärte, sie sehe sich durch diese Initiative bestätigt, und verwies dabei auf die schon erwähnte Landtagsrede von Klubobmann Ess vom 4.7.1979. Um die "breite Zustimmung" noch zu vergrößern, wurde auch die Bevölkerung aufgerufen, die Initiative zu unterstützen. Die VN druckten zu diesem Zweck zehn Tage lang Unterstützungserklärungen ab, die an "Pro Vorarlberg" geschickt werden sollten, und warben ebensolange auf mehreren Seiten für die Initiative. Daß trotz der Propaganda der folgenden Wochen von 500 000 gedruckten Erklärungen nur 8 000 wieder bei "Pro Vorarlberg" landeten, wies nicht unbedingt auf eine große Begeisterung der Bevölkerung für die Initiative hin (1). Der Unmut über "Pro Vorarlberg" wurde auch offen geäußert. Ein Kommentar der "Neuen Vorarlberger Tageszeitung" vom 14.9.1979 kritisierte z.B. die separatistischen Tendenzen, aber auch die Betreiber der Initiative, vor allem Grabherr und Ortner:

"Die Männer sind falsch. Wohlgemerkt: nicht jene Männer, die dieser Vorarlberg-Bewegung Pate gestanden haben. Nein, die sind goldrichtig. Falsch sind jene Männer, die den geistigen Vätern dieser Bewegung die Zügel aus der Hand genommen und sich an die Spitze gedrängt haben. Männer, die gewohnt sind, zentralistisch alle Macht in Händen zu halten, sind nicht gerade ein Aushängeschild für eine solche Bewegung."

Neben einzelnen solchen Stimmen waren es aber vor allem zwei Gruppen, die sich gegen die Bestrebungen von "Pro Vorarlberg" wandten: die SPÖ und die Aktion "Vorarlberger Pro Österreich". Der Österreichische Gewerkschaftsbund hingegen bewies auch in der Auseinandersetzung um "Pro Vorarlberg" seine schwache Position in der politischen Diskussion des Landes: Eine eher halbherzige Resolution, in der davor gewarnt wurde, mit Hilfe von "Pro Vorarlberg" die sozialen Errungen-

schaften der Arbeitnehmer zu gefährden, blieb bis nach der Volksabstimmung die einzige Stellungnahme (2).

DAS ALTE FUSSACH-TRAUMA? DIE REAKTION DER SPÖ

Innerhalb der SPÖ war die Stellung zu "Pro Vorarlberg" anfangs nicht eindeutig. Neben ablehnenden Stimmen gab es auch solche für eine Unterstützung der Initiative - oder zumindest für deren stillschweigende Duldung. Bei einzelnen Mitgliedern der Parteispitze wurde offenbar die Erinnerung an die Ereignisse von Fußach im Jahre 1964 wach. Damals hatten die "Vorarlberger Nachrichten" eine große Demonstration gegen die Absicht des sozialdemokratischen Verkehrsministers initiiert, ein neues Bodenseeschiff auf den Namen des sozialdemokratischen Bundespräsidenten Karl Renner zu taufen. Die von den VN erzeugte Stimmung gegen die Bundes-SPÖ drohte zu jener Zeit auch auf die Landespartei überzugreifen. Ein ähnlicher Effekt hätte angesichts der im Oktober 1979 bevorstehenden Landtagswahlen für die SPÖ verhängnisvoll sein können. Landesparteiobmann Dipl.-Ing. Fritz Mayer, der als Bürgermeister von Bregenz anfangs durch VN-Chefredakteur Ortner kräftig gefördert worden war, dann aber bei der Zeitung in Ungnade fiel, wußte aus eigener politischer Erfahrung nur zu gut um die Wirkung von VN-Kampagnen. Er selbst versicherte zwar später, er sei von Anfang an für eine Ablehnung der Initiative gewesen (3), doch scheint es im Parteivorstand jedenfalls ein Problem gewesen zu sein, wie die SPÖ "Pro Vorarlberg" gegenüberzutreten sollte, ohne den VN allzu große Angriffsflächen zu bieten. Die Mehrheit des Parteivorstandes plädierte schließlich für eine Ablehnung von "Pro Vorarlberg". Im anschließenden Kommuniqué der Partei hieß es unter anderem:

"Die SPÖ Vorarlberg wendet sich ... mit aller Entschiedenheit gegen Bemühungen, die letzten Endes auf ein 'Los von Österreich' hinauslaufen. Derartige Tendenzen sind jedoch in den meisten Forderungen der Bürgerinitiative erkennbar. Vor allem zählen dazu jene Forderungen, die auf eine Zertrümmerung des österreichischen Rechts- und Sozialstaates hinauslaufen. Das wissen auch die Initiatoren, denen es offenkundig darum geht, die Landtagswahlen am 21. Oktober in eine Abstimmung gegen die Bundesregierung und die SPÖ umzufunktionieren" (4).

Wie in der "Neuen" zu lesen war, präzisierte SPÖ-Landesobmann Mayer kurz darauf die Vorwürfe: "Zum einen gehe es bei dieser Initiative um eine totale Machtergreifung der ÖVP in Vorarlberg, das gleichsam zum letzten Sammelpfad aller konservativen Kräfte werden solle nach den verlorenen Schlachten im übrigen Österreich. Zum anderen wende sich die SPÖ gegen die Parole 'Los von Österreich' im Interesse jener Landesbewohner, die aus anderen Bundesländern zugezogen seien und mitgeholfen hätten, den Wohlstand in diesem Land zu begründen und aufzubauen" (5).

Im Zusammenhang mit der Kritik, "Pro Vorarlberg" verfolge separatistische Ziele und betreibe indirekt Wahlpropaganda für die konservativen Parteien, betonte die SPÖ auch mehrfach ihr Bekenntnis zum Föderalismus. In der Antwort des SPÖ-Klubobmannes Ernst Winder auf ein Schreiben, in welchem "Pro Vorarlberg" von allen Landtagskandidaten die Einstellung zu Petition und Volksabstimmung wissen wollte, hieß es: "Es wäre zu hoffen gewesen, daß Ihre Initiative eingesehen hätte, welche verhängnisvollen Emotionen sie losgetreten hat und welchen Schaden sie mit ihren extremen Forderungen dem föderalistischen Anliegen und dem Ansehen unseres Landes zugefügt hat" (6).

Trotz der eindeutigen Äußerungen der SPÖ-Führung trat die Partei gegen "Pro Vorarlberg" in der Folge - z.B. während der Kampagne um die Volksabstimmung - recht zurückhaltend auf. Zeitweise schien es, als erklärte die SPÖ nur jenen ihre Position, die es unbedingt hören wollten. Dieses vorsichtige Agieren der Partei lag wohl nicht nur an den erwähnten Befürchtungen gegenüber den VN, sondern auch an der Angst, der traditionelle Ruf der SPÖ als einer "Partei der Fremden", die nie ganz zu einer "echten" Vorarlberger Partei geworden sei, könne wieder aufleben.

GEGEN "PRO VORARLBERG": "VORARLBERGER PRO ÖSTERREICH"

Wesentlich konsequenter als die SPÖ wirkte die Aktion "Vorarlberger Pro Österreich", die spontan entstand und sich schon eine Woche nach dem ersten Auftreten von "Pro Vorarlberg" an die Öffentlichkeit wandte. Den Kern dieser Bewegung bildeten unorganisierte Intellektuelle, Kulturschaffende und im Sozialbereich Tätige. Unterstützt wurden sie vor allem von Jugendlichen. Die "Vorarlberger Pro Österreich" warfen

"Pro Vorarlberg" - ebenso wie die SPÖ - Separatismus vor, wandten sich aber auch gegen die Selbstdarstellung der Gruppe als "Bürgerinitiative":

"Wir stellen überhaupt in Frage, ob es sich bei 'Pro Vorarlberg' um eine Bürgerinitiative im wahren Sinn des Wortes handelt: darunter versteht man nämlich den Zusammenschluß voneinander unabhängiger Leute, die sich entweder gegen ein konkretes Projekt wenden oder ein bestimmtes Ziel verfolgen. Eine Bürgerinitiative kann aber nicht dadurch entstehen, daß eine Zeitung jahrelang den Boden beackert, um dann selbst eine Initiative aus dem Boden zu stampfen, die vorgibt, sich spontan gebildet zu haben. Anders gesagt: man schreibt solange die eigene Meinung, bis den Leuten irgendwann einmal glaubhaft gemacht werden kann, daß das die Ansicht der Mehrheit sei. Für uns ist das keine Bürgerinitiative, sondern Demagogie" (7).

Die "Vorarlberger Pro Österreich" hielten die Begründung, mit der "Pro Vorarlberg" ein eigenes Statut verlangte, für unsinnig: "Zufolge der besonderen Lage, zufolge der besonderen Geschichte" könne nicht nur jedes Bundesland, sondern gar jede kleinere Region ein eigenes Statut fordern. Die Aktion wandte sich auch gegen rassistische Tendenzen: "Besonders bedenklich erscheint uns der rassistische Grundtenor, der sowohl in Stellungnahmen von 'Pro Vorarlberg' und vor allem in Aussagen von Vertretern dieser Gruppe (besonders Dr. Grabherr) immer wieder durchklingt: in Vorarlberg leben bessere, fleißigere Menschen als in den anderen Bundesländern Österreichs" (8).

Zudem wurde von den "Vorarlbergern Pro Österreich" auf den offenkundigen Widerspruch zwischen dem christlichen Bekenntnis der "Pro Vorarlberg"-Vertreter und ihrer Absage an die Solidarität im Sozialbereich hingewiesen.

Auch die "Vorarlberger Pro Österreich" plädierten für mehr Föderalismus: "Aus politischer, aber auch ethisch-moralischer Überzeugung lehnen wir die Zielsetzungen von 'Pro Vorarlberg' ab. Das kann aber auf der anderen Seite nicht bedeuten, daß wir nicht der Meinung wären, daß eine grundsätzliche Föderalismus-Debatte sinnvoll und notwendig wäre. Im Gegenteil. Eben weil sie notwendig ist, darf sie nicht durch Bewegungen wie 'Pro Vorarlberg' gefährdet werden" (9).

Die "Vorarlberger Pro Österreich" forderten "Pro Vorarlberg" mehrfach zu einer öffentlichen Diskussion auf - ohne Erfolg. "Pro Vorarlberg" zog es vor, die Argumente unwidersprochen über die VN der Öffentlichkeit zu präsentieren. Bei den "Vorarlbergern Pro Österreich" handle es sich, so "Pro Vorarlberg"-Sprecher Manfred Dörler, "um eine nicht repräsentative Gruppe von Neolinken" (10) - eine Einstellung, die

viele am Demokratieverständnis der nach "mehr Demokratie" rufenden Initiative zweifeln ließ. Später erklärte Dörler, er habe sich persönlich beleidigt gefühlt und rede nicht mit Leuten, die ihn als "Faschisten" bezeichneten. Dieser Begriff tauchte allerdings niemals in einer Veröffentlichung der Gegner von "Pro Vorarlberg" auf. Trotzdem sah sich auch Elmar Grabherr genötigt, dem angeblichen Faschismus-Vorwurf zu begegnen: "Was wurde doch in den letzten Wochen noch an sachlichen Unwahrheiten und persönlichen Verunglimpfungen auf die Vorarlberger losgelassen. Die Befürworter waren 'Faschisten', 'Rassisten', 'Monarchisten', 'Separatisten' und (ausgerechnet wir) 'Verschwender!'" (11) Und "Pro Vorarlberg"-Unterstützer Elmar Anwander fragte die Leser der VN: "Für wen sollte das schon eine rassistische, faschistische, separatistische Bedrohung sein?" (12) - für niemanden natürlich, denn der Leserbriefteil dieser Zeitung gleicht meist jenem sprichwörtlichen Wald, aus dem nur herausschallt, was (von der Redaktion) hineingerufen wird.

Offenbar konnten und können die "Pro Vorarlberg"-Vertreter nicht zwischen Rassismus und Faschismus unterscheiden. Es darf aber auch angenommen werden, daß ihnen dieses mangelnde Differenzierungsvermögen durchaus gelegen kam, um sich einer öffentlichen Diskussion zu verweigern.

Die "Vorarlberger Pro Österreich" jedenfalls versuchten, Gegenöffentlichkeit herzustellen: mit Puppentheater und Kabarett, mit eigenen Dialektliedern, Gedichten und ortsgebundenen Aktionen. Dabei war wichtig, daß sich die "Vorarlberger Pro Österreich" als "echte Vorarlberger" präsentierten, die nicht nur die eigene Heimatverbundenheit bewiesen, sondern auch klarmachten, daß "Vorarlberger Eigenart" mehr beinhalten kann als pausenloses Selbstlob und die Herabsetzung anderer. Der Schwerpunkt der Aktionen der "Vorarlberger Pro Österreich" lag allerdings nicht in der Zeit nach dem Auftreten von "Pro Vorarlberg", sondern in den Wochen vor der Volksabstimmung, als "Pro Vorarlberg" nur noch ein Teil der Einheitsfront von Landesregierung, ÖVP, FPÖ und VN war.

Daß es nicht leicht war, Kritik an "Pro Vorarlberg" vorzubringen, bewiesen regelrechte Rufmordkampagnen (vor allem auf der Leserbriefseite der VN) gegen einzelne "Vorarlberger Pro Österreich", aber auch der Inseratenboykott gegen die "Neue", den einige Dornbirner und Hohenemser Kleinunternehmer - Mitbegründer von "Pro Vorarlberg" - aufgrund der neutralen Berichterstattung der Zeitung organisierten.

6. Der Initiative neue Kleider — Vom Sonderstatut zur „staatsrechtlichen Frage“

Die Veröffentlichung der "Pro Vorarlberg"-Bittschrift zu Beginn des Landtagswahlkampfes sollte, wie schon erwähnt, die Parteien zwingen, eindeutig zur Problematik Stellung zu nehmen. Die Initiative glaubte wohl, eine entsprechende Unterstützung sei während des Wahlkampfes eher zu erwarten als zu anderen Zeiten. Zu den Bestrebungen von "Pro Vorarlberg", den Landtagswahlkampf auszunützen, gehörte auch die Versendung eines Formblattes an alle Kandidaten für die Wahlen. "Zwecks Information der Öffentlichkeit" bat "Pro Vorarlberg" dabei um eine Antwort auf die Frage:

"Werden Sie als Abgeordnete/r im Vorarlberger Landtag bei der Behandlung der Bittschrift der Bürgerinitiative PRO VORARLBERG dafür eintreten, daß das Vorarlberger Volk darüber befragt wird, ob es wünscht, daß Vorarlberg zufolge seiner besonderen Verhältnisse innerhalb Österreichs wesentlich mehr Eigenverantwortung erhält als die übrigen Bundesländer?" (1).

Ein Großteil der Kandidaten von ÖVP und FPÖ beeilte sich, der Initiative - und damit über die VN der Öffentlichkeit - eine zustimmende Antwort zukommen zu lassen. Nur die SPÖ distanzierte sich in einem Brief an "Pro Vorarlberg" von dem "separatistischen Kurs" der Initiative: "Wir lehnen die Forderung nach einem solchen Statut mit aller Entschiedenheit ab. Ein solches Statut braucht vielleicht eine fremdsprachliche Minderheit, nicht aber ein Bundesland der Republik Österreich" (2).

Gleichzeitig kritisierte die SPÖ den Versuch der VN, jene Kandidaten, die ihre Zustimmung verweigerten, öffentlich anzuprangern. Die VN wetterten aber nicht nur gegen Politiker, die sich von "Pro Vorarlberg" distanzieren. Auch der Geschäftsführer einer Textilfabrik, der das Problem als "hochgespielt" bezeichnete und erklärte, es gäbe "wirklich andere Probleme" als "Pro Vorarlberg" (3), bekam nach dieser Äußerung den subtilen Zorn des Vorarlberger Medienriesen zu spüren: Seine Berufsbezeichnung "Textilunternehmer" wurde in den VN mit abwertenden Anführungszeichen versehen (4).

EINE ERSTE ENTtäUSCHUNG: LANDTAGSWAHLEN 1979

Das Ergebnis der Landtagswahl vom Oktober 1979 war aus der Sicht von "Pro Vorarlberg" nicht besonders erfreulich: Ausgerechnet die FPÖ, die am nachhaltigsten für die Forderungen der Initiative eingetreten war, hatte als einzige Partei Verluste zu verzeichnen. Sie fiel von 13,9% auf 12,5% der Stimmen zurück. Die ÖVP konnte ihre absolute Mehrheit ausbauen und erhielt 57,5% (+ 0,6% gegenüber 1974), die SPÖ erreichte 29% (+ 1,4%) (5).

Es gibt nur Vermutungen über die Rolle, die "Pro Vorarlberg" letztlich bei der Abstimmungsentscheidung spielte. In der Wahlkampfdiskussion war das Thema jedenfalls bis zuletzt im Gespräch. Und in der Öffentlichkeit wurde das Wahlergebnis allgemein - mit Ausnahme der VN - als Absage an die radikalen Forderungen der Initiative gewertet (6). Das Versprechen von ÖVP und FPÖ, die Petition im Landtag zu behandeln, blieb davon natürlich unberührt. Sie versuchten nun, aus der "Pro Vorarlberg"-Bittschrift eine konsensfähige Vorlage für eine Volksabstimmung zu basteln. Von vereinzelt VN-Artikeln abgesehen, war es nach der Landtagswahl zunächst um das Thema "Pro Vorarlberg" still geworden: Nachdem der Landtag die Petition am 20.11.1979 an den Rechtsausschuß verwiesen hatte, verstummte die Diskussion in der Öffentlichkeit. Erst Ende Februar 1980 fand ein Informationsgespräch mit Universitätsprofessoren und "erfahrenen Praktikern" (7) statt. Die Themen dieses Treffens mit - wie Elmar Grabherr bemängelte - "auswärtigen Fachleuten" (8) zeigten die Linie der Landesregierung an:

- Stellung der Länder als Gliedstaaten des gemeinsamen Bundesstaates und Verteilung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern;
- Finanzen, insbesondere Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Gemeinden;
- Stellung des Bundesrats (9).

Die Vorarlberger Landesregierung tat so, als wolle sie die von der ganzen Auseinandersetzung aufgerührten Emotionen dämpfen, und erklärte das Problem der Volksabstimmung zu einer "rein staatsrechtlichen Frage". Das hinderte sie freilich nicht daran, in der Propaganda für die Volksabstimmung sämtliche Argumente ins Feld zu führen, mit denen in der einen oder anderen Form auch schon "Pro Vorarlberg" reüssiert hatte.

Das Informationsgespräch brachte die erwartete - und von niemandem bezweifelte - Bestätigung, daß die Stellung der Bundesländer verbessert werden könne und eine Volksabstimmung rechtmäßig sei. Der

Schluß, die Stellung der österreichischen Bundesländer sei "im internationalen Vergleich auffallend schwach" (10), dürfte sich ausschließlich auf die BRD und die Schweiz bezogen haben.

IM KLANG LEICHT VERÄNDERT: DAS 10-PUNKTE-PROGRAMM DES VORARLBERGER LANDTAGS

Mit der Legitimation der Experten entwarf die ÖVP-Fraktion einen Volksabstimmungstext, der im wesentlichen an der ursprünglichen "Pro Vorarlberg"-Petition orientiert war, aber eine Reihe jener Punkte bereinigte, die auf starke Kritik gestoßen waren:

- Offiziell wurde auf ein eigenes Statut für das Land verzichtet, indem formell auch die anderen Bundesländer einbezogen wurden, was sich in dem Ausdruck "Stellung des Landes (der Länder)" äußerte.
- Die Forderung nach einem eigenen Verfassungsgerichtshof bzw. nach der ihn vertretenden Schiedskommission wurde aufgegeben.
- Aus dem Katalog der Kompetenzen, die vom Bund an das Land übergehen sollten, verschwand das Sozialversicherungswesen. Statt eines eigenen Schulrechtes und eines eigenen Rundfunkprogrammes wurden eine verstärkte Mitsprache im Schulwesen und eine stärkere Regionalisierung des Rundfunks gefordert.
- Auch die "Pro Vorarlberg"-Forderung nach der Finanzhoheit des Landes wurde gemildert. Nun hieß es: "Dem Land ist durch Übertragung eines Teiles der Abgabehoheit des Bundes ein seinen Aufgaben angemessenes, verfassungsrechtlich gesichertes Recht, Abgaben festzusetzen und einzuhoben, einzuräumen" (11).
- Schließlich wurde noch ein Punkt angehängt, der mehr Mitbestimmung für die Gemeinden vorsah - eine Alibiforderung, wie noch zu zeigen sein wird.

Die ÖVP präsentierte diesen Entwurf am 12.3.1980 im Landtag. Die SPÖ kündigte einen Alternativtext an und erklärte, sie werde eine "Nein"-Parole für die Volksabstimmung ausgeben, wenn ihre Forderungen nicht berücksichtigt würden. Sie kritisierte vor allem folgende Mängel des ÖVP-Entwurfes:

- "- Die zehn Punkte bringen nicht die von der SPÖ gewünschte Bürger-nähe, sondern im wesentlichen mehr Macht für die herrschende Partei im Land.

- Den Gemeinden werden weder mehr Rechte noch mehr Geld in Aussicht gestellt.
- Die geforderte Machtfülle könnte nach wie vor nicht wirksam kontrolliert werden" (12).

Am 28.3.1980 legte die SPÖ-Fraktion im Landtag ihren Alternativvorschlag vor: Er forderte "mehr Rechte für die Bürger" durch Erleichterungen bei Volksbegehren und Volksabstimmungen, die Möglichkeit von Anfragen der Bürger in Gemeindevertretungssitzungen und erweiterte Rechte für den Kontrollausschuß des Landes. Zudem verlangte der SPÖ-Vorschlag "mehr Rechte für die Gemeinden" (Mitbestimmung bei Gesetzen, bessere finanzielle Ausstattung), und schließlich sollte die Landesregierung das Bundesländerförderungsprogramm von 1976 "mit mehr Nachdruck als bisher" vertreten (13).

Die SPÖ ging anscheinend davon aus, daß ihre Vorschläge ohnehin abgelehnt würden. Die letzte (polemische) Frage des Alternativentwurfs für den Volksabstimmungstext lautete nämlich: "Oder sind Sie dafür, daß Vorarlberg über das Bundesländerförderungsprogramm hinausgehende Rechte im Sinne der von ÖVP, FPÖ und PRO VORARLBERG aufgestellten Forderungen verlangt?" (14).

Mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ wurde der ÖVP-Entwurf zum Volksabstimmungstext erhoben. Zugleich wurde der 15. Juni 1980 als Abstimmungstermin festgesetzt.

Bei dem Volksabstimmungstext (siehe die beiden folgenden Seiten) handelt es sich - wie leicht festzustellen ist - um einen Kompromiß aus dem Statut von "Pro Vorarlberg", den Wünschen der Landesregierung und dem Bundesländerförderungsprogramm von 1976. Bemerkenswert ist, daß die Aufzählung der Angelegenheiten unter Punkt 1 laut "ergänzende Hinweise zu den 10 Punkten zur Stärkung des Landes und der Gemeinden" nur unverbindlichen Beispielcharakter hat: "Die exakte Festlegung des Umfangs und der Formen, in denen die geforderte Stärkung der Zuständigkeiten bzw. Mitwirkungsrechte erfolgen soll, wird den Verhandlungen der Vertreter des Landes mit dem Nationalrat und der Bundesregierung obliegen" (15). Hierbei unterscheidet sich der Volksabstimmungstext nicht von der "Pro Vorarlberg"-Vorlage: Auch diese verstand die Aufzählung der Bereiche, in denen die Landeskompetenz gestärkt werden sollte, als beispielhaft, ohne dies jedoch ausdrücklich zu erwähnen (die Formulierung: "Dazu gehören insbesondere ..." im Statut beinhaltet aber eine mögliche Erweiterung der Forderungen).

Gegenüber der "Pro Vorarlberg"-Petition bedeutete der Volksabstimmungstext also in erster Linie eine Abschwächung der Kompetenzforde-

Beschluß

des Vorarlberger Landtages vom 28. März 1980 über die Durchführung einer Volksabstimmung über die Stärkung der Stellung des Landes (der Länder) und der Gemeinden im Rahmen des österreichischen Bundesstaates

Gestützt auf Artikel 26 Abs. 5 der Landesverfassung legt der Vorarlberger Landtag dem Landesvolk folgende wichtige Frage zur Entscheidung in einer Volksabstimmung vor:

„Sollen Vertreter des Landes mit dem Nationalrat und mit der Bundesregierung in – auch den anderen Ländern offenstehende – Verhandlungen mit dem Ziel eintreten, im Rahmen des österreichischen Bundesstaates dem Land (den Ländern) mehr Eigenständigkeit und den Gemeinden eine Stärkung ihrer Stellung im Sinne der nachfolgend angeführten 10 Punkte zu sichern?“

10 Punkte

zur Stärkung der Stellung des Landes (der Länder) und der Gemeinden im Rahmen des österreichischen Bundesstaates

1. Angelegenheiten, die vom Land selbst besorgt werden können, sollen in seine Zuständigkeit fallen, um so die Bedürfnisse der Bevölkerung und die Verhältnisse im Land besser berücksichtigen zu können, die kulturelle Vielfalt zu gewährleisten und die Staatstätigkeit möglichst kostengünstig zu gestalten.

In Anwendung dieses Grundsatzes ist eine Stärkung der Zuständigkeiten bzw. der Mitbestimmungsrechte des Landes, insbesondere in folgenden Angelegenheiten, herbeizuführen:

- a) Wohnungswesen (z.B. Wohnbauförderung) sowie Teile des Mietenrechtes;
- b) Schulwesen (z.B. Mitsprache bei der Gestaltung von Lehrplänen und Schulbüchern), Erwachsenenbildung, Rundfunk (bessere Berücksichtigung der Landesbelange, stärkere Regionalisierung), Denkmalschutz;
- c) Land- und Forstwirtschaft einschließlich des Ernährungswesens;
- d) Bergbau, Wasserrecht, Wildbach- und Lawinenverbauung, Seilbahnwesen;
- e) Umweltschutz;
- f) Sicherheitswesen (z.B. Auflösung der Sicherheitsdirektion), Ausländerwesen (z.B. Ausländerbeschäftigung, Fremdenpolizei);
- g) Verträge mit Nachbarstaaten.

2. Die Bevormundung des Landes durch die Bundesverfassung ist weitestgehend abzubauen. Das Land soll – gebunden allein an die Grundzüge der Bundesverfassung – sich selbst seine Verfassung geben, Organe und Weg der Gesetzgebung festlegen und die Organisation seiner Behörden und Ämter bestimmen können.
3. Änderungen des Bestandes und der grundlegenden Rechte des Landes dürfen nur mit Zustimmung des Landesvolkes erfolgen.
4. Bei der personellen Besetzung der dem Bund und den Ländern gemeinsamen Organe (insbesondere Verfassungsgerichtshof, Verwaltungsgerichtshof und Rechnungshof) ist den Ländern ein Vorschlagsrecht einzuräumen, das der Gleichordnung von Bund und Ländern entspricht.
5. Landesgesetze, die die Mitwirkung von Bundesstellen bei der Durchführung von Gesetzen vorsehen (z. B. Rettungsgesetz, Katastrophenhilfegesetz), sollen nicht der Zustimmung der Bundesregierung bedürfen.
6. Dem Land ist durch Übertragung eines Teiles der Abgabehoheit des Bundes ein seinen Aufgaben angemessenes, verfassungsrechtlich gesichertes Recht, Abgaben festzusetzen und einzubeheben, einzuräumen.
7. Die aufgabengerechte Verteilung der Abgabenerträge zwischen dem Bund, dem Land und den Gemeinden hat unter wirksamer Einschaltung des Landes und der Gemeinden zu erfolgen.
8. Auch für jene Angelegenheiten, in denen der Bund, das Land und die Gemeinden als Unternehmer oder Geldgeber (z.B. bei Errichtung öffentlicher Bauten oder bei Vergabe von Förderungsmitteln) auftreten, ist zwischen dem Bund, dem Land und den Gemeinden eine verfassungsgesetzliche Zuständigkeitsverteilung zu schaffen.
9. Durch personelle und organisatorische Maßnahmen ist sicherzustellen, daß insbesondere im Bundesrat mehr als bisher die Interessen der Länder zur Geltung kommen. Das Einspruchsrecht des Bundesrates ist wirksamer zu gestalten. Vor allem ist ein Zustimmungsrecht des Bundesrates zu Gesetzesbeschlüssen des Nationalrates, die die Zuständigkeitsverteilung zwischen dem Bund und den Ländern oder den Finanzausgleich betreffen, einzuführen.
10. Den Gemeinden sind Begutachtungsrechte in Gesetzgebungsverfahren einzuräumen. Einer bestimmten Zahl von Gemeinden soll, so wie dies in Vorarlberg hinsichtlich der Landesgesetzgebung bereits der Fall ist, auch bezüglich der Bundesgesetzgebung das Recht auf Einleitung von Volksbegehren sowie das Recht, über Gesetzesbeschlüsse Volksabstimmungen zu verlangen, zustehen.

Text der Volksabstimmung (Quelle: Unterlagen zur Volksabstimmung am 15. Juni 1980, Hg. Amt der Vorarlberger Landesregierung, Bregenz, S.3-4)

rungen: Statt "uneingeschränkte Gesetzgebung und Vollziehung" hieß es nun "Stärkung der Zuständigkeiten und der Mitbestimmungsrechte des Landes", ein Vorschlagsrecht für die gemeinsamen Organe von Bund und Ländern trat an die Stelle eines eigenen Vorarlberger Verfassungsgerichtshofes, der Bundesrat sollte aufgewertet werden, und die Gemeinderechte wurden in den Forderungskatalog einbezogen.

AUF EINEM AUGE BLIND?

DIE LANDESREGIERUNG UND DIE GEMEINDERECHTE

Der Punkt des Volksabstimmungstextes über die "Stärkung der Gemeinden" hatte eine reine Alibifunktion. Einerseits enthielt er nur eine unbedeutende Erweiterung der Gemeinderechte gegenüber dem Bund, andererseits vertrat das Land diese Forderungen nicht gerade mit großem Engagement: In den Propagandaschriften der Landesregierung zur Volksabstimmung gab es kaum eine Erläuterung dazu.

Tatsächlich stellen die Gemeinderechte einen Komplex dar, der für das Demokratieverständnis der Landesregierung und für deren Auffassung von politischer Machtverteilung sehr aufschlußreich ist. In der Beantwortung einer Anfrage im Vorarlberger Landtag zur "Rechtssituation der Vorarlberger Gemeinden" erläuterte der Landeshauptmann seine Vorstellung von Föderalismus:

"Das Wort Föderalismus, welches sich vom lateinischen Wort *födu* = Bund herleitet, spricht den von selbständigen, d.h. *u n a b g e l e i t e t e n G e b i l d e n m i t S t a a t s*charakter - den Ländern - gebildeten Bund an. Das Verhältnis der Gemeinden zu den Ländern und zum Bund ist - auch nach der konkreten österreichischen Verfassungsordnung - von gänzlich anderer Natur; es betrifft die Beziehung eines durch die staatliche Rechtsordnung konstituierten und damit von dieser *a b g e l e i t e t e n* Selbstverwaltungskörpers zum Staat (Bund, Länder)" (16).

Diese Definition, an der sich auch so manche Überlegung zum Verhältnis von Bürgernähe und Grammatik anstellen ließe, ist symptomatisch für das Föderalismusverständnis der Vorarlberger Landesregierung. In der Rechtstheorie nämlich sind durchaus "auch die staatsrechtlich fundierten Einrichtungen der Gemeinden", neben jenen des "territorial-dezentralisierten Einheitsstaates und schließlich des Bundesstaates" (17), Bezugsgrößen föderalistischer Systeme. Als Föderalismus wird

auch der gleichberechtigte Zusammenschluß größerer Einheiten (etwa Regionen) z.B. auf europäischer Ebene verstanden (18).

Der Landeshauptmann versuchte jedoch, eine politische Situation zu rechtfertigen, in der tatsächlich ein großes Übergewicht des Landes gegenüber den Gemeinden besteht. Die starke Stellung des Landtages und der Landesregierung im Land selbst, vor allem aber die Machtstellung des Landeshauptmannes sind Erscheinungen, die etwa im vielzitierten "Föderalismus-Modell" Schweiz kaum denkbar wären. Genau hier erweisen sich die regierungsoffiziellen Parolen von "Demokratie und Mitentscheidung", "Freiheit und Selbstbestimmung" (19) als Leerformeln. Für "Pro Vorarlberg"-Exponent Elmar Grabherr, den Blick starr auf die Kompetenzfülle des Bundes gerichtet, steht jedoch mit den Gemeindefrechten ohnehin längst alles zum besten: "Wir haben schon über ein Jahrtausend ein entwickeltes Gemeindebewußtsein" (20). Und Landeshauptmann Keßler vertröstete die Gemeinden auf später; zunächst gehe es darum, die Kompetenzen der Länder zu stärken, erst dann könnten die Länder auch an die Gemeinden größere Entscheidungsbefugnisse abtreten: "Ein Mehr an Länderrechten (gäbe) die Möglichkeit, dem Subsidiaritätsprinzip entsprechend, den Gemeinden mehr Aufgaben und mehr finanzielle Mittel zu überlassen" (21).

Dieser Gedankengang stieß allerdings nicht immer auf Verständnis. Auf einer Pressekonferenz hielt ein Journalist der Keßler-Argumentation entgegen: "Wenn es logisch ist, den Gemeinden durch Stärkung der Länderkompetenzen zu helfen, dann wäre es genauso logisch, den Ländern durch Stärkung der Bundeskompetenzen zu helfen" (22).

Auch ein Jahr nach der Volksabstimmung hatte sich die Einstellung der Landesregierung nicht geändert. Auf die Frage nach einem Ausbau der Gemeindeautonomie erklärte Keßler gegenüber der "Neuen": "Bei den Kompetenzen sehe ich da wenig Möglichkeiten. Allenfalls könnte ich mir Verbesserungen in einzelnen Vollziehungsfragen vorstellen" (23).

Der Zusatz über "die Stärkung des Landes (der Länder) und der Gemeinden" im Text der Volksabstimmung hätte also ohne weiteres wegbreien können. An einer Erweiterung der Gemeindeautonomie ist die Landesregierung nicht interessiert.

REAKTIONEN AUF DAS 10-PUNKTE-PROGRAMM

Nach dem Beschluß über die Volksabstimmung erklärten ÖVP und FPÖ die Auseinandersetzung bald zu einem "rein staatsrechtlichen und staatspolitischen" Problem (24), das nichts mit parteipolitischer Orientierung zu tun habe. Gemeinsam mit den "Pro Vorarlberg"-Vertretern, die "diesen Landtagsbeschluß voll zu unterstützen" gedachten, "da (die Initiative) auf die neue Fassung einen gewissen Einfluß ausüben konnte" (25), den "Vorarlberger Nachrichten" und der Landesregierung starteten sie einen Propagandafeldzug, der die Volksabstimmung als eine Überlebensfrage für das Land erscheinen ließ.

Doch auch die Gegner dieses Einheitsdenkens äußerten sich. Die SPÖ reagierte diesmal weniger verwirrt als beim Auftreten von "Pro Vorarlberg" vor den Landtagswahlen. Mit Flugblättern, Pressemitteilungen sowie einem Plakat, das eine zerrissene österreichische Fahne zeigte - und die VN empört von der "Verbreitung falscher Nachrichten" sprechen ließ, begründete die SPÖ ihren "Nein"-Aufruf:



SPÖ-Aufkleber

- Sie lehne nach wie vor die Forderung nach "Sonderrechten" ab. Statt eine "Extrawurst" zu verlangen, solle die Landesregierung gemeinsam mit anderen Bundesländern die Durchsetzung des Bundesländerforderungsprogrammes betreiben.
- Die Volksabstimmung sei eigentlich überflüssig, werde doch die Bevölkerung befragt, ob Verhandlungen zu führen seien, "die für eine

Landesregierung, die bei jeder Gelegenheit das Wort 'Föderalismus' gebraucht, ohnehin selbstverständlich sein sollten" (26).

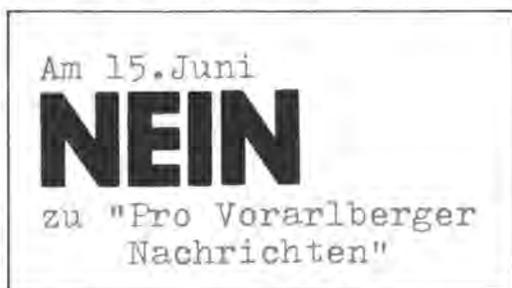
- Beim Zehn-Punkte-Katalog der Volksabstimmung handle es sich um eine Blankovollmacht für die Landesregierung, beliebige Forderungen zu stellen, da die Aufzählung der Punkte eine "beispielsweise" sei.
- Die Bevölkerung werde nicht unterrichtet, welche Konsequenzen die aufgezählten Forderungen hätten: "Der Unterschied zwischen dem ÖVP-Forderungskatalog und der von der SPÖ und einem Großteil der Vorarlberger abgelehnten Petition der 'Pro Vorarlberger' liegt einzig und allein darin, daß man jetzt einfach nicht mehr alles sagt, was man will" (27).
- Schließlich würden die Wähler in keiner Weise informiert, welche Vor- oder Nachteile die geforderten Kompetenzverschiebungen für den einzelnen hätten. SPÖ-Landtagsabgeordneter Keckeis: "Ich habe noch niemanden von ÖVP, FPÖ und 'Pro Vorarlberg' getroffen, der in der Lage gewesen wäre, mir zu sagen, was sich durch die Verwirklichung des Forderungsprogrammes für den einzelnen Vorarlberger konkret ändern würde" (28)

Mit "Nein" zu stimmen, empfahlen auch die "Vorarlberger Pro Österreich", die dem "Ja zum Ländle" ein "Nein zu 'Pro Vorarlberger Nachrichten'" entgegenstellten. Die "Vorarlberger Pro Österreich" hatten sich



"Pro Vorarlberg"-Aufkleber

nach den Landtagswahlen zurückgezogen, sahen sich aber nun veranlaßt, wieder an die Öffentlichkeit zu treten, um ihre Position in die Auseinandersetzungen einzubringen. Dies geschah, wie schon früher beschrieben, auf unkonventionelle Art: "Dieser Gruppe ging es nicht nur darum, in den bestehenden Medien, soweit sie überhaupt dafür offen standen, Gegenpositionen zu formulieren; es wurde vielmehr darauf hingearbeitet, eine neue Art spontaner Gegenöffentlichkeit zu erreichen. ... Da sich die beiden Gruppen ('Vorarlberger Pro Österreich' und 'Pro Vorarlberg'; M.B.) jedoch nicht nur in politischen Positionen, sondern auch in ihrem finanziellen und kreativen Potential unterschieden, schöpften die 'Vorarlberger Pro Österreich' besonders aus letzterem" (29).



Aufkleber der
"Vorarlberger Pro Österreich"



Mit ihren Informationsveranstaltungen, Aufklebern, Flugblättern, einem Puppentheater und einem abschließenden Autokorso erreichten die "Vorarlberger Pro Österreich" vor allem die Jüngeren. Die Einwände gegen die Volksabstimmung und deren Fragestellung unterschieden sich nicht sehr von jenen der SPÖ:

- Grundsätzlich sei der Volksabstimmungstext "zu vage": "Es scheint uns, daß hier ein absolut wäßriger Kompromiß zwischen den gemäßigten Vorstellungen der ÖVP und den Notwendigkeiten den Initiatoren gegenüber gefunden werden mußte" (30).
- Die Wähler seien aufgefordert, der Landesregierung eine Blankovollmacht auszustellen: "Die zehn Punkte (formulieren) in keinem einzigen Punkt exakt, was denn nun wirklich gefordert werden soll, überall wird nur beispielhaft oder unkonkret formuliert" (31).
- Der Grundton der Aussagen in der Wahlwerbung der Befürworter zeige "Überheblichkeit ('Ja zum Ländle heißt Ja zum besseren Öster-

reich'), Eigenlob ('Vorarlberg ist bahnbrechend') und puren Egoismus (Wunsch nach eigener Sozialversicherung)' (32).

- Aufgrund der beschriebenen Einstellung sei es auch nicht verwunderlich, daß nach wie vor Sonderrechte für Vorarlberg gefordert würden - "ohne Rücksprache mit den anderen Bundesländern" (33).
- Schließlich kritisierten auch die "Vorarlberger Pro Österreich", daß nichts über die konkreten Auswirkungen für den einzelnen Bürger gesagt werde: "Die vitalen Interessen der Bevölkerung (scheinen) durch diese juristische Ausgeklügeltheit in keinsten Weise getroffen zu sein" (34).

Neben den grundsätzlichen Einwänden gegen die Volksabstimmung und deren Intentionen gab es für die "Pro Österreicher" genügend landespolitische Gründe, die Abstimmungsvorlage abzulehnen. Einige davon erwähnt das anschließend abgebildete Flugblatt (35). Doch auch die Bemühungen der "Vorarlberger Pro Österreich" konnten letztlich nichts daran ändern, daß die Wähler den Volksabstimmungstext überwiegend befürworteten (wobei die Anzahl der "Nein"-Stimmen von den Gegnern durchaus als Erfolg gewertet wurde).

Am 15. Juni

NEIN

zu "Pro Vorarlberger
Nachrichten"

Weil sich ein richtiger Vorarlberger
eine eigene Meinung bilden kann -
ohne Prof. Ortner und Dr. Grabherr -
oder ?

Deshalb am 15. Juni

NEIN

zu "Pro Vorarlberger
Nachrichten"

Vorarlberger
Pro Österreich

WISSEN SIE SCHON, WARUM SIE AM 15. JUNI MIT "NEIN" STIMMEN?

Weil wir nicht wollen, daß die Gegensätze zwischen den Bundesländern weiter geschürt werden

Weil wir nicht wollen, daß die seit 35 Jahren bewährte Bundesstaatlichkeit demoliert wird, nur weil sich einige Herren ihr Privatsüppchen kochen

Weil wir mehr Bürgernähe im Sinne von mehr Teilnahmemöglichkeit der Bürger am politischen Geschehen wollen, aber nicht einen Staatsapparat, der uns noch näher auf den Pelz rückt (auch wenn er vom Land kommt)

Weil wir keine Abstimmung wollen, die dem Bürger nichts, der Landesbürokratie aber alles bringen soll

Weil wir mehr Rechte für Gemeinden wollen, aber nicht Bürgermeister mit Kompetenzen für Hausdurchsuchungen

Weil wir nicht mehr Umweltschutzkompetenzen im Land wollen, sondern mehr Umweltschutz

Weil wir keine Vorarlberger Seilbahnen brauchen, sondern überhaupt keine zusätzlichen Erschließungen mehr wollen

Weil wir keine Blut- und Boden-Schulbücher für unsere Kinder wollen, sondern demokratische

Weil wir keine Politiker wollen, die sich ihre Politik von einer Zeitung aufzwingen lassen

Weil wir keinen Blankoscheck ausschreiben, der später beliebig ausgefüllt werden kann (das Zehn-Punkte-Programm zur Volksabstimmung ist ein solcher)

Weil wir nicht wollen, daß die "Vorarlberger Nachrichten" dieses Land noch mehr regieren, als das bisher schon geschieht

Am 15. Juni

NEIN

ZU "Pro Vorarlberger
Nachrichten"

Informationsveranstaltungen der
"Vorarlberger Pro Österreich":

- 31.5. Bregenz, Theaterfoyer
- 4.6. Hohenems, Gasthaus "Habsburg"
- 5.6. Feldkirch, Theater am Saumarkt
- 8.6. Dornbirn, "Spielboden" Stadthalle
- 9.6. Bludenz, Stadtsaalfoyer
- 10.6. Lustenau, Gasthaus "Linde"

Beginn ist jeweils 20 Uhr

Meinrad Pichler wird Informationen zur Volksabstimmung und zu "Pro Vorarlberg" geben, Ulrich Gabriel bringt dazu die musikalische Aufarbeitung des Themas. Anschließend Diskussion

Vorarlberger Pro Österreich

Impressum: Eigentümer, Herausgeber und Verleger: "Vorarlberger Pro Österreich",
für den Inhalt verantwortlich: Mag. Hans Purin, Langenerstraße 247,
Kennelbach

Flugblatt der "Vorarlberger Pro Österreich", Mai 1980

7. Berauscht von harzigem Tannenduft ...? Die Volksabstimmung und ihre Folgen

EIN 2,8-MILLIONEN-SPASS: PROPAGANDA ZUR VOLKSABSTIMMUNG

Zwei Faktoren dürften wesentlich dazu beigetragen haben, daß fast 70% der Wähler bei der Volksabstimmung mit "Ja" stimmten: zum einen jene diffuse Alemannenideologie, die in Vorarlberg eine lange Tradition hat und nun von "Pro Vorarlberg" in politisches Handeln umgesetzt wurde, zum anderen die umfassende Propaganda, durch die eben jene Ideologie verbreitet bzw. aufgefrischt wurde.

Schon bald nach dem Beschluß über die Volksabstimmung begann der Werbefeldzug für das "Ja zum Ländle". Die Vorarlberger Landesregierung übernahm dabei die Propagandaarbeit für ÖVP und FPÖ, weil, so LH Keßler, "die Information über das, worüber die Bürger (bei der Abstimmung) zu entscheiden haben, alleinige Sache der Landesregierung und nicht die der ÖVP oder FPÖ ist" (1). Für die beiden konservativen Parteien war dies natürlich vorteilhaft - die Propaganda der Befürworter finanzierten die Steuerzahler.

Die "Information" der Bürger erwies sich denn auch als äußerst einseitig: Gegenargumente gab es offenbar nicht. Die Landesregierung warb mit farbigen Hochglanzbroschüren, ganzseitigen Inseraten in Tageszeitungen, Plakaten, Aussendungen und sogar Briefen an einzelne Berufsgruppen. Unterstützt wurde die Regierung von "Pro Vorarlberg" und den VN, die ihren Lesern eine tägliche Kolumne (geschrieben von Elmar Grabherr) "zur Erläuterung" des Volksabstimmungstextes präsentierten.

Beispielhaft für die Art der Stimmenwerbung ist ein Brief, den der Schulreferent der Landesregierung, Landesrat Gasser, "an die Lehrerinnen und Lehrer in Vorarlberg" versandte. In seiner "Klarstellung" begründete Gasser die Forderung nach mehr Rechten für das Land im Schulwesen mit den unterschiedlichen Verhältnissen in den einzelnen Ländern: "Man denke nur an die Mundarten! Hier könnte im Schulwesen besser auf diese Gegebenheiten Rücksicht genommen werden" (2). Wie sehr sich die Landesbehörden bislang um die Erhaltung der Mundart gekümmert haben, zeigt ein Erlaß des Landesschulrates aus dem Jahr 1974, der heute noch gültig ist. Darin heißt es, es "sollte auch die Pflege der Mundart nicht vernachlässigt werden, allerdings nur in dem

ihr zustehenden Bereich" - z.B. "bei Wandertagen oder Schiwochen, in lockeren Gruppendiskussionen außerhalb des Unterrichts, im vertraulichen Gespräch" (3). Warum die Mundartpflege außerhalb des Unterrichts mehr Kompetenzen des Landes innerhalb der Schulen voraussetzt, muß wohl das Geheimnis des Schulreferenten Gasser bleiben.

Zum Abschluß der Informationskampagne begab sich noch die gesamte Landesregierung nach Wien, um dort auf einer Pressekonferenz die Vorarlberger Geschehnisse zu erklären.

Die gesamten Kosten der Volksabstimmung beliefen sich bei der Abrechnung auf 2 831 000 ö.S., der weitaus überwiegende Teil davon (2 317 000 ö.S.) floß in die "Information" der Bürger (4). Am Tag vor der Volksabstimmung hatte der Landeshauptmann, von Kopf bis Fuß auf eine sparsame Verwaltung eingestellt, noch mit "einer runden Million" gerechnet (5).

Die SPÖ kritisierte die "Öffentlichkeitsarbeit" der Landesregierung, "in der nur Pro-Argumente dargestellt und andere auch im Landtag vertretene Ansichten totgeschwiegen werden" (6), sowie die Versuche von ÖVP und FPÖ, "eine echte Information der Bevölkerung zu verhindern" (7). So weigerten sich die beiden Parteien, wie schon zuvor "Pro Vorarlberg", an einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung teilzunehmen - mit anderen Argumenten als "Pro Vorarlberg", aber mit ebenso fadenscheinigen: Die Volksabstimmung sei eine staatspolitische und keine parteipolitische Angelegenheit. Diese Sicht hatte weitere Auswirkungen: "Zum Beispiel wurden im Lustenauer Gemeindeblatt Werbeinserate der Landesregierung zur Volksabstimmung als 'Behördenmitteilungen' veröffentlicht, während eine Stellungnahme der SPÖ als parteipolitisch abgelehnt wurde" (8).

Unter solchen Umständen war es auch nicht verwunderlich, daß sich die VN weigerten, ein SPÖ-Inserat abzudrucken. Diese Pressepolitik führte schließlich dazu, daß die SPÖ dem VN-Chefredakteur Ortner "grobe Manipulation, Zensur und Gesinnungsterror" (9) vorwarf: Die VN hätten "Aussagen von sozialistischen Spitzenfunktionären und Leserbriefe gefälscht, die Wahlwerbung der SPÖ diffamiert und kriminalisiert, Leserbriefe unterschlagen und SP-Inserate boykottiert" (10).

Zentraler Inhalt der Propaganda von Landesregierung, "Pro Vorarlberg" und VN zur Volksabstimmung war die ethnopolitische Ideologie, von der schon in einem früheren Abschnitt dieser Arbeit die Rede war: Sie betonte die Sonderstellung Vorarlbergs, die Vorbildlichkeit alles Heimischen, den Kampf gegen Wien und versprach bessere Zeiten in einem eigenständigen Land. Die Schlagwörter "Demokratie", "Bürger-

nähe" und "Selbstbestimmung" wurden inhaltlich nicht konkretisiert - außer daß die Landesbehörden mehr selbst bestimmen sollten.

Diese Ideologie bot der Bevölkerung - vor allem durch die regionalistischen Argumentationsmuster - zweifellos Identifikationsmöglichkeiten, die auch gezielt ausgenützt wurden. Entscheidend für den Erfolg der Initiative war aber nicht nur diese Ideologie, sondern vor allem jene Tradition, an die dabei angeknüpft wurde: Sie besteht aus dem Geschichtsmythos von der freiheitlichen Entwicklung in Vorarlberg und formuliert Symbole der ethnisch-kulturellen Eigenart und Eigenwertigkeit des Alemannentums. Diese Symbole und Mythen sind im Land vor allem durch die schulische Sozialisation weit verbreitet und stark verankert - Heimatkundebücher, Jungbürgerbücher (staatsbürgerkundliche Einführungen in die Landespolitik) und die traditionelle Vorarlberger Volkskunde sorgen für das entsprechende Bewußtsein der Landesbürger.

Hinzu kommt ein weiterer Faktor - das (meist unartikulierte) Unbehagen an einer immer anonymen und undurchsichtiger werdenden Verwaltung, die Unzufriedenheit mit Entscheidungsstrukturen, die den Versuch der Mitgestaltung für den einzelnen Bürger längst als Kampf gegen Windmühlenflügel erscheinen lassen. So drückte sich in der Befürwortung der zehn Punkte des Abstimmungstextes bestimmt auch eine berechtigte Mißstimmung über die politische Realität in Österreich aus. Es gab sicher Abstimmende, die mit einem "Ja" zwar ihren Unmut über die bestehenden Verhältnisse ausdrücken wollten, gleichzeitig aber nicht die Ziele von VN, "Pro Vorarlberg" und Vorarlberger Landesregierung unterstützten: Da allgemein damit zu rechnen war, daß die Forderungen der Volksabstimmung zunächst nur Propagandafunktion hatten, aber kaum erfüllt werden würden, war die Gefahr, vom Regen unter die Traufe zu kommen, ohnehin nicht allzu groß.

NICHTS GEWESEN AUSSER SPESEN?

Der 15. Juni 1980 war schließlich der "Lostag für unser Land" (11). Die Ergebnisse der Volksabstimmung sind auf der folgenden Seite dargestellt.

Grundsätzlich läßt sich feststellen, daß der Anteil der "Ja"-Stimmen mit knapp 70% unter den Erwartungen der Betreiber blieb. Sie hatten zwar unmittelbar vor der Abstimmung erklärt, jedes Ergebnis über 50% bedeute einen "klaren Auftrag" (12) an die Landesregierung, intern soll

LANDTAGSWAHLEN IN VORARLBERG 21.10.1979

	Stimm- berechtigte	abgegebene Stimmen	Wahlbe- teiligung	gültige Stimmen	ÖVP		FPÖ		SPÖ		KPÖ
					absolut	%	absolut	%	absolut	%	
Land Vorarlberg	175 060	164 669	94,1%	161 130	92 579	57,5	20 140	12,5	46 800	29,0	1,0
Bezirk Bludenz				29 668	16 721	56	3 162	11	9 439	32	1
Bezirk Bregenz				55 001	33 636	61	6 177	11	14 693	27	1
Bezirk Dornbirn				35 811	18 178	51	6 363	18	10 886	30	1
Bezirk Feldkirch				40 650	24 044	59	4 498	11	11 782	29	1

ungültige Stimmen: 3 539 (2,1%)

Quelle: Amtsblatt für das
Land Vorarlberg Nr. 46/1979

VOLKSABSTIMMUNG IN VORARLBERG 15.6.1980

	Stimm- berechtigte	abgegebene Stimmen	Wahlbe- teiligung	gültige Stimmen	JA-Stimmen		NEIN-Stimmen	
					absolut	%	absolut	%
Land Vorarlberg	176 913	160 696	90,83%	154 654	107 212	69,32	47 442	30,68
Bezirk Bludenz				28 487	19 092	67,02	9 395	32,98
Bezirk Bregenz				53 017	37 933	71,55	15 084	28,45
Bezirk Dornbirn				34 086	22 469	65,92	11 617	34,08
Bezirk Feldkirch				39 064	27 718	70,96	11 346	29,04

ungültige Stimmen: 6 042 (3,7%)

Quelle: Amtsblatt für das
Land Vorarlberg Nr. 27/1980

jedoch ursprünglich mit einer achtzigprozentigen Zustimmung gerechnet worden sein. Diese Prognose orientierte sich zum Teil an einer "Blitzumfrage" kurz nach der Veröffentlichung der "Pro Vorarlberg"-Petition. Sie ergab - laut VN - eine Zustimmung von 75% für die Ziele von "Pro Vorarlberg", obwohl die Petition radikaler formuliert gewesen war als der Volksabstimmungstext (13).

Bemerkenswert ist die schwache Wahlbeteiligung von 90,8%, die damit um 3,3% unter der Beteiligung an den Landtagswahlen 1979 blieb. In Vorarlberg besteht bei Wahlen und amtlichen Abstimmungen Stimpfpflicht (14), Nicht-Wählern drohen finanzielle Sanktionen. Unter diesem Aspekt gewinnt auch noch eine weitere Zahl Bedeutung: der Anteil der ungültigen Stimmen von 3,7%.

So veranlaßte das Ergebnis verschiedene Kommentatoren zur Feststellung eines "matten 'Ja' zum Ländle" (15) oder gar eines "Dämpfers für die Separatisten" (16). Die SPÖ beanspruchte geradewegs alle "Nein"-Stimmen für sich und brüstete sich - im Vergleich mit dem Landtagswahlresultat von 1979 - eines "neuerlichen Zuwachses von 1,4%" (17).

Es ist allerdings umstritten, inwiefern die Ergebnisse die jeweiligen Parteipräferenzen widerspiegeln. Im Bezirk Dornbirn zum Beispiel standen 34% "Nein"-Stimmen bei der Volksabstimmung einem 30%-Anteil der SPÖ bei den Landtagswahlen gegenüber. Da 42,8% der Vorarlberger Textilarbeiter in Dornbirn beschäftigt sind (18) und unter diesen wiederum der Anteil der Innerösterreicher besonders groß ist, drückt sich im Dornbirner Ergebnis wohl vor allem die Skepsis der Arbeiter aus anderen Bundesländern gegenüber den Absichten der Volksabstimmungsbereiber aus, und erst in zweiter Linie eine Präferenz für die SPÖ.

Die meisten Kommentatoren gingen von einem differenzierten Wählerverhalten aus. Die VN glaubten, daß sich "das Abstimmungsverhalten quer durch die Parteien" zog (19), und Univ.-Prof. Siegbert Morscher urteilte: "Ein Vergleich ist ... nicht ohne weiteres zu ziehen und entsprechende Vorsicht am Platze, weil schon die Landtagswahlen im Oktober 1979 auf den Auseinandersetzungen um Pro Vorarlberg aufbauten, zum Teil entscheidend davon geprägt waren. Soweit ich sehe, ist es aber nicht gelungen, den tatsächlichen Einfluß der Behandlung dieser Frage für die einzelnen Parteien auf die Landtagswahlen festzumachen" (20).

Dasselbe gilt umgekehrt zweifellos auch für die Volksabstimmung: Der Einfluß der Parteien auf das Abstimmungsverhalten konnte nirgends glaubwürdig "festgemacht" werden. Dennoch ist anzunehmen, daß ein

höherer "Ja"-Stimmen-Anteil als Votum gegen die SPÖ-Vorarlberg gewertet worden wäre - insofern war das Ergebnis für die SPÖ tatsächlich ein Erfolg.

FÜR MEHR "DEZENTRALISMUS": VERHANDLUNGEN MIT DER BUNDESREGIERUNG

Was nach der Volksabstimmung blieb, war der "eindrucksvolle Auftrag, in Wien für mehr Rechte der Länder und Gemeinden einzutreten" (21). Mit dem 10-Punkte-Programm der Volksabstimmung unterm Arm wandte sich LH Keßler nach Wien, um die Forderungen des Landes zu präsentieren. Das Ergebnis war nicht vielversprechend: Die Bundesregierung betonte das bundesstaatliche Prinzip Österreichs, demzufolge alle Länder gleichberechtigt seien und keines bevorzugt werden solle. Daher konzentrierte die Bundesregierung ihre Gespräche auf das "Bundesländerforderungsprogramm" (22) aus dem Jahr 1976, das von allen Bundesländern beschlossen worden war und auch Forderungen enthält, die im 10-Punkte-Katalog der Vorarlberger Volksabstimmung aufscheinen.

Zu diesem Forderungsprogramm legte die Bundesregierung "Gegensforderungen" vor - "Pro Vorarlberg"-Sprecher Elmar Grabherr: "Ein Großangriff des Zentralismus" (23) -, die unter anderem den Vorschlag einer Demokratisierung der Bezirksverwaltungen, einer "bundeseinheitlichen Organisation" der Erwachsenenbildung und einer Bundeskompetenz für das "Landarbeiterrecht" enthielten.

Vorarlbergs Landeshauptmann bemühte sich unterdessen, den 10-Punkte-Katalog im Forderungsprogramm aller Bundesländer unterzubringen, und meldete nach langen Verhandlungen im Januar 1981 einen ersten Erfolg: Die sechs ÖVP-Landeshauptleute (die ÖVP regiert sechs, die SPÖ drei der österreichischen Bundesländer) hätten sich bereit erklärt, "diese Vorstellungen (der Landesregierung; M.B.) mitzutragen" (24).

Ansonsten blieb es bei einzelnen Verbalattacken des Landeshauptmannes auf die Bundesregierung, und als "Pro Vorarlberg" und VN langsam ungeduldig wurden, weil Keßler - in seiner Doppelfunktion als Vollzugsbeamter der Bundesverwaltung und als Repräsentant des Landes - "auf Bundesebene weit weniger kämpferisch als zu Hause agierte" (25), warnte der Landeshauptmann die Bundesregierung davor, Vor-

arlberg nicht ernst zu nehmen, da sonst "möglicherweise Leute die Dinge in die Hand nehmen, die nicht mehr sachlich argumentieren" (26).

Keßler selbst argumentierte sachlich weiter und stand schließlich mit leeren Händen da: Auf der Konferenz der Landeshauptleute im Dezember 1981 in Bregenz wurden "die Sonderwünsche aus Vorarlberg auf Eis" gelegt - wie die SPÖ nicht ohne Schadenfreude anmerkte (27); die gesetzliche Verabschiedung eines Teiles des "Bundesländerförderungsprogrammes" durch den Nationalrat wurde als vorrangig bewertet.

Vergleicht man diese Verhandlungsergebnisse mit den Versprechungen vor der Volksabstimmung, die die Angelegenheit zu einer Schicksalsfrage für Vorarlberg hochstilisierten, so gab es ganz schlicht "viel Lärm um nichts". Doch "Pro Vorarlberg" zeigte sich bald weit weniger anspruchsvoll. Als "Erfolg" sahen die Initiatoren nunmehr die "Aktualisierung des Themas Föderalismus" (28) und die Verhandlungen über das Bundesländerförderungsprogramm. So sieht es auch Siegbert Morscher: "Insgesamt hat die gesamte Aktion Pro Vorarlberg doch einen erheblichen Anstoß zu einer schnelleren und umfassenderen Behandlung in der Richtung gegeben, die Stellung der Länder, aber auch der Gemeinden, zu stärken" (29).

Dieser Anstoß sollte doch den Steuerzahlern die 2,8 Millionen Schilling für die Volksabstimmung wert gewesen sein. Außerdem, so LH Keßler ein Jahr später, habe sowieso niemand mit einem schnelleren Erfolg der Verhandlungen gerechnet: "Es ist natürlich auch der Vorarlberger Landesregierung bewußt gewesen, daß die Durchsetzung der Föderalismusvorstellungen einer großen Mehrheit der Vorarlberger Bevölkerung zufolge der in unserem Staat gegebenen politischen Kräfteverhältnisse und des seit jeher gegebenen Spannungsverhältnisses zwischen Zentralismus und Dezentralismus in Österreich sich schwierig gestalten und viel Geduld erfordern wird; daß es zu Verhandlungen kommen würde, die voraussichtlich Jahre in Anspruch nehmen werden" (30).

Bleibt nur zu fragen, warum die Landesregierung vor der Volksabstimmung nie gesagt hat, daß sie sich "von Haus aus der großen Schwierigkeiten und des langen Weges, der zurückzulegen sein wird, bewußt" (31) war. Die bisherigen (ergebnislosen) Verhandlungen Keßlers scheinen jedenfalls die Einschätzung zu bestätigen, daß die antizentralistische Bewegung letztlich eher zu einer Stabilisierung der landesinternen Machtverhältnisse als zu wirklichen Veränderungen im Verhältnis von Land und Bund beitrug.

8. Das „Vorarlberg-Bewußtsein“: Traditionsbildung und Ethno-Nationalismus

DAS KATHOLISCHE INDUSTRIELAND

Um jene Traditionen zu verstehen, an die die Propaganda zur Volksabstimmung anknüpfte, bedarf es erst einer kurzen Skizzierung der wichtigsten Faktoren in der gesellschaftlichen Entwicklung Vorarlbergs. Die meisten Zahlen des folgenden Abschnittes sind Angaben für 1980, das Jahr der Vorarlberger Volksabstimmung. Da aber die letzte Volkszählung 1981 stattfand, beziehen sich die Bevölkerungszahlen auf deren Ergebnis.

Bevölkerung

Auf den 2 600 km² Landesfläche lebten am 31.12.1981 315 648 polizeilich gemeldete Personen. In den letzten dreißig Jahren hat sich die Bevölkerung Vorarlbergs um über die Hälfte vermehrt, während die Einwohnerzahl von ganz Österreich im selben Zeitraum nur um 9% zunahm.

Wohnbevölkerung 1951-1981 (1)

	1951	1961	1971	1981
Vorarlberg	200 200	233 478	289 453	315 648
Österreich	6 933 905	7 073 807	7 456 403	7 559 440

Auffallend ist das trotz des großen Bevölkerungszuwachses gleichbleibende Verhältnis von Stadt- und Landbewohnern. Knapp ein Drittel der Bevölkerung lebt in den vier Städten des Landes, deren größte - Dornbirn - 39 000 Einwohner hat. Gesunken ist der Anteil der Bewohner von kleinen Gemeinden bis 2000 Einwohner, gerade noch 2% der Bevölkerung leben in Orten mit weniger als 500 Einwohnern (2).

1980 lebten in Vorarlberg 37 244 Ausländer (11,8% der Bevölkerung), wobei der Ausländeranteil seit 1974 (39 470 Personen) rückläufig ist - bedingt durch die Aufnahmebeschränkungen von seiten der Arbeits-

marktverwaltung. Zwei Drittel der Arbeitsimmigranten stammen aus Jugoslawien und der Türkei, die übrigen vor allem aus der BRD und der Schweiz (3).

Wirtschaft

In Vorarlberg entwickelte sich die schon um 1800 einsetzende Industrialisierung aus der bäuerlichen Heimarbeit für Schweizer Textilhändler. Die Kapitalverwertung wurde durch die Verkehrslage gegenüber Deutschland und der Schweiz, durch einen guten Ausbau des lokalen Verkehrsnetzes und vor allem durch die idealen Voraussetzungen zur Nutzung der Wasserkraft begünstigt (4).

Heute ist Vorarlberg neben Wien das höchstindustrialisierte Bundesland Österreichs (im Verhältnis zur Bevölkerungszahl). Ein Drittel der 120 599 unselbständig Beschäftigten arbeitete 1980 in der Industrie. Im gesamten produzierenden Sektor waren 68 275 (56,6%) Personen beschäftigt, gegenüber 52 324 (43,4%) im Dienstleistungsbereich (5). Zur gesamten Wertschöpfung des Landes trug im Jahr 1980 die Landwirtschaft noch 1,7% bei, der Dienstleistungssektor 48,7%, und der produzierende Sektor 49,6%. Die Industrie war an der gesamten Wertschöpfung mit 26,1% beteiligt (6). Damit stellt Vorarlberg eine der wenigen Regionen an der Peripherie eines europäischen Nationalstaats dar, die ökonomisch gegenüber dem Zentrum nicht unterentwickelt ist (eine ähnliche Situation finden wir noch im Baskenland und in Katalonien).

Zwar gab es im 19. Jahrhundert eine beträchtliche Zahl von Vorarlbergern, die zur Arbeitssuche auswanderten, doch folgten ab dem Ende des Jahrhunderts mehrere Immigrationswellen: Zunächst waren es Italiener, nach dem Ersten Weltkrieg Österreicher aus anderen Kron- und Bundesländern, nach dem Südtirol-Abkommen zwischen Hitler und Mussolini 1939 Südtiroler, ab 1945 wieder Innerösterreicher (vor allem aus Kärnten und der Steiermark) und schließlich seit 1960 Jugoslawen und später Türken, die in Vorarlberg Arbeit fanden.

Die Struktur der Vorarlberger Wirtschaft ist noch heute gekennzeichnet durch ein Übergewicht der Textilindustrie, das historisch auf die erwähnte Zulieferfunktion für Schweizer Textilunternehmen zurückzuführen ist. Zugleich wurde schon früh auch eine Art interregionaler Arbeitsteilung innerhalb des Bodenseegebietes begründet, die bis heute weiterwirkt: Die Vorarlberger Industrie hat sich auf die Produktion standardisierter Güter spezialisiert, während hochwertige Dienstleistun-

gen und Produkte aus anderen Teilen des Bodenseeraumes importiert werden (7). Das dadurch bedingte niedrige Qualifikationsniveau, vor allem in der Textilindustrie, erklärt zum Teil auch den hohen Ausländeranteil an den Industriebeschäftigten: 1980 betrug er fast 30%, in der Textilindustrie 33,7% (8).

Neben der Textilindustrie (56,9% der Industriebeschäftigten) sind die Metall- und Maschinenbauindustrie, die Stromerzeugung (Wasserkraftwerke) und der Fremdenverkehr die wichtigsten Wirtschaftszweige (9).

In Vorarlberg fehlen auch - im Gegensatz zu anderen Randregionen westeuropäischer Staaten - Elemente der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Zentrum, etwa Großprojekte wie Atomkraftwerke, Stauseen, Militärübungsplätze etc., die zum Nutzen des Zentrums und auf Kosten der Peripherie errichtet wurden, oder landwirtschaftliche Monokulturen. Die industrielle Monokultur hingegen ist der eigenen Unternehmerschaft zuzuschreiben: "Unternehmer arbeitsintensiver Produktionsbereiche in den peripheren Regionen hatten gar kein Interesse daran, die Voraussetzungen für die Ansiedlung moderner Industriezweige zu schaffen, denn letztere hätten bei den höheren Löhnen, die sie zahlten, eine unliebsame Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt bedeutet" (10).

Dies gilt noch heute, und es findet seinen Ausdruck im Lohn- und Gehaltsniveau der Industriebeschäftigten: Nur im Burgenland sind die Brutto-Monatsverdienste niedriger als in Vorarlberg, wo sie 1980 mehr als 12% unter dem österreichischen Durchschnitt lagen - bei überdurchschnittlichen Lebenshaltungskosten (11).

Die Landwirtschaft ist in Vorarlberg inzwischen nahezu bedeutungslos: Die Agrarquote an der Gesamtbeschäftigung beträgt heute ca. 4% (im Vergleich: 1910 32%, 1951 18%, 1961 11% und 1971 6%), wobei die Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebe auf Nebenerwerbsbasis geführt wird (12).

Die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen der letzten Jahre griffen zwar erst nach 1980 auch auf Vorarlberg über - die Arbeitslosenrate betrug im Jänner 1982 noch 1,2% (13) -, doch hatten sich schon zur Zeit der Volksabstimmung Anzeichen einer Rezession gezeigt, die sich allerdings erst 1981 und 1982 durch eine wachsende Zahl von Konkursen auswirkte.

Die Industrieproduktion nahm in Vorarlberg sowohl 1980 als auch 1981 leicht zu, was enormen Exportsteigerungen der Stickerei- und der Eisen- und Metallindustrie zu verdanken ist: Die Stickereien, die schon seit Jahren zusätzliche Produktionsstätten in Niedriglohnländern (vor allem in Nigeria) errichtet hatten, konnten überdies ihre Ausfuhren 1980

um 30%, 1981 gar um 67% erhöhen - wiederum vornehmlich in afrikanische Länder (14).

Politik

Ein entscheidender Faktor der sozialen und politischen Entwicklung Vorarlbergs ist die besondere Form der Industrialisierung. Da sich die Fabriken von Anfang an verstreut über die beiden Haupttäler Rheintal und Walgau ansiedelten, entstanden keine industriellen Ballungszentren mit dem entsprechenden Proletarisierungseffekt, und die Land-Stadt-Wanderung blieb in Grenzen: "Was die allgemeinen Wohn- und Lebensformen betrifft, verloren die in der Vorarlberger Industrie Arbeitenden - nicht gezwungen, in von ländlichen Verhältnissen fernegelegene Industrie-reviere abzuströmen - nicht im gleichen Ausmaß wie andernorts die Orientierung an die Heimat, an Elternhaus und Bindung zum Boden. Die Beziehungen zum Dorf- und Familienverband wurden in der Mehrzahl der Fälle nicht abrupt unterbrochen, die ... Erscheinungen menschlich-persönlicher Verwahrlosung waren dadurch begrenzt" (15).

Das geringe Ausmaß der Proletarisierung, die weniger große Entfremdung der Arbeiter in den Familienbetrieben und nicht zuletzt der Umstand, daß der Klerus in der zu 99% katholischen Bevölkerung sich ab dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts als starke politische Kraft etablieren konnte, erklären die traditionelle Schwäche der Vorarlberger Arbeiterbewegung. Die Christlichsozialen entdeckten damals im Kampf gegen die Liberalen, die im Unternehmertum des Landes einen starken Rückhalt hatten, die "soziale Frage" und machten sich mit durchaus antikapitalistischen Parolen zu Fürsprechern der Arbeiterschaft. Das katholische Vereinswesen wurde zur Basis der politischen Organisation weiter Kreise der Bevölkerung (16). Für die Nachfahren der damaligen Konservativen, die heute regierende ÖVP, blieb aber nicht der christliche Antikapitalismus, sondern lediglich die antiliberalen und vor allem die antisozialistische Haltung von Bedeutung. Die Schwäche der Arbeiterbewegung manifestiert sich heute nicht nur im geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad (30% gegenüber 60% im österreichischen Durchschnitt), sondern auch in der politischen Machtverteilung: "Das politische System Vorarlbergs ist durch eine auffallende Nicht-Balance gekennzeichnet. Der Abstand zwischen stärkster und zweitstärkster Partei ist ... in Vorarlberg stärker als in allen anderen österreichischen Bundesländern (Ausnahme Tirol). ... Die verfassungspolitische Balance ist

durch das Fehlen einer in der Landesverfassung vorgesehenen Proporz- und Konzentrationsregierung ... zugunsten einer klaren, auf die Mehrheitspartei konzentrierten Machtverteilung verschoben" (17).

GESCHICHTEN STATT GESCHICHTE - DER MYTHOS VOM ALEMANNISCHEN FREIHEITSSINN

Zu den wichtigsten Leistungen regionalistischer Bewegungen in den vergangenen Jahren gehört die Wiederentdeckung der regionalen Geschichte. Die regionalistische Geschichtsschreibung gilt als ein "Versuch, auch außerhalb der Arbeiterbewegung und außerhalb der ökonomischen und politischen Machtzentren demokratische Traditionen zu entdecken und an sie anzuknüpfen" (18).

In Vorarlberg jedoch besteht bereits eine lange Tradition der lokalen Geschichtsschreibung, die vornehmlich versucht, die politische und kulturelle Sonderstellung des Landes zu beweisen. Diese Geschichtsschreibung baut auf einer Kombination von historischen Fakten und wertenden Mythen auf, die in der Regel Folgerungen hervorbringt, wie wir sie zum Beispiel in einem Jungbürgerbuch finden:

"Der Vorarlberger hat die Freiheit immer sehr geliebt, und die Geschichte lehrt, daß er jederzeit bereit war, um das kostbare Gut der Freiheit unermüdlich und zäh zu kämpfen. Politische Freiheit, Selbständigkeit und Unabhängigkeit, das war jahrhundertlang das große Anliegen" (19).

Geschichtsverherrlichungen dieser Art kommen nicht nur in offiziellen Lesebüchern (und das Jungbürgerbuch ist durchaus ein solches), sondern auch in manchen "wissenschaftlichen" Abhandlungen vor. Natürlich gab es auch in der Region zwischen Arlberg und Bodensee - wie anderswo - Herrscher und Beherrschte, und es gab genug Einheimische, die sich die Freiheit nahmen, anderen die Freiheit zu nehmen. Das begann schon mit der Einwanderung der heute so glorifizierten Alemannen im 3. Jahrhundert n. Chr.: Sie galten "als besonders kampfluftig" (20) und vertrieben die Römer, die zuvor das von Rättern und Kelten bewohnte Gebiet beherrscht hatten. Die Gefangenen, die den neuen Eroberern in die Hände fielen, "beuteten sie als Sklaven aus" (21) - nicht gerade der beste Beweis für die heute behaupteten Tugenden. Die Alemannen siedelten sich im nördlichen Teil des heutigen Vorarlberg an, doch die Kontrolle über das Land übernahmen bald ostgotische,

später fränkische Herrscher, welche die Verwaltung weltlichen und geistlichen Herren in der Region überließen.

Besondere Bedeutung hatte das Gebiet lange Zeit nur in verkehrstechnischer Hinsicht – als Verbindungsweg von Schwaben nach Norditalien –, und erst später auch in strategischer: Die Habsburger, die zwischen 1300 und 1800 nach und nach alle Herrschaften der Region in ihren Besitz brachten, versuchten, das Land "vor dem Arlberg" als Brücke zur Eroberung der heutigen Schweiz zu benutzen; als sich diese Bestrebungen nach dem "Schwabenkrieg" von 1499 als aussichtslos erwiesen, bekam das heutige Vorarlberg für das Haus Habsburg die Funktion eines Prellbocks gegen die protestantischen Helvetier, vor allem aber gegen deren liberale und demokratische Ideen.

In ökonomischer Hinsicht blieb Vorarlberg mangels Bodenschätzen und anderer Ausbeutungsobjekte recht bedeutungslos. Das führte dazu, daß den Bewohnern von den jeweiligen Herrschern in der Tat gewisse Freiheiten zugestanden wurden – freilich gemessen an den Kriterien des Absolutismus: Die Freiheit der sogenannten "freien Bürger" lag darin, daß sie außer dem König "keinem anderen Herrn ... unterstanden" (22). Doch das offiziell propagierte Geschichtsbild nimmt es da nicht so genau: "Die Geschichte zeigt einen tief verankerten Freiheitssinn und bereits zu Beginn der Neuzeit eine starke demokratische und genossenschaftliche Organisation" (23).

Sicherlich erschwerte die kleinräumige Struktur der Alpenlandschaft die Herausbildung von bäuerlichem Großbesitz und begünstigte genossenschaftliches Zusammenwirken. Dennoch stieß etwa der Bregenzerwälder Bauer und Dichter Franz Michael Felder noch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bei seinem Versuch, die Bregenzerwälder Bauern in Genossenschaften zu organisieren, auf den erbitterten Widerstand der örtlichen Notabeln, der ihn sogar zur zeitweisen Emigration zwang (24).

Als Beleg für die demokratische Tradition gelten die "freien Gemeinden", Gerichte und Landstände, die sich zum Teil schon im 14. Jahrhundert gebildet und gewisse Mitspracherechte erhalten hatten. Diese "Selbstverwaltung" war allerdings zunächst auf "Freie und Adelige", später auf "Behauste", also auf Männer mit Grundbesitz, beschränkt (25). Freilich waren aufgrund der traditionellen Realteilung relativ viele im Besitz von Land. Kein Mitspracherecht hatten aber die Leibeigenen und die Frauen, die es natürlich auch in Vorarlberg gab. Daß die Leibeigenschaft in manchen Landesteilen schon relativ früh – im 16./17. Jahrhundert – aufgehoben wurde, gilt aber wiederum als weite-

rer Beweis, "daß im Volk zwischen Arlberg und Bodensee die Freiheitsliebe (immer) wach war" (26).

Schließlich zeigt sich das "traditionelle demokratische Denken, das seit Jahrhunderten empfindlich gegen Obrigkeiten reagierte", angeblich noch daran, daß in den Vorarlberger Landständen keine Feudalherren vertreten waren. Der Adel, so behauptet die offizielle Geschichtsschreibung, spielte seit der Niederbrennung vieler Burgen durch Aufständische im Jahre 1405 "im Lande keine politische Rolle mehr" (27). Tatsächlich ging der Einfluß der Adelligen als Grundbesitzer nach diesen Ereignissen etwas zurück, aber als Vertreter der Herrschaft spielten die Vögte, Grafen und Fürsten noch lange eine Rolle - im Falle der Hohenemser Grafen auch als Grundherren.

Im übrigen blieb der Aufstand von 1405 ein eher einsames Beispiel des Freiheitskampfes gegen Fremdherrschaft. Nur zweimal noch gab es in der Geschichte des Landes vergleichbare Ereignisse: den Marsch der Bregenzerwälder auf Bregenz 1706 und den ebenfalls nur kurzfristig erfolgreichen Aufstand gegen die bayerische Herrschaft 1809. Sie bilden die Ausnahmen in einer ansonsten durch Anpassungsfähigkeit bestimmten Entwicklung.

Der prominenteste Exponent alemannischer Geschichtsverherrlichung ist der Historiker Benedikt Bilgeri. Seinem Werk kritisch gerecht zu werden fällt allerdings nicht leicht. Denn erstens hat er - im Unterschied zu vielen, die historische Forschung mit alemannischem Bekenntum verwechseln - in jahrelanger Arbeit eindrucksvolles Quellenmaterial zusammengetragen, das in einer inzwischen auf vier Bände gediehenen, umfassenden "Geschichte Vorarlbergs" vorliegt; zweitens verkörpert er persönlich das ständig propagierte Bild des Vorarlbergers, der keine Scheu vor Königs- oder Bonzenthronen kennt. Der konservativen Elite des Landes ist es nie gelungen, ihn als politisches Aushängeschild zu verwenden. Doch aus dieser Position heraus verfißt er umso heftiger die Idee einer alemannischen Geschichte, die vorrangig durch bäuerlichen Freiheitssinn und -kampf geprägt ist. Das Mißtrauen gegen jegliche Obrigkeit, das für seine private Existenz charakteristisch sein mag, wird bei ihm zum Grundzug der gesellschaftlichen Entwicklung eines ganzen Volkes. Damit macht er Geschichte zur Ideologie - und zum Instrument der Rechtfertigung bestehender Herrschaft. Denn wenn der eigene Stamm immer nur gut war und alle negativen Entwicklungen lediglich den von draußen kommenden Fremden zu verdanken sind, dann dürfen sich auch in der Gegenwart die einheimischen Oberen als Vertreter immer schon existierender alemannisch-demokratischer Tugenden

fühlen. Wise Köhlmeier merkte in seiner Kritik des dritten Bandes von Bilgeris Vorarlberg-Geschichte denn auch zu Recht an, für den Autor gebe es "eine unter allen Umständen immer wieder festzuhaltende Tatsache: Das auf seine Eigenart jederzeit eingeschworene Land und Volk Vorarlberg hat eine demokratische Verfassung, die dem Bürger einen hohen Grad von Freiheit bietet. Da kann passieren, was will, an diesem Felsen brandet jeder Angriff ab, vor diesem Hintergrund ist jedes Fehlverhalten entschuldbar" (28).

Wo sich negative Entwicklungen nicht auf Fremdeinwirkung zurückführen lassen, werden sie von den konservativen Ideologen einfach ignoriert oder ins Gegenteil verkehrt. So paßt es schwerlich ins Bild eines Volkes, das sich stets gegen Obrigkeiten auflehnte, wenn etwa 1525, zur Zeit des deutschen Bauernkrieges, sich lediglich ein Teil der Montafoner und Bregenzerwälder Bauern den aufständischen Standesgenossen anschloß, während die Mehrheit der Landesbewohner, vertreten durch ihre Stände, erst eine Taktik des Abwartens verfolgte und sich schließlich auf die Seite der Herrschenden schlug. Obwohl das die Freiheitsbewegung der Bauern westlich und östlich des Arlbergs entscheidend schwächte und den Herren über das Land wahrscheinlich den Kopf rettete, ist Bilgeri - sonst ein eifriger Verfechter bäuerlichen Selbstbehauptungswillens - um eine Rechtfertigung dieses Verhaltens der regierungstreuen Stände nicht verlegen: "... ein Umschwenken in die Linie der Empörer hätte dem Lande gar nichts, nur schweren Schaden gebracht" (29).

Die Annahme eines besonders ausgeprägten alemannischen Freiheits-sinnes ist also meist nur durch einzelne Ereignisse zu belegen, dennoch beherrscht sie die Vorarlberger Geschichtsschreibung. Mit wenigen Ausnahmen idealisiert diese heimattümelnd die historische Entwicklung, während sie sich gerade der Zeitgeschichte durch die Flucht in die angeblich glorreiche Vergangenheit entzieht.

Das letzte größere Aufflackern des Vorarlberger "Selbstbestimmungswillens" datiert auf das Jahr 1919, als in einer Volksabstimmung 80% der Wähler Verhandlungen des Landtages mit dem Ziel eines Anschlusses an die Schweiz befürworteten. Der von den Schweizern so bezeichnete "Kanton Übrig" sollte aber nicht so sehr aus politischen wie aus wirtschaftlichen Gründen die Vorarlberger "befreien": "Das heutige Österreich ist wohl kein genügendes Absatzgebiet mehr für unsere Industrie, ihm fehlen auch die Eisenwerke, die Zuckerrüben, die Getreidefelder des alten Österreich-Ungarn", meinte der damalige Landeshauptmann Otto Ender (30), und das "Vorarlberger Volksblatt" vom

18.3.1919 brachte in einem Artikel zur "Frage über den Anschluß Vorarlbergs" die zentralen Probleme des Verbleibens bei Österreich auf die alemannisch-knappe Formel: "Geld, Valuta und Schulden" (31). Die Belastung Österreichs mit Kriegsschulden war einer der Hauptgründe für den Versuch Vorarlbergs, sich aus dem Staatsverband zu lösen.

Der Anschluß scheiterte am Widerstand der österreichischen Regierung und der Verhandlungspartner in St. Germain, auch die Schweizer Regierung setzte sich nicht sonderlich für den zusätzlichen Kanton ein. Heute werden die Ereignisse von 1919 als landesgeschichtliche Episode teilweise relativiert. Während die VN und andere konservative Meinungsmacher sie als ein weiteres Beispiel Vorarlberger Selbstständigkeitsdenkens und Wiener Ignoranz anführen, erklärte z.B. LH Keßler: "Zu wenig bekannt ist auch, daß die führenden Politiker des Ländles sich trotz aller Vorbehalte für den Verbleib bei Österreich verwendeten" (32).

Durch die Quellen ist eine solche Behauptung freilich kaum zu belegen. LH Keßler scheint sich da um zwei entscheidende Jahre versehen zu haben, denn noch im Juni 1917, während des Ersten Weltkrieges, waren aus dem Sprachrohr der herrschenden Christlichsozialen, dem "Vorarlberger Volksblatt", tatsächlich ganz andere Töne gekommen: "... wo Volk und Kaiserpaar so herzlich verkehren, hat der Umsturz keinen Platz. In anderen Reichen mögen Throne stürzen, Kronen rollen: bei uns schlägt der Stamm Habsburg die Wurzeln seiner Liebe und Kraft tiefer denn je in Volk und Reich" (33).

Egal, ob Habsburg oder Schweiz - um die Freiheit und gegen die Obrigkeit ging es weder im einen noch im anderen Fall. Und auch 1938 bis 1945 galt der Kampf der Vorarlberger nicht der Freiheit, sondern den Feinden hinter dem Arlberg: Die einheimischen Nationalsozialisten, in Tirol als "Separatisten" bezeichnet, setzten sich für die Eingliederung des Landes in den Gau Schwaben anstelle des Gaus Tirol ein - wieder einmal ohne Erfolg (34). Von der Landesgeschichtsschreibung wird in der Regel nicht die Etablierung der faschistischen Herrschaft, sondern der Verlust der formellen Selbständigkeit Vorarlbergs während der NS-Zeit beklagt - und dabei der Eindruck erweckt, alles wäre nicht so schlimm gekommen, wenn nur die einheimischen Nazis in einem eigenen Gau Vorarlberg am Ruder geblieben wären (35).

EIN VOLK VON DEMOKRATEN?

ETHNISCHE SYMBOLE UND NATIONALE TRADITIONEN

Es ist allen nationalistischen und regionalistischen Bewegungen gemeinsam, daß ihr wichtigstes Mobilisierungsinstrument ein "irrationaler Populismus" ist, "der stets handliche Rekurs auf die angebliche Gemeinsamkeit von Sprache, Rasse und Volkstum" (36). Tom Nairn schreibt in seinem Aufsatz "Der moderne Janus": "Der Nationalismus ist nicht notwendigerweise demokratisch, aber in jedem Fall populistisch" (37).

Auch in den Auseinandersetzungen um "Pro Vorarlberg" und um die Volksabstimmung war die Darstellung der Vorarlberger als historisch gewachsene, ethnische Einheit, die sich von anderen "Völkern" unterscheidet, ein Kernpunkt der Argumentation. Um der Plausibilität eines Vorarlberger "Volkscharakters" willen wird dabei allerdings übersehen, daß heute kaum festzustellen ist, wieviel "wirkliche" Vorarlberger - oder gar Alemannen - noch in diesem Land leben. Die letzten verfügbaren Zahlen, aus dem Jahr 1971, weisen 73% der Wohnbevölkerung als in Vorarlberg Geborene aus; in der Landeshauptstadt Bregenz waren es schon 1966 nur noch 63%. Laut einer Repräsentativerhebung vom Sommer 1981 sind lediglich bei 50% der Befragten beide Elternteile in Vorarlberg aufgewachsen, bei weiteren 25% trifft dies wenigstens für einen Elternteil zu (38). Diese Zahlen machen deutlich, daß so etwas wie ein einheitliches Volk von Vorarlbergern nicht einmal mehr auf dem Papier existiert.

Ethnizität, d.h. die Eigenbestimmung eines Volkes durch eine Kombination allgemein anerkannter Symbole ethnischer Zugehörigkeit, beruht aber ohnehin nicht auf irgendwelchen objektivierbaren Kriterien wie Abstammung oder rassischer Herkunft. Abner Cohen (39) hat in seinen Untersuchungen nachgewiesen, daß sich Ethnien im Zeitverlauf unter dem Einfluß bestimmter gesellschaftlicher und politischer Faktoren auflösen oder neu bilden können, indem soziale Gruppen ihre ethnischen Symbole verändern. Ethnische Symbole sind selbst ein Produkt gesellschaftlich-historischer Entwicklungen, sie sind nichts Naturwüchsiges, gleichsam Vererbbares, sondern sie werden in einem Prozeß der Traditionsbildung gemacht. Das geschieht, indem soziale und politische Interessen oder Krisen eine Gesellschaft oder Teile von ihr dazu drängen, sich mit ethnischen Kategorien zu identifizieren und diese zu Symbolen zu verstärken. Solche Kategorien und Symbole beruhen in der Regel auf gemeinsamen Alltagserfahrungen, in denen die vorhandenen sozialen Unterschiede nicht zur Geltung kommen; Es sind dies Erfahrun-

gen "der Umgangssprache, der naturräumlichen Gegebenheiten, des sozialen Milieus, auch der schulischen Sozialisation und der durch sie vermittelten historischen Mythen, des gemeinsamen äußeren Habitus und Verhaltens, der Religion, der Sitten und Bräuche" (40), aber auch der Territorialität, d.h. des in überschaubarer Weise gemeinsam besiedelten Raumes. Während sich die einzelnen ethnischen Symbole durchaus konkret fassen und in ihrer geschichtlichen Entwicklung verfolgen lassen, basiert die "ethnische Identität" einer Gruppe auf einer diffusen, in ihrem Zusammenhalt nicht erklärbaren und nicht bewußten Kombination dieser Symbole - genauso wie der Alltag, aus dem die Symbole ihre Wirkung beziehen, in seiner Gesamtheit ja auch naiv wahrgenommen wird.

Im folgenden soll gezeigt werden, aus welchen spezifischen Alltagserfahrungen in Vorarlberg ethnische Symbole formuliert werden und welche Rolle sie bei der Begründung der "Sonderstellung" Vorarlbergs spielen. Bezeichnenderweise, doch im Lichte der vorangehenden Ausführungen über "ethnische Identität" keineswegs überraschend, nimmt in der Konstruktion der Ethnizität der Vorarlberger die "rassische Zugehörigkeit" den prominentesten Platz ein, obwohl gerade diese Kategorie rational am schwersten zu begründen ist.

Sprache

Eines der unbestreitbaren Symbole ethnischer Gemeinsamkeit der Vorarlberger ist die Zugehörigkeit zum alemannischen Sprachraum. Die Mundart unterscheidet sich wesentlich von den anderen österreichischen Mundarten, die dem Bajuwarischen zugehören. Doch auch in Vorarlberg selbst sind noch einmal mindestens sechs größere Mundartgruppen zu unterscheiden, außerdem bestehen noch heute merkbare Differenzen von Dorf zu Dorf. In den Städten allerdings beginnen die sprachlichen Eigentümlichkeiten seit ein oder zwei Generationen auszusterben, und von der Oberschicht wird bereits vielfach ein "Hochdeutsch" gesprochen, dessen Aussprache zwar noch alemannisch gefärbt, dessen Grammatik aber schon dem innerösterreichischen Idiom angeglichen ist (am deutlichsten in der Verwendung der Mitvergangenheit statt der "alemannischen" Vergangenheit beim Hilfszeitwort "sein" oder im Gebrauch von "gwesn" statt "gsi"). Wo noch "originale" Mundarten gesprochen werden, vor allem in den Bergtälern, können sich Vorarlberger aus anderen

Gegenden oft nur mit ähnlichen Schwierigkeiten verständigen wie Nicht-Vorarlberger (41).

Soziales Milieu

Neben den bereits erwähnten politischen Entwicklungen, die seit dem Beginn der Industrialisierung und vor allem seit dem Ausbau des katholischen Vereinswesens in den Jahrzehnten vor der Jahrhundertwende das soziale Milieu des Landes beeinflussten, ist Vorarlberg auch von jenen Merkmalen geprägt, die allgemein für die Provinz typisch sind: die Siedlungsstruktur mit Kleinstädten und einem weiträumigen dörflichen Umland, das ökonomisch, politisch und kulturell auf die Kleinstädte ausgerichtet ist; die Personalisierung sozialer und politischer Beziehungen und damit verbunden die Effektivität sozialer Kontrolle; die Vollziehung politischer Herrschaft über eine Elite von Honoratioren; im ökonomischen Bereich prägen Familienbetriebe noch immer die industrielle Struktur, und die Arbeiterschaft blieb als politische Kraft schwach. Das folgende Zitat aus einem Vorarlberg-Buch reflektiert das soziale Milieu des Landes aus der Sicht der herrschenden Konservativen: "Nirgends ist der Werktätige so mit dem Heimatboden verbunden. Hier gibt es keine Elendsviertel, hier sind Weberaufstände und Streiks unbekannt. ... (Die Vorarlberger Arbeiter) bemühen sich, in Zusammenarbeit mit den Unternehmern im Lande das Beste aus der Wirtschaft herauszuholen" (42).

Territorialität

Für die Argumentation der "Pro Vorarlberg"-Unterstützer erwies es sich als günstig, daß Vorarlberg ein relativ abgeschlossenes Gebiet umfaßt. Elmar Grabherr versuchte in einer Broschüre nachzuweisen, daß vor allem die Grenze zum übrigen Österreich beinahe unüberwindbar, jene zu den angrenzenden Staaten Schweiz, Liechtenstein und BRD hingegen völlig offen ist - als wären Roß und Wagen die einzigen zur Verfügung stehenden Kommunikationsmittel: "Vorarlberg öffnet sich landschaftlich nach Süden, Westen und Norden und verschließt sich nach Osten" (43).

Da die Grenze Vorarlbergs zu vier Fünfteln andere Staaten berührt, doch nur zu einem Fünftel - und das durchweg im Gebirge - das übrige Österreich, wird die besondere territoriale Lage für die meisten Vorarl-

berger eine alltägliche Erfahrung. Dennoch kann nicht von einer geographischen "Geschlossenheit" gesprochen werden - diese ist ausschließlich politischer Natur. Das Kleinwalsertal etwa, das als "Zollausschlußgebiet" keine direkte Straßenverbindung zum übrigen Vorarlberg hat, die Orte am Arlberg oder das durch das Pfändermassiv abgeschiedene Leiblachtal sind keineswegs so natürliche Bestandteile des Landes, wie das die These von der abgeschlossenen Region bisweilen glaubhaft machen will.

Ethno-nationale Traditionen

Jene historischen Traditionen, die angeblich die Vorarlberger von den benachbarten "Völkern" unterscheiden, wurden schon im Abriß zur Landesgeschichtsschreibung "Geschichten statt Geschichte" angeschnitten. Während in geschichtlichen Darstellungen das Verhalten der Vorarlberger mit ihrem "Wesen" erklärt wird, werden heute die angeblichen Eigenschaften durch die historischen Mythen belegt. So erklärte der ehemalige Landeshauptmann Otto Ender mit Verweis auf die Geschichte: "Der Vorarlberger ist ein geborener Demokrat", und: "Die Vorarlberger sind demokratischer gesinnt als die Tiroler" (44). Wie abwegig solche Pauschalurteile sind, zeigt sich aber gerade an der Person des von den VN als "wehrhafter Demokrat" bezeichneten Ender: Als österreichischer Verfassungsminister erklärte er 1934 schon vor der Etablierung des Austrofaschismus: "Der Übergang zum Ständestaat wird autoritär, ja fast diktatorisch sein müssen!" (45).

Die angeblichen Eigenarten des Volkes werden umgehend zur Legitimation der Herrschaft der regionalen Elite gebraucht, wie dies Dr. Keßler 1962 demonstrierte: "Wohl die ausgeprägteste Eigenart des Alemannen ist sein demokratisches Empfinden. Er will möglichst frei sein und seine Angelegenheiten weitgehend selbst ordnen, sowie in den öffentlichen Dingen ein Mitspracherecht besitzen. ... Wir Vorarlberger sind Föderalisten, weil die Entwicklung ... bewiesen hat, daß es Heimat und Volk dann am besten geht, wenn die öffentlichen Dinge von Männern geführt werden, die um die Verhältnisse wissen" (46).

Rund 20 Jahre später freilich kassierte Keßler diesen Persilschein für das besondere demokratische Empfinden der Alemannen wieder: "Die Meinung, die Vorarlberger seien anders als die übrigen Österreicher, (ist) ein sonderbares Vorurteil, das man nicht selten auch bei Intellektuellen und Journalisten antrifft" (47).

Rassische Merkmale

Die zweifelhafteste Kategorie im Zusammenhang mit der ethnischen Identität ist jene des "Volkscharakters", der letzten Endes biologischen Gemeinsamkeiten zugeschrieben werden müßte. In der Öffentlichkeit ist heute meist nur noch von der "eigenen Mentalität" oder dem "eigenständigen Denken" der Vorarlberger die Rede. Manchmal aber wurden die Ideologen deutlicher, etwa Otto Ender: "Vorarlberg ist alemannisch, Hinterarlberg bajuwarisch-fränkisch, soweit es nicht von slawischem Blute durchsetzt ist" (48).

Auch im Standardwerk zur Vorarlberger Volkskunde, in Karl Ils 1967 erschienener "Landes- und Volkskunde", ist noch von "artgebundenen" Eigenschaften "des Vorarlbergers" die Rede: "Die Grundzüge seines Wesens sind betont alemannisch" (49).

Natürlich sind die Vorarlberger längst kein "reinrassiges" Volk mehr, so sie es jemals gewesen sein sollten. Die Wortführer von "Pro Vorarlberg" weisen denn auch den Vorwurf des Rassismus weit von sich. "Pro Vorarlberg"-Unterstützer Elmar Anwander etwa hält die "Alemannenideologie" für eine "unhaltbare Simplifikation", schon deshalb, weil die ursprünglichen Bewohner Vorarlbergs nicht nur Alemannen, sondern zuvor bereits Räter waren. Dennoch kann er nicht umhin, die Vorarlberger als eine Art Edelmischung zu präsentieren: "Wenn zu dieser räto-alemannischen Mischung in den letzten hundert Jahren aus dem Trentino ein italienischer, aus Nord- und Südtirol ein räto-bajuwarischer und durch die Innerösterreicher ein bajuwarisch-slawischer Anteil hinzukam - neben dauernden Einwanderungen aus Schwaben und der Schweiz -, so wurde die Mischung dadurch zum heutigen Vorarlbergertum 'veredelt'" (50).

Ob Alemannentum oder Vorarlbergertum - einig sind sich die Vorarlberg-Ideologen jedenfalls über die "eigene Meinung und Mentalität". Schwarz faßte 1949 die "geistige Veranlagung" und den "Volkscharakter" der Vorarlberger, wie er im wesentlichen auch heute noch propagiert wird, wie folgt zusammen:

"Der Vorarlberger ist durch einen besonders hervorstechenden Wirklichkeitssinn ausgezeichnet. Die geistige Veranlagung wird mehr vom Verstande als vom Gemüte beherrscht. ... Der echte Heimatsohn ist Vorarlberger und dann erst Mitglied der oder jener Partei. ... (Die) stetige geistige Regsamkeit, (die) im Laufe der Zeit auch zu einem Merkmal wurde ... Der Verstandesmensch ist auch ein kritischer Mensch, der zu allen Dingen eine abwägende Haltung einnimmt. ... Die

Behauptung, der Vorarlberger sei verschlossen, findet ihre augenscheinliche Begründung ... Er gilt als ein solider Mensch, der seinen Erwerb nicht vergeudet. Er ist sparsam, denn Verschwendung im momentanen Genuß findet er unsinnig ... Stark ist auch die Heimatliebe" (51).

Wenngleich "völkisches" Vokabular in offiziellen Lesebüchern über Vorarlberg inzwischen kaum mehr gebraucht wird - der Annahme eines besonderen "Volkscharakters" der Vorarlberger hat das keinen Abbruch getan. Selbst die Landesregierung agierte in ihren Inseraten zur Volksabstimmung 1980 mit der überheblichen Parole: "Ja zum Ländle heißt Ja zum besseren Österreich".

Der Spruch "Schaffa, spära, Hüslle boua" sowie die "oberste Alemanen-Weisheit: Schaffa, spära, husa, Katz verkoufa, selbr musa" (52) beschreiben jene Eigenschaften, die heute noch als Leitbilder der Vorarlberger Eigenart gelten. Der "arbeitsfreudige Stamm" (53) und sein "gesunder wirtschaftlicher Geist" (54) schufen die "blühende Wirtschaft" (55), deren "Früchte zu einem Großteil auf Nimmerwiedersehen über den Arlberg" wandern (56). Und die "begrüßenswerte Spargesinnung" (57) scheint vornehmlich auf ein Ziel gerichtet zu sein: "(Der Vorarlberger) will etwas sein Eigen nennen, am liebsten auch ein Eigenheim besitzen" (58). Auch "Pro Vorarlberg" betonte, daß in Vorarlberg "gerade der kleine Mann großen Wert auf Eigentumsvorsorge legt" (59).

Zwei Aspekte dieser ethnischen Leitbilder sind besonders wichtig: Zum einen ist in Vorarlberg eine lange Tradition der Verinnerlichung der ethno-nationalistischen Ideologie festzustellen, was ihren Wirkungsgrad zweifellos erhöht. Zum anderen erweist sich hier, daß Symbole der Ethnizität zwar aus klassenübergreifenden Erfahrungszusammenhängen entwickelt werden, daß aber auch eindeutig klassenspezifische Interessen - nämlich die der Vorarlberger Industriellen, die sich die "Tugenden" der Arbeiter zunutze machen - in die Formulierung der ethnischen Leitbilder eingehen bzw. mit deren Hilfe artikuliert werden.

Warum mehr Vorarlberg?

1.

Vorarlberg ist ein Land, in dem viel gearbeitet wird. Die wirtschaftlichen und sozialen Leistungen sind überdurchschnittlich. Das, was Vorarlberg vom österreichischen Kuchen bekommt, ist unterdurchschnittlich.

2.

Vorarlberg ist in vielen Dingen bahnbrechend. Zum Beispiel findet das Vorarlberg-Modell der Vorsorgemedizin im In- und Ausland Anerkennung und Nachahmung. Vorarlberg ist bereit, für ganz Österreich Leistungen zu erbringen.

JA
zum Ländle
heißt ja zum besseren Österreich

Stimmen Sie am 15. Juni mit »JA«. Dann können Vertreter des Landes in Wien Verhandlungen über mehr Eigenständigkeit für die Länder und eine Stärkung der Gemeinden führen.

Zeitungswerbung der Vorarlberger Landesregierung zur Volksabstimmung

9. Der hilflose Antizentralismus — Tabuisierung regionaler Herrschaftsverhältnisse

GEFÜHLE POLITISCHER OHNMACHT UND "NEUES REGIONALBEWUSSTSEIN"

Das Ergebnis der Volksabstimmung vom 15. Juni 1980 ist natürlich nicht allein auf die Tradition einer ethno-nationalistischen Ideologie zurückzuführen. Die "Pro Vorarlberg"-Bewegung nützte zugleich ein durchaus reales Unbehagen in der Bevölkerung aus, um ihre Ziele zu verfolgen. Die Unzufriedenheit mit den bestehenden Machtverhältnissen und Entscheidungsstrukturen hat in den letzten Jahren nicht nur in Österreich, sondern auch in den meisten anderen modernen Nationalstaaten weite Kreise der Bevölkerung erfaßt. Die Abhängigkeit von der Macht und der Willkür zentraler Institutionen wurde dabei vor allem an der Peripherie der Nationalstaaten zu einer allgemeinen Erfahrung: "Der Ruf nach verstärkter Identität und Verantwortlichkeit auf regionaler Basis entspringt in diesem Kontext (der Änderung der Bewußtseinslage in der Peripherie; M.B.) dem Gefüge einer Gesellschaftskritik, die die Anonymität und Unüberschaubarkeit politischer Prozesse und Entscheidungen im zentralistischen Bürokratie- und Industriestaat und deren destruktive, gesellschaftliche Folgen ins Visier nimmt" (1).

Dieses "neue Regionalbewußtsein" hat auch in Österreich reale und einsichtige Gründe. Sie reichen von Alltagserfahrungen (z.B. der starken Ausrichtung des Fernsehprogrammes auf die Bundeshauptstadt) bis zu den Auswirkungen einer weitgehenden Zentralisierung von Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie der Monopolisierung politischer Entscheidungen in wenigen Machtzentren. Die Klagen über die "Ohnmacht der Bürger", über die "Machtballung und Entmündigung der Bürger" und über den "Machtmißbrauch" wurden zwar auch von "Pro Vorarlberg" formuliert, sind aber keine Erfindung der Initiative.

Auch die Gegner von "Pro Vorarlberg" haben nie einen Zweifel daran gelassen, "daß eine grundsätzliche Föderalismusdebatte sinnvoll und notwendig wäre" (2). Die "Vorarlberger Pro Österreich" sprachen sich für "eine sachlich begründete Dezentralisierung, die alle Ebenen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens durchdringt" (3), aus. Sie und die SPÖ bezweifelten aber den Nutzen der von den Volks-

abstimmungsbefürwortern geforderten Kompetenzverschiebungen für den einzelnen Bürger.

Tatsächlich ist der einzelne Bürger in Vorarlberg im Normalfall überhaupt nicht davon betroffen, ob die politischen Entscheidungen in Wien oder in Bregenz gefällt werden. "Pro Vorarlberg" ist die erste Bürgerinitiative, die sich ausschließlich gegen Bundesinstanzen richtet. Wann immer sonst in den letzten Jahren Bürger ihrem Unmut über Willkür und Fehlplanungen Luft machten, saßen die Adressaten (auch) in Vorarlberg: Im Kampf gegen eine Autobahn am Bregenzer Bodenseeufer, der letztlich den Bregenzer ÖVP-Bürgermeister sein Amt kostete, ging es gegen die Stadt und gegen den Bund; für das riesige neue Festspielhaus, das an jenem "freien Bodenseeufer" steht, auf das die Landesregierung mit Recht stolz ist, zeichneten das Land und die Stadt Bregenz verantwortlich; die Idee, ein Naturschutzgebiet durch Gletscherbahnen für Sommerskifahrer zu erschließen, hatte die Gemeinde Brand gehabt; die verschiedenen umstrittenen Straßenbauprojekte der letzten Zeit (Montafon, Großwalsertal, Autobahnanschluß in die Schweiz) wurden entweder von der Landesregierung betrieben oder von ihr unterstützt. Die einzige - schon erwähnte - Ausnahme war die von den VN im Jahr 1964 initiierte große Demonstration in Fußach (4).

Untersucht man das "Gefühl der Ohnmacht dem Bundesstaat gegenüber" (5) genauer, so bleiben im wesentlichen zwei Gruppen übrig, die der "Polit-Zentralismus" (6) in Österreich unmittelbar stört:

- die Landesregierung und mit ihr ÖVP und FPÖ: sie wünschen aus machtpolitischem Kalkül mehr Kompetenzen für das Land;
- jene nicht unmittelbar an der Macht beteiligte konservative Elite, die sich von einer Kompetenzverschiebung zugunsten des Landes eine Erweiterung ihres Einflusses erhofft.

Dennoch gelang es den VN und der Landesregierung, eine Identifikation der Bevölkerung mit "dem Land" zu erzeugen, das auf einmal anstelle der Bürger unter den bestehenden Verhältnissen zu leiden scheint. Ein besonderes Geschick bei der Umlenkung bestehender Emotionen zeigte Elmar Grabherr. In seinen Pamphleten ist von "einseitigen Benachteiligungen" des Landes die Rede, und davon, daß "Vorarlberg bei der derzeitigen Finanzpolitik des Bundes leidet" (7). Der Bund ist Grabherrs Intimfeind Nr. 1, ein Bösewicht von shakespearschem Format: "Die Länder (haben) zur Durchführung der Landesgesetze keine eigenen Wachkörper. Sie müssen sich also im wesentlichen der Bundesgendarmarie bedienen. Das ist aber nur möglich, wenn der Bund gnädig zu-

stimmt. Dies tut er nur in seltenen Fällen, um die Länder auch auf diese Weise zu schädigen!" (8).

Die Quintessenz der VN- und "Pro Vorarlberg"-Propaganda: Der Bund will das Land nur schädigen, nimmt ihm deshalb alles weg und benachteiligt es, weswegen es auch leidet. Auffallend ist dabei nicht nur der Versuch, das Land quasi als lebendes und leidendes Subjekt einzuführen, mit dem sich dann die tatsächlich lebenden und leidenden Bürger identifizieren sollen, und das Bemühen, den Unmut der Bevölkerung auf den Bund zu lenken, der angeblich an allem Übel schuld ist, sondern auch das völlige Vermeiden einer Ursachenbeschreibung. Solange aber von den konservativen Ideologen der Eindruck erweckt wird, eine "naturgegebene" Bösartigkeit stecke hinter allen zentralistischen Entscheidungen, erscheint auch der pauschale Schluß logisch, der "Föderalismus als Ordnungsprinzip der Freiheit" (9), die Verlagerung der Entscheidungskompetenzen von Wien nach Bregenz, werde der Bevölkerung des Landes eine bessere Zukunft bescheren.

DER SCHWACHE NACHHALL - NEUE FORDERUNGEN VON "PRO VORARLBERG"

Fast ein Jahr nach der Volksabstimmung besann sich ein Teil der "Pro Vorarlberg"-Gründer darauf, daß ihr ursprüngliches Anliegen eine Demokratisierung von Entscheidungsbefugnissen gewesen war, um dem Bürger mehr Mitsprache zu ermöglichen und seine Ohnmacht zu durchbrechen. Weil natürlich auch die Unterstützer von "Pro Vorarlberg" wußten, daß eine Kompetenzverlagerung vom Bund zum Land keineswegs automatisch "Bürgernähe" und "größere Mitsprache der Bevölkerung" bedeutet, selbst wenn sie das vor der Volksabstimmung behauptet hatten, verfaßten sie eine neue Petition. Sie richtete sich wiederum an die Landesregierung, forderte aber diesmal "mehr Rechte für Bürger und Gemeinden" im eigenen Land (10).

Das Papier unterschied sich maßgeblich von der Petition aus dem Jahr 1979: Wurden damals in juristisch ausgeklügelter Weise eine Volksabstimmung, ein eigenes Statut und weitgehende Rechte für das Land gefordert, so beschränkten sich die Verfasser diesmal auf einige allgemein gehaltene Vorschläge zur Erweiterung der Bürgerrechte. Anlässlich der für 1982 vorgesehenen Reform der Vorarlberger Landesverfassung bat "Pro Vorarlberg" um Berücksichtigung folgender Punkte:

- Mitsprache- und Entscheidungsrechte (Volksabstimmungen bei wichtigen Entscheidungen; Abstimmungen auch in Landesteilen und auf Gemeindeebene; Möglichkeit öffentlicher Einsichtnahme in Gesetzesentwürfe);
- mehr Kontrolle (Bestellung eines unabhängigen Volksanwaltes; Möglichkeit der Anfragestellung an die Regierung durch eine repräsentative Anzahl von Bürgern; öffentliche Auflage von Rechenschaftsberichten und von Prüfungsberichten des Rechnungshofes);
- bessere Information (verfassungsmäßig verankertes Recht des Bürgers auf ausführliche und rasche Auskunft durch die Organe des Landes und der Gemeinden; Veröffentlichung wichtiger Verlautbarungen und Gesetze in den Tageszeitungen).

Inwiefern Gemeinderechte erweitert werden sollten, wurde in der Petition nicht erläutert: "Vorschläge für Verbesserungen im Gemeinde-recht", hieß es im Anhang, seien "zu gegebener Zeit" zu erwarten.

Urheber des neuen Forderungskataloges waren offensichtlich jene Personen, die "Pro Vorarlberg" ursprünglich ersonnen hatten und nun beteuerten, sie hätten "nie Zweifel daran gelassen, daß man den Föderalismus auf allen Ebenen verwirklichen müsse" (11). Doch diesmal blieb die große Unterstützung aus. Die Vorkämpfer für "Demokratie und Bürgerrechte", VN-Chefredakteur Ortner und Dr. Grabherr, hielten sich bedeckt. Es gab keine Unterschriftenlisten, keine mehrseitigen Aufrufe und kein Spendenkonto. Statt dessen druckten die VN den neuen Forderungskatalog unkommentiert im Blattinneren ab - einen Tag nach dem Konkurrenzblatt "Neue" (12).

Diese Reaktion auf die Forderungen entlarvte nicht nur jene Männer, die 1979 - so die "Neue" damals - "den geistigen Vätern dieser Bewegung die Zügel aus der Hand genommen und sich an die Spitze gedrängt" hatten (13) und die nun schwiegen, sondern auch die Landesregierung: Sie "zeigte Gesprächsbereitschaft" (14) und wollte über die Forderungen nach mehr Bürgerrechten diskutieren. Doch Bedenken hatte LH Keßler bei der Forderung nach mehr Gemeinderechten: "Bei den Kompetenzen sehe ich da wenig Möglichkeiten" (15), hieß es zunächst, und einige Zeit später lenkte er ein: "(Es darf) keine Frage sein, daß die für die Landespolitik Verantwortlichen verpflichtet sind, auch sachlich gerechtfertigten Wünschen der Gemeinden auf noch mehr Dezentralisation, auf noch mehr eigene Gestaltungsmöglichkeiten ein offenes Ohr zu leihen" (16).

Die Landesregierung, sonst eifrig bemüht, ihren Kampf für den "Dezentralismus" (17) zu betonen, behielt sich in diesem Fall die Ent-

scheidung vor, welche Wünsche der Gemeinden sie als "sachlich gerechtfertigt" betrachtet. Der neue Forderungskatalog von "Pro Vorarlberg" hatte in den Augen der Landesregierung ohnehin noch andere Haken: etwa den, daß die meisten Forderungen in ähnlicher Weise schon seit Jahren von der SPÖ-Opposition im Landtag erhoben wurden - freilich ohne Erfolg.

"Pro Vorarlberg" zeigte sich jedenfalls zufrieden, daß die Parteien eine "Berücksichtigung der Forderungen in den Verhandlungen zur neuen Landesverfassung zugesagt" hatten (18). Einer der Wünsche der Initiative soll auf jeden Fall in Erfüllung gehen: Der Landtag will nach der Verabschiedung der neuen Landesverfassung einen eigenen Volksanwalt wählen, der unter anderem als Vorsitzender eines Kontrollausschusses die Arbeit der Landesregierung zu überwachen hätte. Nach bisher undementierten Gerüchten aus der Landesregierung gibt es bereits einen aussichtsreichen Kandidaten für dieses Amt: Alt-Landesamtsdirektor Elmar Grabherr (19).

AUS ENTTÄUSCHUNG IN DIE OFFENSIVE: "PRO VORARLBERG"-PARTEI ALS AUSWEG?

Nach der Volksabstimmung war "Pro Vorarlberg" fast zwei Jahre in der Versenkung verschwunden - sieht man von der schwachbrüstigen Demokratie-Initiative, einzelnen Presseerklärungen und einem Besuch bei Bundespräsident Kirchschräger (20) ab. Erst anlässlich der Eröffnung des neuen Landhauses in Bregenz im Mai 1982 sorgte die Gruppe wieder für Publizität: Auf Hunderten von Handzetteln, die aus einem Hubschrauber über der Stadt abgeworfen wurden, beschuldigte "Pro Vorarlberg" die Landesregierung, sich "von der Bundesregierung an der Nase herumführen" zu lassen, und drohte: "Es wird bald der Augenblick kommen, wo wir auf ein eigenes Statut für Vorarlberg dringen müssen" (21). Dieser Augenblick rückte Anfang November 1982 näher. Über Tage hinweg kündigte ein Aufruf auf der Titelseite der VN neue Aktivitäten von "Pro Vorarlberg" an: "Nachdem seit der Volksabstimmung vor zwei Jahren auf das ... '10-Punkte-Programm' und bereits seit sechs Jahren auf das 'Bundesländerforderungsprogramm' keine Reaktionen erfolgt sind, gehen wir ... mit neuen Aktivitäten in die Offensive über" (22).

Zu diesem Zweck präsentierten die Alt-Aktivisten Manfred Dörler und Kurt Amann sowie - der später hinzugestoßene - Versicherungsdi-

rektor Hans Kohler neue Aufkleber (die offensichtlich dem Werbesignet eines Vorarlberger Getränkeproduzenten nachempfunden waren) sowie eine - laut VN - "reich illustrierte, in verständlicher Form abgefaßte" (23) Broschüre mit den Leitsätzen und politischen Standpunkten von "Pro Vorarlberg". Die reiche Illustration der Broschüre bestand aus neun Zeichnungen des VN-Karikaturisten, und die Erläuterungen waren von A wie Autonomie ("Es gilt daher, endlich auch in Österreich die Wiener Allmacht zu brechen") bis Z wie Zentralismus ("So muß Wien in vielen Fragen entscheiden, die besser im Lande entschieden werden könnten") gegliedert. Nicht nur das alte Argument der alemannischen Überlegenheit (unter M wie Mentalitätsunterschiede) tauchte da wieder auf: "Es besteht eine eklatante Divergenz zwischen Ost- und Westösterreich in bezug auf die Arbeitsmotivation", und natürlich das der besonderen Vorarlberger Sparsamkeit: "... offensichtlich eine westliche Tugend, der Vergeudungen wie AKH (Allgemeines Krankenhaus Wien; M.B.), UNO-City oder Konferenzzentrum fremd sind". Auch die Forderung nach einem eigenen Sozialversicherungswesen (unter R wie Rentenklau) wurde aufs neue erhoben - ein Verlangen, das aus dem 10-Punkte-Programm zur Volksabstimmung 1980 mit Billigung von "Pro Vorarlberg" herausgelassen worden war.

Im Mittelpunkt dieser Herbstoffensive stand aber eine groß angekündigte "Aktivistensammlung", die von ganzen 40 Männern und sieben Frauen (24) "sehr gut besucht" (25) war. Dort klagten die "Pro Vorarlberg"-Kämpfer samt Elmar Grabherr über die bisherige Erfolglosigkeit ihrer Initiative und forderten die Anwesenden auf, wenigstens ihre Kinder im Sinne des Föderalismus zu erziehen: "Klebt die neuen Picklerl an die Kinderwagen und an die Schultaschen", riet Hans Kohler, der auch den tieferen Sinn solcher Taten erklärte: "Aus jedem Vorarlberger soll ein Pro-Vorarlberger werden" (26). Denn - so ein anderer Sammlungsteilnehmer - Vorarlberg als "Vaterland der Demokratie" müsse sich nunmehr "verstärkt zur Wehr setzen und für eine Gesellschaft des Geistes anstatt einer solchen der Verfassung eintreten" (27). Da spielt es wohl keine Rolle mehr, aus welchen Ecken dieser Geist hervortritt: Gertrude Orlich, Vorarlbergs Chefin der neofaschistischen NDP, die am liebsten das "Vaterland der Demokratie" von allen undeutschen Elementen säubern würde, konnte auf dem Aktivistentreffen ihre Thesen von der "Überfremdung" des Landes unwidersprochen vertreten (28)

Zum weiteren Vorgehen fiel den meisten Teilnehmern hauptsächlich eines ein: die Gründung einer eigenen Partei. Während Elmar Grabherr einen solchen Schritt lieber nur "androhen" würde, hält ihn "Pro Vorarl-

berg"-Sprecher Kurt Amann für unvermeidlich: "Die Diskussion darüber wird solange nicht abbrechen, bis man wirklich eine eigene Partei gründet" (29). Die Idee einer derartigen "Pro Vorarlberg"-Partei erfreute nicht nur die bislang enttäuschten Aktivisten, sondern auch deren politische Gegner. Die SPÖ forderte die Initiative umgehend auf, bei den nächsten Landtagswahlen zu kandidieren: Allein durch eine solche Kandidatur könne "endlich festgestellt werden, ob die Bürgerinitiative Pro Vorarlberg nur eine Spielwiese für Freizeitpolitiker ist oder tatsächlich eine Bewegung, die vom Volk ausgeht" (30).

10. Zusammenfassung: Regionalismus als Herrschaftsmittel

Regionalistische Bewegungen an der Peripherie westeuropäischer Nationalstaaten haben in den vergangenen Jahren zunehmend politisches Gewicht erhalten. Ihre Forderungen beschränkten sich nicht mehr auf das Verlangen nach mehr kultureller und/oder sprachpolitischer Selbstständigkeit, sondern sie verbanden sich mit der Wahrnehmung eines Systems sozialer und ökonomischer Abhängigkeit, in dem sich das nationalstaatliche Zentrum auf Kosten der Randgebiete entwickelt. Im Kampf gegen die strukturelle Abhängigkeit vom Zentrum (1) stellen manche Aktivisten regionalistischer Bewegungen nicht allein die übergreifenden Herrschaftsverhältnisse auf nationalstaatlicher Ebene in Frage, sondern auch die ökonomischen und politischen Abhängigkeitsverhältnisse innerhalb der Region selbst. Dabei werden - in Anlehnung an die Zentrum-Peripherie-Theorien, die für die Dritte Welt entwickelt wurden (2) - die internen Abhängigkeitsverhältnisse in der Peripherie bzw. Region als Folge der übergreifenden Zentrum-Peripherie-Abhängigkeit begriffen. Der regionalistische Kampf um die Emanzipation (3) vom Zentrum und das Ringen um einen Abbau von Herrschaft innerhalb der Region sind unter einer solchen Perspektive theoretisch und politisch-praktisch nicht voneinander zu trennen.

Dieser "linke" Ansatz ist in neueren regionalistischen Bewegungen zunehmend stärker hervorgetreten - etwa in der okzitanischen (4), in der korsischen oder in der sardischen. Zugleich gab und gibt es aber immer konservative regionalistische Strömungen, deren Exponenten meist der etablierten lokalen Elite angehören und die sich auf wesentlich ältere, oft bis in die Zeit der Nationalstaatsgründung zurückgehende Traditionen berufen können. Ihnen gilt der Kampf der Region gegen die Abhängigkeit vom nationalstaatlichen Zentrum nicht als Mittel, um die Herrschaftsverhältnisse auch in der Region selbst zu ändern, sondern - im Gegenteil - sie durch die Mobilisierung eines ethno-nationalistischen Potentials (5) zu stärken.

In der sozialwissenschaftlichen Diskussion über den neueren Regionalismus wird dessen "linke", sozialkritische Variante oft überbewertet. Sie gilt vielfach als typischer Ausdruck regionalistischer Bewegung. Dabei wird jedoch übersehen, daß diese Variante des Regionalismus in

den aktuellen Bewegungen meist nur eine Fraktion unter andern bildet und daß in vielen Regionen die konservativen Fraktionen vielleicht nicht in der öffentlichen Diskussion, aber auf jeden Fall in der praktischen Politik dominieren.

Eine sozialwissenschaftliche Analyse des Regionalismus darf den ambivalenten Charakter solcher Bewegungen nicht übersehen. Er hat mit der Doppelwertigkeit des wichtigsten Mobilisierungsfaktors regionalistischer Bewegungen, nämlich des (Ethno-)Nationalismus, zu tun. Ethnizität und Nationalismus basieren auf Symbolen historischer, kultureller, sprachlicher und auch rassischer Eigenart, die tendenziell klassenübergreifend sind und allgemeine gesellschaftliche Erfahrungen wiederzugeben beanspruchen. Die Kombination dieser Symbole zu einer ethno-nationalistischen Ideologie ist im Lauf der Zeit veränderbar und läßt sich für sehr unterschiedliche soziale Interessen einsetzen. So ist es zu erklären, daß sowohl "linke" als auch "rechte" regionalistische Fraktionen sich auf dasselbe Symbolsystem als Mittel einer ethnopolitischen Mobilisierung der Bevölkerung berufen, damit jedoch ganz unterschiedliche soziale und politische Forderungen begründen können. Letztlich hängt es von der Stärke der Fraktionen innerhalb einer regionalistischen Bewegung ab, ob mit Hilfe des Ethno-Nationalismus und durch den Kampf gegen das Zentrum lediglich die Herrschaft der lokalen Eliten stabilisiert oder die soziale Emanzipation der Abhängigen in der Region selbst vorangetrieben wird.

Der Regionalismus in Vorarlberg ist ein besonders ausgeprägtes Beispiel für "Regionalismus als Herrschaftsmittel". In diesem österreichischen Bundesland gibt es eine lange Tradition des Antizentralismus und der Formulierung einer ethnischen Sonderstellung (die vor allem über die Zugehörigkeit zum alemannischen Sprachraum vermittelt ist). 1979 entstand - als vorläufiger Höhepunkt neuerer regionalistischer Bestrebungen in Vorarlberg - die Initiative "Pro Vorarlberg". Sie verlangte ein eigenes Landesstatut, das Vorarlberg gegenüber dem Bund wesentlich mehr Rechte als den anderen Bundesländern sichern und mit Ausnahme der "großen Außenpolitik", der militärischen Landesverteidigung und des Außenhandels die meisten gesetzgeberischen und finanziellen Kompetenzen in die Hände der Vorarlberger Landesregierung verlagern sollte.

Die Gründer der Initiative waren ursprünglich im wesentlichen konservative Freiberufler und niedere Landesbeamte. Sehr rasch setzten sich jedoch in der Formulierung und Propagierung der politischen Ziele der Initiative zwei Honoratioren an die Spitze, die im Lande über

erhebliche politische Macht verfügen: Dr. Elmar Grabherr, bis zu seiner Pensionierung ranghöchster Landesbeamter, und Dr. Franz Ortner, Chefredakteur der auflagenstärksten Tageszeitung des Landes, der "Vorarlberger Nachrichten". Sie waren es, die die ethno-nationalistischen Leitbilder artikulierten und propagierten, mit denen zur Durchsetzung der antizentralistischen Ziele von "Pro Vorarlberg" mobilisiert wurde. Unter Berufung auf bereits lange bestehende Traditionen, die die Sonderstellung Vorarlbergs und die ethnisch-kulturelle Eigenart und Eigenwertigkeit des Alemannentums betonen, wurde ein Gedankengebäude konstruiert, dessen Pfeiler die grundsätzliche Vorbildlichkeit alles Heimischen, der Kampf gegen die Zentrale Wien und das Versprechen besserer Zeiten in einem selbständigen Land sind. Es war und ist dies ein alemannisch-nationalistisches Denken in einem Freund-Feind-Schema, das die eigenen Traditionen und die durch sie geschaffenen Verhältnisse glorifiziert und eine Kritik an der regionalen politischen und ökonomischen Herrschaft grundsätzlich ausschließt.

Der radikale Separatismus der Initiative und ihr bis in die Grauzonen des Rassismus gehender Sprachgebrauch erzwangen allerdings einen Kompromiß mit den Realitäten: Zum einen ist Vorarlberg spätestens seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ein klassisches Einwanderungsland, sodaß "reine Alemannen", so es sie je gegebenen haben sollte, kaum identifizierbar sind; obwohl für Zuwanderer immer ein besonders starker - vor allem über den Dialekt vermittelter - kultureller Anpassungsdruck bestand, mußten sich viele durch den radikalen, quasi-rassistischen Sprachgebrauch der Initiative aus der "Vorarlberger Volksgemeinschaft" ausgeschlossen fühlen. Zum anderen hatte die konservative Vorarlberger Landesregierung ein Interesse, sich der Initiative als eines Vehikels gegen die sozialdemokratische Bundesregierung zu bedienen; doch mußte sie befürchten, daß der radikale Ethno-Nationalismus keine Mehrheit in der Bevölkerung gefunden hätte.

Die Landesregierung und "Pro Vorarlberg" einigten sich deshalb auf einen Kompromiß: Es wurde ein Volksabstimmungstext entworfen, der die weitestreichenden politischen Forderungen nach einer faktischen Abkoppelung von Österreich entschärfte und den Forderungskatalog gegenüber dem Bund scheinbar versachlichte.

Die von der Landesregierung durchgeführte Volksabstimmung am 15. Juni 1980 brachte - bei allgemeiner Wahlpflicht und einer Wahlbeteiligung von rund 91% - einen Ja-Stimmen-Anteil von 69,3%. Der Nein-Stimmen-Anteil von 30,7% entsprach grob dem Stimmenanteil der SPÖ, die eine Nein-Empfehlung abgegeben hatte, bei Wahlen zum Vorarlber-

ger Landtag. Daß es der Landesregierung gelungen ist, wenigstens ihr eigenes konservatives Wählerpotential für die Initiative zu mobilisieren, hat folgende Gründe:

- die scheinbare Versachlichung der ursprünglichen Initiative zu einem offiziellen landespolitischen Anliegen;
- eine massive Propaganda durch die Landesregierung und die "Vorarlberger Nachrichten", die zwar alle ethnopolitischen Argumentationsmuster benutzten, aber die rassistischen Untertöne der ursprünglichen "Pro Vorarlberg"-Agitation weitgehend zugunsten einer Hervorhebung der Leistungskraft des Landes ablösten (und damit eine breitere Identifizierung in der Bevölkerung ermöglichten);
- der weiter bestehende propagandistische Rückgriff auf Traditionen und Geschichtsmymthen Vorarlberger Eigenständigkeit, die im Lande vor allem durch die schulische Sozialisation stark verankert sind.

Politisch hat die Volksabstimmung lediglich bewirkt, daß die allgemeinen Föderalismus-Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und den Länderregierungen intensiviert wurden. Die von "Pro Vorarlberg" ursprünglich geforderten Sonderverhandlungen zwischen dem Bund und dem Land Vorarlberg sind nicht zustande gekommen, und es ist unwahrscheinlich, daß sie jemals zustande kommen werden.

"Pro Vorarlberg" hatte nach der Volksabstimmung rund zwei Jahre lang auf weitere Kampagnen verzichtet, angeblich, weil die Initiative erst einmal das Ergebnis der laufenden Föderalismusverhandlungen abwarten wollte. Nur durch vereinzelte Presseerklärungen und eine Flugblattaktion machten die "Pro Vorarlberg"-Aktivisten noch auf sich aufmerksam. Erst als nicht mehr zu übersehen war, daß sich die Verhandlungen zwischen Landes- und Bundesregierung auch weiterhin im Rahmen der üblichen Interessenkonflikte bewegten, ohne die früher versprochenen Ergebnisse zu bringen, entschloß sich die Initiative zu einer neuen "Offensive". In einer zur "Argumentationshilfe" erstellten Broschüre tauchten nunmehr alle jene Vorurteile, separatistischen Forderungen und radikalen ethno-nationalistischen Argumente wieder auf, die in den Verhandlungen um das 10-Punkte-Programm 1980 entschärft worden waren. Und auf einer groß angekündigten, aber spärlich besuchten Aktivistenversammlung diskutierten im November 1982 die ursprünglichen "Pro Vorarlberg"-Gründer den Aufbruch zu neuen Ufern, vielleicht sogar zur Gründung einer eigenen "Pro Vorarlberg"-Partei.

Die Verwirklichung eines solchen Vorhabens könnte sicherlich zu einer Klärung der Fronten in der politischen Landschaft Vorarlbergs beitragen. Die Ergebnisse der nächsten Landtagswahl brächten Aufschluß

über die Zahl jener, die tatsächlich dem extremen Ethno-Nationalismus der Initiative und ihren äußerst konservativen Politikvorstellungen zuneigen; gleichzeitig wären ÖVP und FPÖ gezwungen, öffentlich ihre Grenzen gegenüber "Pro Vorarlberg" zu bestimmen. Dabei ist jedoch auch nicht auszuschließen, daß die beiden Parteien selbst radikalere ethnopolitische Positionen einnehmen, um damit ein Abbröckeln ihrer Wählerschaft nach rechts zu verhindern.

Insgesamt allerdings hat die konservativ-regionalistische Bewegung in Vorarlberg bislang keine nachhaltige Wirkung gezeigt. Es hat sich aber erwiesen, daß es ein nationalistisch-rassistisches Ideologiepotential gibt, das zumindest zeitweilig aktiviert werden kann - und dies mag angesichts einer sich verschärfenden Wirtschaftskrise im Lande und bei dadurch entstehenden ethnischen Konflikten mit ausländischen Arbeitskräften durchaus von Bedeutung sein. Hier könnten konservative Kräfte im Lande versuchen, ein politisches Krisenmanagement mittels ethno-nationalistischer und rassistischer Propaganda zu betreiben.

Landesintern hat die Initiative "Pro Vorarlberg" sehr wahrscheinlich geholfen, die Herrschaft der konservativen Elite zumindest ideologisch zu stabilisieren. "Pro Vorarlberg" ist das typische Beispiel einer regionalistischen Bewegung, die - getragen und artikuliert von einer bedrohten traditionellen Elite - durch den antizentralistischen Kampf die bestehenden regionalen Herrschaftsverhältnisse nicht nur unberührt lassen, sondern möglichst bestärken will.

Es ist bemerkenswert, daß sich Angehörige einer modernen Elite, vor allem Kulturschaffende und Lehrer, mit beträchtlichem Echo in der Öffentlichkeit gegen "Pro Vorarlberg" gewandt haben - etwas, was vor zwanzig Jahren, zur Zeit der Fußach-Affäre, noch undenkbar gewesen wäre. Sie markieren eine Wende in der sozialen und vor allem kulturellen Entwicklung des Landes, auf die die alte Honoratioren-Elite mit einer aggressiven Propagierung der "Tradition" reagiert hat. Doch auch die fortschrittlichen Kräfte werden, wenn sie politisch wirksam sein wollen, diese "Tradition" nicht einfach ignorieren können: Sie müssen sie durch Aufklärung für sich zu gewinnen suchen, um daraus eine den Verhältnissen entsprechende Perspektive im Kampf um den Abbau von Herrschaft - auch und gerade in der Region - zu entwickeln.

Anmerkungen

EINLEITUNG (S. 7-9)

- 1) Nairn: 1978.
- 2) Krosingk: 1980.
- 3) Nairn: 1978, S. 26.

KAPITEL 2 (S. 10-19)

- 1) "Pro Vorarlberg"-Mitbegründer Manfred Dörler, Interview 14.9.1981.
- 2) Da die Verhandlungen zu dieser Zeit hinter verschlossenen Türen geführt wurden, war es kaum möglich, nähere Informationen zu erlangen. Nur in der SPÖ wurde die Ortner-Einladung wie auch deren Ablehnung von mehreren Seiten bestätigt.
- 3) VN, 5.7.1979.
- 4) Vgl. Ender, Otto: 1952, S. 57.
- 5) VN, 12.9.1979.
- 6) SPÖ-Klubobmann Winder, Interview 9.3.1981.
- 7) Österreichisches Gallup-Institut: 1978, S. 25.
- 8) Martin: 1979a, S. 4.
- 9) Vgl. die Darstellung von Wanner: 1980a, die allerdings im selben Verlag wie die VN erschien und deren Rolle stark verharmlost.
- 10) VN, 11.9.1979.
- 11) Martin: 1979a, S. 4.
- 12) VN, 25.4.1979.
- 13) VN, 12.9.1979.
- 14) Martin: 1979a.
- 15) Rundschreiben im Amt der Vorarlberger Landesregierung vom 16.5.1961; dieser Erlaß ist heute in Vorarlberg unter der Bezeichnung "Alemannenerlaß" bekannt.
- 16) Ebenda.
- 17) VN, 12.9.1979.
- 18) VN, 19.4.1979.
- 19) VN, 17.10.1979.
- 20) VN, 2.5.1979.
- 21) Manfred Dörler, Interview 14.9.1981.
- 22) So die spätere Auskunft des "Neue"-Chefredakteurs Scharsach vom 8.10.1981.
- 23) VN, 11.9.1979.
- 24) Dieses und die folgenden Zitate aus der Petition von "Pro Vorarlberg" vom 7.9.1979.

KAPITEL 3 (S. 20-32)

- 1) VN, 24.4.1980.
- 2) Ebenda.
- 3) VN, 17.10.1979.
- 4) Pichler: 1981, S. 154.
- 5) VN, 2.5.1980.
- 6) VN, 12.9.1979.
- 7) VN, 18.10.1979.
- 8) Landeshauptmann Keßler, zitiert nach: NVT, 3.6.1980.
- 9) Vgl. Hechter: 1975.
- 10) VN, 12.9.1979.
- 11) Ebenda.
- 12) Vgl. den Bericht über ein Pressegespräch mit dem damaligen Finanzminister Androsch, in: NVT, 17.9.1979.
- 13) Rüsç/Schönbeck: 1979.
- 14) "Pro Vorarlberg"-Petition vom 7.9.1979.
- 15) Der Sekretär der Vorarlberger Industriellenvereinigung, Joseph Feuerstein, Interview 19.4.1982.
- 16) VN, 25.4.1980.
- 17) Vgl. Pelinka: 1982, S.32.
- 18) Vgl. den Bericht des Rechnungshofes über die Bregenzer Festspiele, veröffentlicht in Fink's Verlag, Bregenz 1982.
- 19) Zitiert nach: NVT, 28.9.1979.
- 20) Berichte zur Wirtschaftslage Nr. 1/1982, S. 13f.
- 21) Schneider: 1979, S. 77.
- 22) Vorarlberg Aktuell Nr. 40/1980.
- 23) Vgl. VN, 11.3.1981.
- 24) Vgl. Sutterlützi: 1980.
- 25) Eichbauer: 1980, S. 57.
- 26) Blaschke: 1980, S. 23.
- 27) Vorarlbergs Wirtschaft aktuell Nr. 13/1981.
- 28) Schneider: 1979, S. 67 und Wifo-Monatsberichte 5/1982, S. 309.
- 29) Zitate aus den Erläuterungen zur Petition.
- 30) Zu diesem Thema siehe: "Schulnotizen", Informationen des Sozialistischen Lehrervereins Vorarlberg, Nr. 3/1980, S. 2f.
- 31) VN, 19.4.1979 (Hervorhebungen durch den Autor).
- 32) Ebenda.
- 33) VN, 3.5.1980.
- 34) Grabherr: 1981, S. 53.
- 35) VN, 25.4.1980.
- 36) Quelle für die Budgetzahlen: Rechnungsabschluß des Landes von 1980 und Voranschlag 1981.
- 37) Vorarlberger Volksbote Nr. 9/1982, S. 1.
- 38) VN, 5.5.1980.
- 39) Vgl. ORF-Almanach 1983, Wien 1982.
- 40) Manfred Dörler, Interview 14.9.1981.
- 41) Quelle: Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik Nr. 5/1980 sowie Auskunft des Landesschulrats für Vorarlberg.

KAPITEL 4 (S. 33-39)

- 1) VN, 12.10.1979.
- 2) VN, 17.10.1979.
- 3) VN, 12.10.1979.
- 4) VN, 18.10.1979.
- 5) Vgl. die Beiträge über Slowenen und Kroaten in Blaschke: 1980, S. 187-195, 284-296.
- 6) Grabherr: 1981, S. 11.
- 7) Ebenda, S. 61.
- 8) VN, 12.9.1979.
- 9) Vgl. Kurier, 13.9.1979.
- 10) Zitiert nach Martin: 1979a, S. 4.
- 11) VN, 11.9.1979.
- 12) "Pro Vorarlberg"-Petition vom 7.9.1979.
- 13) Vgl. Haffner: 1982, S. 24-26.
- 14) Rape: 1977, S. 58.
- 15) Zur Funktion des Antisemitismus in der christlichsozialen Bewegung der Zwischenkriegszeit siehe Pelinka: 1972, S. 213-233.
- 16) Siehe dazu Peter: 1980. Gerhard Wanner (1980b, S. 109) erklärt den christlichen Antisemitismus in Vorarlberg nach 1918 mit den politischen Auseinandersetzungen im Gefolge des Zusammenbruchs der Monarchie. In Wirklichkeit wurde der Antisemitismus zu dieser Zeit von den Vorarlberger Christlichsozialen im Kampf gegen die einheimische Sozialdemokratie und gegen das "rote Wien" nur besonders stark akzentuiert.
- 17) VV, 19.11.1918.
- 18) VN, 11.9.1979.
- 19) Grabherr: 1981, S. 15.
- 20) VN, 25.4.1980.
- 21) Grabherr: 1981, S. 53.
- 22) VN, 18.4.1979.

KAPITEL 5 (S. 40-44)

- 1) Vgl. VN, 24.9.1979, und Martin: 1979a.
- 2) ÖGB-Landesexekutive Vorarlberg: Resolution vom 18.9.1979.
- 3) Fritz Mayer, Interview 11.9.1981.
- 4) Zitiert nach: VN, 12.9.1979.
- 5) NVT, 17.9.1979.
- 6) Schreiben an "Pro Vorarlberg" vom 9.10.1979.
- 7) Presseerklärung der "Vorarlberger Pro Österreich" vom 18.9.1979.
- 8) Ebenda.
- 9) Ebenda.
- 10) Bericht über eine "Pro Vorarlberg"-Pressekonferenz, ORF-Landesrundschau, 23.5.1980.
- 11) VN, 21.6.1980.
- 12) VN, 18.10.1979.

KAPITEL 6 (S. 45-58)

- 1) Rundbrief von "Pro Vorarlberg" vom 4.10.1979.
- 2) Antwortbrief von Ernst Winder, 9.10.1979.
- 3) Interview in der "Neuen Kronenzeitung", 22.9.1979.
- 4) VN, 24.9.1979.
- 5) Quelle: Amtsblatt für das Land Vorarlberg Nr. 46/1979.
- 6) NVT, 22.10.1979; ORF-Berichterstattung am 21. und 22.10.1979.
- 7) Vorarlberg Bericht Nr. 31/1980.
- 8) VN, 21.6.1980.
- 9) Vorarlberg Bericht Nr. 31/1980.
- 10) Ebenda.
- 11) Volksabstimmungstext lt. Landtagsbeschuß vom 28.3.1980.
- 12) NVT, 13.3.1980.
- 13) Alternativvorschlag der SPÖ-Fraktion, in: 9. Beilage 1980 zu den Sitzungsberichten des XXIII. Vorarlberger Landtages, Bregenz 1980.
- 14) Ebenda.
- 15) Erläuterungen zum Volksabstimmungsentwurf der ÖVP-Fraktion vom März 1980, unveröffentlichte Kopie.
- 16) Antwort des Landeshauptmannes vom 11.10.1979 auf die Anfrage des LAbg. Neururer vom 24.9.1979, unveröffentlichte Kopie (Hervorhebung im Original).
- 17) Kostelka/Unkart: 1977, S. 338.
- 18) Vgl. etwa Esterbauer: 1978, oder auch die Darstellungen konservativen Föderalismusverständnisses in: Kaltenbrunner (Hg.): 1979.
- 19) Vorarlberg-Bericht Nr. 31/1980.
- 20) VN, 26.4.1980.
- 21) Anfragebeantwortung des Landeshauptmannes (s. Anm. 16).
- 22) NVT, 3.6.1980.
- 23) NVT, 26.3.1981.
- 24) LH Keßler, zitiert nach: NVT, 3.6.1980.
- 25) VN, 21.6.1980.
- 26) Vorarlberg Aktuell Nr. 40/Mai 1980.
- 27) Ebenda.
- 28) Zitiert nach: NVT, 13.6.1980.
- 29) Pichler: 1981, S. 155.
- 30) ORF-Landesrundschau, 19.5.1980.
- 31) Presseaussendung der "Vorarlberger Pro Österreich" vom 19.5.1980.
- 32) BWZ, 13.6.1980.
- 33) Presseaussendung der "Vorarlberger Pro Österreich" vom 19.5.1980.
- 34) "Vorarlberger Pro Österreich"-Sprecher Pichler in einem Interview mit ORF-Vorarlberg, 19.5.1980.
- 35) Flugblatt der "Vorarlberger Pro Österreich" zur Volksabstimmung, Mai 1980.

KAPITEL 7 (S. 59-65)

- 1) BWZ, 13.6.1980.
- 2) Brief vom 12.5.1980.
- 3) Zitiert nach Köb: 1981, S. 79.
- 4) VN, 15.4.1981.
- 5) BWZ, 13.6.1980.
- 6) SPÖ-Bundesrat Walter Bösch in: NVT, 13.6.1980.
- 7) SPÖ-Obmann Fritz Mayer in: BWZ, 13.6.1980.
- 8) Walter Bösch in: NVT, 13.6.1980.
- 9) NVT, 13.6.1980.
- 10) Ebenda.
- 11) Vorarlberg Bericht Nr. 31/1980.
- 12) LH Keßler im ORF-Vorarlberg, 20.5.1980, 13.00 Uhr.
- 13) Vgl. VN, 17.9.1979.
- 14) Art. VIII, Abs. 5 der Landesverfassung (1923).
- 15) Kurier, 16.6.1980.
- 16) AZ, 16.6.1980.
- 17) Ebenda. Tatsächlich waren es 1,7%.
- 18) Vorarlbergs Wirtschaft aktuell Nr. 34/1981.
- 19) VN, 15.5.1981.
- 20) Morscher: 1981, S. 43.
- 21) VN, 16.6.1980.
- 22) Abgedruckt z.B. in: blickpunkt Vorarlberg Nr. 5/1980.
- 23) VN, 29.11.1980.
- 24) VN, 10.1.1981.
- 25) Pichler: 1981, S. 155.
- 26) VN, 10.1.1981.
- 27) blickpunkt Vorarlberg Nr. 12/1981.
- 28) Manfred Dörler, Interview 14.9.1981.
- 29) Morscher: 1981, S. 44.
- 30) "Sendung des Landeshauptmannes", ORF-Vorarlberg, 30.5.1981.
- 31) Ebenda.

KAPITEL 8 (S. 66-81)

- 1) Quellen: Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik 1952/1962/1972/1982 und Statistisches Handbuch der Republik Österreich 1981.
- 2) Quelle: Bevölkerungsstatistik, herausgegeben von der Landesstelle für Statistik, Bregenz 1982.
- 3) Berichte zur Wirtschaftslage Nr. 1/1982, S. 12.
- 4) Vgl. Bellmann/Hein u.a.: 1975, S. 116f.
- 5) Wifo-Berichte zur Wirtschaftslage (Wirtschaftsforschungsinstitut) 1980 und 1981.
- 6) Vorarlbergs Wirtschaft aktuell Nr. 35/1982, S.3.
- 7) Schneider: 1979, S. 69.
- 8) Jahresbericht des Landesarbeitsamts 1980, S.38.

- 9) Vgl. Vorarlbergs Wirtschaft aktuell Nr. 34/1981 (Zahlen der Industriebeschäftigten).
- 10) Bellmann/Hein u.a.: 1975, S. 122.
- 11) Wifo-Monatsberichte Nr. 5/1981, S. 271, und Indexzahlen in Vorarlbergs Wirtschaft aktuell.
- 12) Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik Nr. 1/1979, S. 5.
- 13) Berichte zur Wirtschaftslage Nr. 1/1982.
- 14) Berichte zur Wirtschaftslage Nr. 1/1981 und Nr. 1/1982.
- 15) Scheuch: 1978, S. 32.
- 16) Vgl. Haffner: 1977, S. 26-55.
- 17) Pelinka, Anton: Thesen zur Machtverteilung im politischen System Vorarlbergs (unveröffentlichtes Manuskript, Innsbruck 1982); vgl. auch Pelinka: 1982, S. 69 und 85f.
- 18) Zang: 1978, S. 16.
- 19) Ender, Franz: 1971, S. 112.
- 20) Burmeister: 1980, S. 25.
- 21) Ebenda, S. 26.
- 22) Bruckmüller: 1973, S. 26.
- 23) Vorarlberg Bericht Nr. 31/1980.
- 24) Vgl. Methlagl: 1981.
- 25) Bruckmüller: 1973, S. 32.
- 26) VN, 11.9.1979.
- 27) Bilgeri: 1971a, S.30.
- 28) NVT, 31.12.1977.
- 29) Bilgeri: 1977, S.51.
- 30) Ender, Otto: 1952, S. 11.
- 31) VV, 18.3.1919.
- 32) NVT, 23.3.1981.
- 33) Zit. n. Wanner: 1980b, S. 104.
- 34) Vgl. Schönherr: 1981, S. 87-96.
- 35) Vgl. Pichler: 1982, S. 192-194.
- 36) Blaschke: 1980, S. 13.
- 37) Nairn: 1978, S. 19.
- 38) Vgl. Beiträge zur österreichischen Statistik, 309/20. Heft, Wien 1974 sowie IFES-Repräsentativerhebung Vorarlberg, Wien 1982.
- 39) Cohen: 1974.
- 40) Blaschke: 1980, S. 17.
- 41) Vgl. Hoffmann (Hg.): 1973, S. 12-16.
- 42) Kolb: 1965, S. 45.
- 43) Grabherr: 1981, S. 61.
- 44) Ender, Otto: 1952, S. 6 und S. 10.
- 45) Buttinger: 1972, S. 11.
- 46) Keßler: 1962, S. 11.
- 47) NVT, 23.3.1981.
- 48) Ender, Otto: 1952, S. 5.
- 49) Ilg: 1967, S. 392.
- 50) VN, 18.10.1979.
- 51) Schwarz: 1949, S. 186f.
- 52) NVT, 21.3.1981, Beilage "Bodaständig".

- 53) Kolb: 1965, S. 62.
- 54) Keßler: 1962, S. 10.
- 55) Vorarlberg Bericht Nr. 31/1980.
- 56) "Pro Vorarlberg"-Petition vom 7.9.1979.
- 57) VN, 12.9.1979.
- 58) Ender, Otto: 1952, S. 65.
- 59) "Pro Vorarlberg"-Petition vom 7.9.1979.

KAPITEL 9 (S. 82-88)

- 1) Krosingk: 1980, S. 43.
- 2) Presseerklärung der "Vorarlberger Pro Österreich" vom 18.9.1979.
- 3) Pichler: 1981, S. 155.
- 4) Vgl. Wanner: 1980a.
- 5) VN, 11.9.1979.
- 6) Ebenda.
- 7) "Pro Vorarlberg"-Petition vom 7.9.1979.
- 8) VN, 29.11.1980.
- 9) VN, 24.10.1981.
- 10) Vgl. NVT, 26.3. und 31.3.1981; VN, 27.3.1981.
- 11) NVT, 31.3.1981.
- 12) Am 27.3. gegenüber dem 26.3.1981 in der NVT.
- 13) NVT, 14.9.1979.
- 14) NVT, 26.3.1981.
- 15) Ebenda.
- 16) "Sendung des Landeshauptmannes", ORF-Vorarlberg 30.5.1981.
- 17) Ebenda.
- 18) Manfred Dörler, Interview 14.9.1981.
- 19) Vgl. blickpunkt Vorarlberg Nr. 4/1982, S. 4.
- 20) NVT, 27.1.1982.
- 21) "Pro Vorarlberg"-Flugblatt vom 7.5.1982.
- 22) VN, 2.11.1982.
- 23) VN, 9.11.1982.
- 24) NVT, 9.11.1982.
- 25) VN, 9.11.1982.
- 26) NVT, 9.11.1982.
- 27) VN, 9.11.1982.
- 28) NVT, 9.11.1982.
- 29) NVT, 9.11.1982.
- 30) VN, 11.11.1982.

KAPITEL 10 (S. 89-93)

- 1) Als "strukturelle Abhängigkeit" kann z.B. die Wirkung wirtschaftlicher und sozialer Strukturen (im nationalen oder internationalen Rahmen) bezeichnet werden, innerhalb derer die Randregionen

einseitig Dienstleistungsfunktionen gegenüber dem Zentrum zu erfüllen haben.

- 2) Vgl. Senghaas: 1972.
- 3) Emanzipation bedeutet hier nicht unbedingt eine Loslösung vom nationalstaatlichen Zentrum, sondern zunächst einmal Befreiung aus politischer und ökonomischer Abhängigkeit durch gesellschaftliche Gleichstellung.
- 4) Vgl. Lafont: 1967. Als Okzitanien wird das südliche Drittel Frankreichs bezeichnet.
- 5) Siehe hierzu den Abschnitt über "Ethnische Symbole und nationale Traditionen" in Kapitel 8.

Literatur

- BELLMANN, D./HEIN, W./TRAPP, W./ZANG, G.: 1975
"Provinz" als politisches Problem, in: Kursbuch Nr. 39, S. 81-127. Berlin.
- BILGERI, Benedikt: 1971a
Politische Geschichte Vorarlbergs, in: Vorarlberger Landesregierung (Hg.): Vorarlberger Jungbürgerbuch, S. 7-50. Bregenz.
- BILGERI, Benedikt: 1971b, 1974, 1977, 1982
Geschichte Vorarlbergs. 4 Bände. Wien-Köln.
- BLASCHKE, Jochen: 1980.
Einleitung zu: ders. (Hg.): Handbuch der westeuropäischen Regionalbewegungen, S. 7-27. Frankfurt/M.
- BRUCKMÜLLER, Ernst: 1973
Vorarlberg - ein historischer Überblick, in: Hoffmann, Alfred (Hg.): Die Städte Vorarlbergs, S. 23-50. Wien.
- BURMEISTER, Karl Heinz: 1980
Geschichte Vorarlbergs. Wien.
- BUTTINGER, Josef: 1972
Das Ende der Massenpartei. Am Beispiel Österreichs. Frankfurt/M.
- COHEN, Abner: 1974
The Lesson of Ethnicity, in: ders. (Hg.): Urban Ethnicity, S. ix-xxiii. London.
- DERMUTZ, S./KLEIN, P./NICK, R./PELINKA, A.: 1982
Anders als die Anderen? Politisches System, Demokratie und Massenmedien in Vorarlberg. Bregenz.
- EICHBAUER, Werner: 1980
Graue und andere Wölfe, in: Extrablatt Nr. 10/1980, S. 54-57.
- ENDER, Franz: 1971
Jungbürger und Staat, in: Vorarlberger Landesregierung (Hg.): Vorarlberger Jungbürgerbuch, S. 51-174. Bregenz.
- ENDER, Otto: 1952
Vorarlbergs Schweizer-Anschluß-Bewegung. Dornbirn.

- ESTERBAUER, Fried (Hg.): 1978
Regionalismus. Eine Einführung. München.
- FEURSTEIN, Gottfried: 1968
Vorarlberg in Zahlen, in: Montfort Nr. 2/1968, S. 117-153.
- GERDES, Dirk (Hg.): 1980
Aufstand der Provinz. Regionalismus in Westeuropa. Frankfurt/M.
- GRABHERR, Elmar: 1981
Vorarlberger Land. Vorarlberger Merkhefte, Band 1. Bregenz.
- HAFFNER, Leo: 1977
Die Kasiner. Vorarlbergs Weg in den Konservatismus. Bregenz.
- HAFFNER, Leo: 1982
Die Aufklärung und die Konservativen, in: Pichler, Meinrad (Hg.): Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte, S.10-31. Bregenz.
- HECHTER, Michael: 1975
Internal Colonialism. The Celtic Fringe in British National Development, 1536-1966. Berkeley-Los Angeles.
- HOFFMANN, Alfred (Hg.) 1973
Die Städte Vorarlbergs. Österreichisches Städtebuch, Band 3. Wien.
- ILG, KARL: 1967
Zusammenfassung zum Gesamtwerk. Der Volkscharakter, in: ders. (Hg.): Landes- und Volkskunde. Geschichte, Wirtschaft und Kunst Vorarlbergs, Bd. 4, S.359-405. München-Innsbruck.
- INSTITUT für Föderalismusforschung (Hg.): 1979
4. Bericht über die Lage des Föderalismus in Österreich. Wien.
- "JEAN": 1976
Elsaß: Kolonie in Europa. Berlin.
- KALTENBRUNNER, G.-K. (Hg.): 1979
Lob des Kleinstaates. München.
- KESSLER, Herbert: 1962
Jungbürger und Staat, in: Vorarlberger Landesregierung (Hg.): Jungbürgerbuch, S. 9-112, Bregenz.
- KHOL, Andreas/STIRNEMANN, Alfred (Hg.): 1981
Österreichisches Jahrbuch für Politik 1980. Wien-München.

- KÖB, Franz: 1981
Wofür der Lehrer keine Einser hat... Dialekt, Schulbürokratie und Lehrerausbildung in Vorarlberg, in: Allmende Nr. 3/1981, S. 75-80.
- KOLB, Ernst: 1965
Du Ländle meine teure Heimat. Reden und Aufsätze. Wien-München.
- KOSTELKA, Peter/UNKART, Ralf: 1977
Vom Stellenwert des Föderalismus in Österreich, in: Fischer, Heinz (Hg.): Das politische System Österreichs, S. 337-360. Wien.
- KREISKY, Eva: 1981
Thesen zur politischen und sozialen Funktion des Föderalismus in Österreich, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP) Nr. 3/1981, S. 261-277.
- KROSINGK, Friedrich von: 1980
Zwischen Folklore und Revolution: Regionalismus in Westeuropa, in: Gerdes, Dirk (Hg.): Aufstand der Provinz, S. 25-48. Frankfurt/M.
- LAFONT, Robert: 1967
La Révolution Régionaliste. Paris.
- LAFONT, Robert: 1974
La Révolution Occitane. Paris.
- MARTIN, Hans Peter: 1979a
Das steckt hinterm Kampf ums Ländle, in: heute. Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur, Nr. 10/1979, S. 4-5.
- MARTIN, Hans Peter: 1979b
Nachtschicht. Eine Betriebsreportage. Wien.
- METHLAGL, Walter: 1978
Franz Michael Felder und Kaspar Moosbrugger im Kampf der politischen Parteien Vorarlbergs 1864-1868. Bregenz.
- METHLAGL, Walter: 1981
Aspekte eines Felder-Bildes, in: Allmende Nr. 1/1981, S.73-85.
- MORSCHER, Siegbert: 1981
Pro Vorarlberg, in: Khol/Stimemann (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1980, S. 31-54. München-Wien.
- MUSCHG, Adolf: 1981
Alle Mannen, alle? in: Allmende Nr. 1/1981, S. 1-5.

- NÄGELE, Hans: 1972
Vorarlberg, das Alemannenland am Bodensee und Rhein.
Dornbirn.
- NAIRN, Tom/HOBSBAWM, Eric u.a.: 1978
Nationalismus und Marxismus. Anstoß zu einer notwendigen
Debatte. Berlin.
- ÖSTERREICHISCHE ZEITSCHRIFT FÜR POLITIKWISSENSCHAFT: 1981
Thema: Alter Föderalismus - Neuer Regionalismus. Wien.
- ÖSTERREICHISCHES Gallup-Institut: 1978
Media-Documenta '78 Vorarlberg. Wien.
- PELINKA, Anton: 1972
Stand oder Klasse? Die Christliche Arbeiterbewegung Öster-
reichs 1933 bis 1938. Wien-München-Zürich.
- PELINKA, Anton: 1982
Die Ordnung der Macht. Demokratie, Politik und politisches
System in Vorarlberg, in: Dermutz u.a.: Anders als die
Anderen?, S.19-103. Bregenz.
- PETER, Norbert: 1980
Die Hohenemser Judengemeinde im Spiegel antisemitischer
Beschuldigungen, in: Montfort Nr. 2/1980, S. 148-158.
Nachgedruckt in: Pichler, Meinrad (Hg.): Nachträge zur
neueren Vorarlberger Landesgeschichte, S. 32-50. Bregenz
1982.
- PICHLER, Meinrad: 1981
Mehr Rechte für wen? Zur Vorarlberger Volksabstimmung
1980, in: Allmende Nr. 1/1981, S. 153-155.
- PICHLER, Meinrad: 1982
Eine unbeschreibliche Vergangenheit, in: ders. (Hg.): Nach-
träge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte, S. 191-
206. Bregenz.
- RAPE, Ludger: 1977
Die österreichischen Heimwehren und die bayerische Rechte
1920-1923. Wien.
- RÜSCH, G./SCHÖNBECK, W.: 1979
Steuerliche Ausbeutung Vorarlbergs durch Rest-Österreich?
in: Finanznachrichten Nr. 44/1979.
- SCHEUCH, Manfred: 1978
Geschichte der Arbeiterschaft Vorarlbergs bis 1918 (2. Auf-
lage). Feldkirch.

- SCHNEIDER, Anton: 1979
Hintergründe der wirtschaftlichen Entwicklung Vorarlbergs,
in: Martin, Hans Peter: Nachtschicht, S. 67-87. Wien.
- SCHÖNHERR, Margit: 1981
Vorarlberg 1938. Dornbirn.
- SCHWARZ, Artur (Hg.): 1949
Heimatkunde von Vorarlberg. Bregenz.
- SCHWARZ, Artur: 1962
Heimatkunde, in: Vorarlberger Landesregierung (Hg.): Jung-
bürgerbuch, S. 172-278. Bregenz.
- SCHWARZ, Artur: 1971
Heimat Vorarlberg, in: Vorarlberger Landesregierung (Hg.):
Vorarlberger Jungbürgerbuch, S. 175-250. Bregenz.
- SENGHAAS, Dieter (Hg.): 1972
Imperialismus und strukturelle Gewalt. Frankfurt/M.
- STAMPFER, Bernd: 1981
Zur Situation des Föderalismus in Österreich, in: Khol/Stir-
nemann (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1980, S.
5-30. München-Wien.
- SUTTERLÜTTI, Robert: 1980
Pro Vorarlberg: Mehr Freiheit - für wen? in: rotes dachl.
Innsbrucker Zeitung für Politik und Kultur, Nr. 77/1980.
- VORARLBERGER Landesregierung (Hg.): 1962
Jungbürgerbuch. Bregenz.
- VORARLBERGER Landesregierung (Hg.): 1971
Vorarlberger Jungbürgerbuch. Bregenz.
- VORARLBERGER Volksabstimmung vom 15. Juni 1980, Die: 1980
(nicht namentlich gekennzeichnet) in: Montfort Nr. 1/1980,
S. 7-17.
- WANNER, Gerhard: 1980a
Schiffstaupe Fußach 1964. Bregenz.
- WANNER, Gerhard: 1980b
Vorarlbergs Übergang von der Monarchie zur Republik, in:
Montfort Nr. 2/1980, S. 104-116.
- WELTI, Ludwig: 1968
Landesgeschichte Vorarlbergs, in: Ilg, Karl (Hg.): Landes-
und Volkskunde, Geschichte, Wirtschaft und Kunst Vorarl-
bergs, Band 2, S. 151-337. München-Innsbruck.
- WITZIG, Daniel: 1974
Die Vorarlberger Frage. Basel.

ZANG, Gert (Hg.): 1978

Provinzialisierung einer Region. Zur Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft in der Provinz. Frankfurt/M.

ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Arbeiter-Zeitung (Zentralorgan der SPÖ), Wien.

Berichte zur Wirtschaftslage (Hg. Amt der Vorarlberger Landesregierung und Handelskammer Vorarlberg), Bregenz.

blickpunkt Vorarlberg (Monatszeitschrift der SPÖ-Vorarlberg), Dornbirn.
Bregenz Aktuell. Kommunalpolitische Informationen der Landeshauptstadt Bregenz, Bregenz.

Bregenzer Wochenzeitung (Jg. 1979-1981), Bregenz.

Kurier, Wien.

Neue Vorarlberger Tageszeitung, Bregenz.

Vorarlberg Aktuell (Wochenzeitung der SPÖ-Vorarlberg), Feldkirch.

Vorarlberg Bericht (Informationen der Vorarlberger Landesregierung), Bregenz.

Vorarlberger Nachrichten, Bregenz.

Vorarlberger Volksblatt (Jg. 1918-1919), Bregenz.

Vorarlberger Volksbote (Wochenzeitung des ÖVP-nahen "Vorarlberger Pressevereins" und der Vorarlberger Landwirtschaftskammer), Bregenz.

Vorarlbergs Wirtschaft aktuell (Wochenzeitschrift der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Vorarlberg), Feldkirch.

Wifo-Monatsberichte (Berichte des Wirtschaftsforschungsinstituts), Wien.

Personenregister

- Amann Kurt 12, 86, 88
Anwander Elmar 22, 44, 79
- Battlogg Ignaz 10
Bereiter Herbert 12
Bilgeri Benedikt 72f.
Blum Elmar 11
Bösch Walter 60 (Anm. 6 und 8)
- Cohen Abner 75
- Dörler Manfred 10 (Anm. 1), 17
(Anm. 21), 31, 43f., 65 (Anm.
28), 86 (Anm. 18)
- Ender Otto 73, 78f.
Ess Alfred 10, 40
- Felder Franz Michael 71
Feuerstein Joseph 24 (Anm. 15)
Fußenegger Jakob 25
- Gasser Siegfried 38, 59f.
Grabherr Elmar 10-12, 14-16, 20,
28f., 31, 35, 37f., 40, 43f.,
46, 52, 59, 64, 77, 83, 85f.,
87, 91
Greber Jakob Franz 11
- Hillek Willy 14
- Ilg Karl 79
- Jäger Bertram 26
- Keckeis Günther 54
Keßler Herbert 51f., 59f., 61
(Anm. 12), 64f., 74, 78, 85
Kirchschläger Rudolf 86
Kohler Hans 87
Köhlmeier Wise 73
Krosingk Friedrich von 7
- Lueger Karl 36
- Martin Hans Peter 13
Mayer Fritz 41f., 60 (Anm. 7)
Morscher Siegbert 63, 65
- Nairn Tom 7, 75
- Orlich Gertrude 87
Ortner Franz 10-12, 17, 31, 40f.,
60, 85, 91
- Par Robert 12
Pichler Meinrad 21 (Anm. 4), 56
(Anm. 34)
- Renner Karl 13
Rünzler Manfred 12
Rüsck G. 24
- Scharsach Hans Henning 17
Schönbeck W. 24
Schwarz Artur 79
- Wanner Gerhard 96
Winder Ernst 12 (Anm. 6), 42,
45 (Anm. 2)



Nachträge

ZUR NEUEREN VORARLBERGER
LANDESGESCHICHTE

MEINRAD PICHLER (HRSG.)

Überlegungen und Material zu einigen Themen der neueren Landesgeschichte einzubringen, die noch keineswegs als gesicherte Posten in einer historischen Bilanz der Entwicklung Vorarlbergs abgebucht werden können, ist das Anliegen dieses Sammelbandes. Die geistigen Zeitströmungen und die gesellschaftlichen Grundkonflikte von ca. 1870 bis 1945 haben auch in Vorarlberg gewirkt: Der Kampf der Konservativen gegen den Liberalismus, der christliche Antisemitismus, die militärische Aufrüstung der Vorarlberger Konservativen in der Ersten Republik, die sozialistische Arbeiterbewegung der Zwischenkriegszeit, die frühe Liaison der Vorarlberger Industriellen und Nazis, die nationalsozialistische Herrschaft im Land und das gequälte Verhältnis der Vorarlberger Geschichtsschreibung zu diesem Zeitabschnitt – alles Themen dieses Bandes – sind dafür ein Beleg.



BEITRÄGE ZU GESCHICHTE
UND GESELLSCHAFT
VORARLBERGS

DERMUTZ/KLEIN/NICK/PELINKA

Anders

als die Anderen?

POLITISCHES SYSTEM, DEMOKRATIE
UND MASSEN MEDIEN
IN VORARLBERG

Vorarlberg, so heißt es, ist "anders". Mentalitätsbedingt würden hier die Uhren ein wenig anders laufen. Die gegebenen politischen Verhältnisse und das allgemeine kulturelle und gesellschaftspolitische Klima seien bloßer Ausdruck dieser alemannischen Besonderheit,

Unbestritten ist, daß es hierzulande eine Reihe von Merkmalen gibt, die Vorarlberg von den anderen österreichischen Bundesländern unterscheiden.

Im politischen Bereich ist bislang allerdings kaum wissenschaftlich untersucht worden, wodurch sich diese Unterschiede ergeben; ob es gerechtfertigt ist, sie zur Grundlage politischer Orientierung zu machen, oder ob hier nur Klischees derart reproduziert und gepflegt werden, daß sie schließlich doch zu einer eigenen Wirklichkeit erstarren.



fink's verlag

BEITRÄGE ZU GESCHICHTE
UND GESELLSCHAFT
VORARLBERGS

Walter Methlagl

**Franz Michael Felder und Kaspar Moosbrugger
im Kampf der politischen Parteien Vorarlbergs
1864 - 1868**

Spätestens seit seinen Bearbeitungen im Rahmen der Gesamt-Ausgabe gilt Univ.-Dozent Dr. Walter Methlagl als d e r Kenner felderscher Schriften. Im vorliegenden Band untersucht er die Positionen Felders und seines Schwagers Moosbrugger in jener Zeit, in der sich in Vorarlberg der Machtwechsel zwischen Liberalen und Konservativen abzeichnete.

Meinrad Pichler

Schriften zu Dornbirn
Eine bibliographische Sammlung

Diese Sammlung verzeichnet neben den Büchern auch möglichst alle Zeitschriftenartikel zum Thema "Dornbirn". Sie soll die Beschäftigung mit dem vergangenen und gegenwärtigen Dornbirn erleichtern und mühevollen Sucharbeit ersparen - und natürlich zur Auseinandersetzung mit lokalen Gegebenheiten anregen.



A-6900 Bregenz, Im Dorf 2, Telefon 05574 - 25902

Pro Vorarlberg

»War „Pro Vorarlberg“ tatsächlich eine autonome Bewegung aus der Bevölkerung, die gegen die zentralisierten Machtapparate auf Landes- und Bundesebene ankämpfte, oder nur eine von regionalen Honoratioren gesteuerte Initiative, die sich zum Zwecke der Machterhaltung und -erweiterung mit den Regierenden des Landes verbündete und die Bevölkerung per Volksabstimmung den Kampf um „mehr Rechte für das Land“ in allgemeiner Form gutheißen ließ? Gelang es der Initiative „Pro Vorarlberg“, jene regionalistischen Tendenzen aufzunehmen, die einen Abbau aller bestehenden Machtapparate und die Erweiterung der Mitspracherechte der Bevölkerung zum Ziel haben, oder steht sie in der Tradition jenes österreichischen Föderalismus, der die staatliche Macht nur dezentralisieren, nicht aber verringern will und somit seit jeher in erster Linie den Interessen der regionalen Eliten dienlich war?«



fink's verlag

ISBN 3-900438-03-X